

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Wochenschrift 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgeheilte Kolonette
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 4. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Zoll-Chaos.

Die offiziöse Erklärung über die ernstliche Gefährdung des Zolltarifs durch die agrarischen Forderungen hat die bisherige Zollwirksamkeit kaum erheblich geklärt.

Die „Kreuzzeitung“ druckte am Sonntag die Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ ab, ohne ein Wort dazu zu finden. Auch im Abendblatt vom Montag weiß die Redaktion des Blattes noch nicht, was sie sagen soll, um nicht ihre Partei vorzeitig zu binden.

Rur die „Deutsche Tageszeitung“ ist schnell fertig mit ihrem Urteil. Wäre das Bündlerblatt die konservative Partei, so wäre die „ernstliche Gefährdung“ der Zollvorlage fast besiegelt.

Wenn die verbündeten Regierungen jetzt schon entschlossen sind, über die Getreidemindestzölle unter keinen Umständen hinauszuweichen, die anderen landwirtschaftlichen Zölle nicht zu binden und so mögliche Anträge wie den über die Ursprungssteuer abzulehnen, so haben wir an der weiteren Beratung des ganzen Zolltarifs und der Zolltariffrage kein erhebliches Interesse, dann möge man Mittel und Wege suchen, um die unnütze Zeitvergeudung zu verhindern.

Weiter mahnt das Bündlerblatt die Zollkommission des Reichstags, trotz der Regierungserklärung die agrarischen Ueberforderungen zu beschließen. Dann, so hofft es, werden die verbündeten Regierungen sich die Sache doch nochmals „reiflich überlegen“.

Wird sich nun die konservative Partei dieser bündlerischen Lösung unterwerfen? Oder wird sie, wie beim Fleischbeschau-Gesetz, den Bündlern das Geschäft des Lärmens und der agitatorischen Demagogie überlassen und in ihrer Mehrheit den staatsmännlichen Kompromiß mit der Regierung suchen?

Auch das Centrum hat sich zur abwartenden Haltung entschlossen und weicht schon der klaren Verantwortung der Regierungsnote aus. Die Politik des Centrums ist ja diktiert von der bloßen Furcht vor dem Einbruch des Bundes der Landwirte in seine Gebiete.

Die „Germania“ legt den ganzen Ton ihrer Betrachtungen darauf, daß die offiziöse Erklärung „noch kein unbedingtes Unannehmbar“ enthält, sondern noch, wenn auch nur in engeren Grenzen, dem Kompromiß zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit Raum läßt, der eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle erstrebt.

schlossen seien, über die Getreidemindestzölle unter keinen Umständen hinauszuweichen. Vielmehr sei es nun die Aufgabe des Bundes der Landwirte, endlich klare und bindende Antworten zu geben, ob er nunmehr zu einem Kompromiß geneigt ist und „wie weit er eventuell von seiner ursprünglichen Forderung (nämlich dem 7,50 M. Mindestzoll für die vier Getreide-Arten) herunterzugehen gewillt ist?“

Es sei noch verzeichnet, daß die eigentlichen Blätter der Sammelpolitik, wie die „Post“ und die nationalliberale Presse, dringend auffordern zur Einigung aller Zöllnerparteien auf die Regierungsvorlage.

So hat die Regierungserklärung das chaotische Durcheinander der streitenden Zöllnerparteien kaum erheblich entwirrt. Die unsägliche Ober des Brotwunders will sich nicht genügen lassen an den reichlichen Wissen der Regierungsvorlage.

Die Zollopposition — die nicht von dem Zerwürfnis ihrer Gegner, sondern aus der eignen Kraft ihren Erfolg erwartet! — darf mit Genugthuung die politische und moralische Verwahrlosung feststellen, der die Wucherparteien im innern Streit um die Deute von Tag zu Tag mehr verfallen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Februar.

Der Reichstag

kam heute in seinen Erörterungen über das Reichs-Gesundheitsamt nicht hinaus. Im Vordergrund des Interesses stand die Rede, die Genosse Antrick am Sonntagabend über die Zustände in Krankenhäusern gehalten hatte und die heute vor ihm noch in mannigfacher Hinsicht, besonders aber in Bezug auf das Moabiter Krankenhaus ergänzt wurde.

Vorher waren in der Debatte noch einige andre Fragen berührt worden, die mit der öffentlichen Gesundheitspflege im Zusammenhang stehen. So hatten sich die beiden Müller der freisinnigen Volkspartei den Unfug der christlichen Wissenschaft zum Thema gewählt. Herr Müller-Weininger besprach außerdem die unsichere Rechtslage der Redacteure, die für die Aufnahme von Geheimnissen verantwortlich gemacht werden, während Herr Müller-Sagan die Abneigung des Dr. Schwemmer gegen die Serum-Therapie zur Sprache brachte.

Antrick gab dem gemischten System den Vorzug, der gleichmäßigen Verwendung von Männern und Frauen in der Krankenpflege, und verlangte vor allem eine gute Fachausbildung für das Pflegepersonal und seine ökonomische Besserstellung auch durch Alterspension. In der Hauptsache aber galt seine Rede dem Moabiter Krankenhaus. Hier hielt er den Behauptungen des Stadtrats Straßmann gegenüber alles aufrecht, was er vor zwei Jahren über die ungenügende Bezahlung und Zahl der Krankenschwestern und über die Verwendung ungelerner Wärter gesagt hatte. Seine Angaben über die ständelösen Zustände, die in diesem Krankenhaus geherrscht haben, wurden vom Hause mit größter Aufmerksamkeit angehört. Es ist wirklich unglücklich, daß in diesem Krankenhause Kranke, die an Lungen- und Tuberkulose leiden, als Essenträger neben Wärtern verwendet werden, die selbst an bösen Krankheiten leiden. Am beschämendsten für den Berliner Kommunalfreisinn ist sicherlich die Thatsache, daß die Wärter, die das hohe Stäck erringen wollen, im Moabiter Krankenhause schlecht bezahlt zu werden, einen Revers unterschreiben müssen, worin sie sich ausdrücklich der Befinde-Ordnung unterwerfen und der Verwaltung das Recht geben, sie ohne Angabe von Gründen auf der Stelle zu entlassen.

Genosse Singer schloß sich dem Wunsche Antricks an, daß dieser Augiasstall endlich ausgeräumt werde. Er wies dabei nachdrücklich auf die Thatsache hin, daß der Berliner Kommunalfreisinn unserer Fraktion bis in den Januar dieses Jahres hinein trotz ihrer Größe keine Vertretung in der Krankenhaus-Deputation eingeräumt habe. Gleichzeitig rief er, die dirigierenden Aerzte der Krankenhäuser so hoch zu bezahlen, daß sie auf die Privatpraxis verzichten können, der sie jetzt häufig ihre beste Kraft widmeten.

Endlich fand auch Graf Posadowsky Worte der Erwidrerung auf die schweren Anklagen, die Antrick erhoben hatte. Er nannte die Thatsachen erschütternd, wenn sie sich beweisen ließen, verwies die Beschwerden aber wieder einmal

an die Landesregierungen. Nur für einzelne Fälle wollte er die Kompetenz des Reiches geltend machen. Dabei gab er unter anderm an, daß die fürchterlichen Angaben, die vor einigen Monaten über das Elisabeth-Kinderkrankenhaus durch die Presse gelaufen sind, auf Wahrheit beruhen. Dort sind vermutlich durch die Unsanfterkeit des Pflegepersonals Säuglinge, die wegen anderer Krankheiten Aufnahme gefunden haben, geschlechtskrank geworden.

Die Ansicht des Ministers, daß die Erörterung dieser Zustände eigentlich nicht vor dem Reichstag gehöre, wurde nur von dem geschworenen Verteidiger des Berliner Kommunalfreisinn Herrn Dr. Hermes geteilt, der in kläglicher Hilflosigkeit die Berliner Stadtverwaltung reinzuwaschen suchte. Zwei Redner der Nationalliberalen, die Herren Graf Oriola und Prinz Schönaich-Carotath erklärten in Uebereinstimmung mit dem Redner des Centrums, daß Antrick sich ein wirkliches Verdienst durch sein Vorgehen erworben habe und daß der Reichstag auch der richtige Ort für die Aufhebung solcher Mißstände sei. Sie desavouierten dabei ihren Parteigenossen Franken, der die schlechte Bezahlung der Wärter damit zu entschuldigen versucht hatte, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen sei. Genosse Peus schloß die Debatte hierüber durch die Forderung ab, daß die Krankenhäuser einer Kontrolle durch unabhängige Bürger unterworfen werden.

Zwischendurch wurde noch die Bekämpfung der Milzbrand-erkrankung der Vorken- und Pinselarbeiter erörtert. Genosse Südekum forderte die obligatorische Einführung der Desinfektion des Materials auch der Flegenhaare durch strömenden Dampf. Dem Direktor des Reichs-Gesundheitsamtes, Köhler, der diesen Vorschlag zu weitgehend und zu stürmisch fand, und die Desinfektion des inländischen Materials für überflüssig erklärte, trat Genosse Bism entgegen. Er machte darauf aufmerksam, daß auch die Tapezierer, die mit Rohhaaren arbeiten, der Gefahr der Milzbrandkrankung ausgesetzt seien. Man kann nicht stürmisch genaa aufstehen, wenn es dem Schutze auch nur eines Menschenlebens gilt.

Morgen geht die zweite Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern weiter.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Montag die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um die im Extraordinarium geforderte erste Rate von 1 400 000 M. als Gewährung eines Darlehens an die Genossenschaft für Viehbeverwertung in Deutschland behufs Errichtung eines Magerdichhofs in Friedrichsfelde bei Berlin. Hierzu lag eine Petition der Gemeinde Kummelsburg vor, die Forderung abzulehnen.

Die Freisinnigen beantragten die Zurückverweisung der Position, gegen die sie schwere Bedenken vorbrachten, an die Budgetkommission. Abg. Kreiling (fr. Rp.) führte aus, daß für die Rentabilität eines Magerdichhofs in Friedrichsfelde gar keine Gewähr vorhanden sei und daß von einer Verminderung der Steuern durch Anlegung eines derartigen Viehhofs nicht geredet werden könne. Demgegenüber verteidigte der Minister von Podbielski die Forderung, die er noch von seinem Amtsvorgänger übernommen hat, mit dem Hinweis darauf, daß es sich hier um eine rein veterinärpolizeiliche Maßnahme handle. Sehr scharfe Kritik übte Abg. Dr. Crüger (fr. Rp.) an der Position, deren Zweck nach seiner Meinung die Befestigung des Zwischenhandels und die Konsolidierung der Viehpreise ist. Sanitäre Rücksichten kämen für die Landwirte an dieser Stelle sicher erst in letzter Linie in Betracht, die Hauptfrage sei ihnen, sich einen starken Einfluß auf die Preisbildung zu verschaffen. Die Agrarier, die sich sonst immer als Retter des Mittelstandes hinstellten, trachten danach, den ganzen Vieh- und Fleischhandel an sich zu ziehen zum Schaden der Viehhändler und Schlächter. Verwerflich sei es auch, einer Genossenschaft eine staatliche Hilfe angedeihen zu lassen. Es handle sich hier um eine Genossenschaft, die vom Staate ein Darlehen von 2 1/2 Millionen verlange, obwohl sie nur über einen Reserfonds von 1100 M. verfüge.

Nachdem Minister v. Podbielski und Abg. Ring (l.) die Interessen der Agrarier nochmals vertreten und Abg. Langerhaus (fr. Rp.) und Dr. Friedberg (nat.) für Rückverweisung der Position gesprochen hatten, wurde die Forderung unter Ablehnung des freisinnigen Antrags bewilligt.

Bei einem andren Etatstitel „Zuschuß zu den Kosten der Banten für die von Wildpark nach Dahlem zu verlegende Gärtner-Vereinigung“ versuchte Abg. Dabach (c.) eine Schilderung der Berliner Wohnungsnot zu geben und für die Errichtung von Arbeiterwohnungen auf einem Teile der Domäne Dahlem einzutreten. Der Redner wurde jedoch vom Präsidenten v. Kröcher in seinen Ausführungen, als nicht zur Sache gehörend, unterbrochen.

Am Dienstag beginnt die zweite Beratung des Etats des Handelsministeriums.

Die offiziellen Vertuschungsmanöver

zum Tirpitz-Erlaß werden von der Berliner Korrespondenz mit andauerndem Eifer und unentwegtem Ungeschick fortgesetzt. Die ministerielle Korrespondenz macht nun gar den unglücklichen Versuch, die Initiative zu dem Tirpitz-Erlaß dem Kollegen vom Auswärtigen

Amt in die Schanze zu schieben, indem sie erklärt, die Notwendigkeit vermehrter Auslands-Judienhaltungen ressortiere nicht vom Marine-Amt, sondern vom auswärtigen Amt, und das Marine-Amt habe noch niemals den Auswärtigen Amt Auslands-Judienhaltungen „aufgedrängt“. Was kümmern die Öffentlichkeit diese ministeriellen Familienangelegenheiten! Und überdies: hat Herr v. Tirpitz dem nicht in seinem Erlaß rund und nett erklärt, daß man zwar im Jahre 1900 schon ganz genau gewußt habe, daß die Judenhaltungen zwar sehr viel mehr kosten würden, als in dem Flottengesetz vorgeesehen war, daß man aber die bewilligungsfreudige Mehrheit vor sich hätte, doch mit der gruselerregenden Kostenrechnung für die Judenhaltungen einstweilen verschonen zu müssen geglaubt habe? Ein bitteres Weibblatt läßt sich eher schlucken, wenn es auf mehrere Dosen verteilt wird.

Ferner bringt die „Berl. Corresp.“ die beruhigende Mitteilung, daß man sich ja vorläufig über die Frage des Umfangs und des Zeitpunktes der Vermehrung der Auslands-Judienhaltungen innerhalb der einzelnen Reichskreise noch nicht verständigt habe. Das heißt, daß den Wünschen nach oben einzuweichen noch keine Schranke gesetzt ist, daß das Marine-Amt sich vom Auswärtigen Amt noch beliebig viel Auslands-Judienhaltungen „aufdrängen“ lassen kann.

Nach den Reichstagsbeschlüssen zum Flottengesetz sind, wie die „Berliner Corresp.“ erwähnt, nur die Mittel für die Judenhaltung von drei Großen und neun Kleinen Kreuzern bewilligt. Das ist, an den abenteuerlichen weltpolitischen Plänen der Regierung gemessen, außerordentlich wenig. Oder wollen die „Berl. Corresp.“ oder die „Nordd. Offiziöse“ uns durch Veröffentlichung des dem Tirpitz-Erlaß beigefügten Tableaus beweisen, daß die Absichten der Regierung sich diesem bescheidenen Rahmen der Judenhaltungen anpassen?

So lange das nicht geschieht, wird man nicht umhin können, die allzuoffenherzigen Stellen des Tirpitz-Erlasses ihrem Wortlaut nach zu deuten und an der Meinung des Marine-Amtes festzuhalten, daß die vorläufige Unterdrückung der ausschweifenden Judenhaltungspläne eine Täuschung des Reichstages bedeute.

Uebrigens rechnet bereits die „Freisinnige Zeitung“ unter Zugrundelegung der von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gemachten Konzeption eine Mehrausgabe von 46,60 Millionen Mark gegenüber den Ziffern des Flottengesetzes heraus:

Selbst wenn die Steigerung von 1906 bis 1910 statt 6 Millionen vorübergehend etwa 7-7-8-8-9 Millionen Mark betragen würde, ergäbe sich folgende Reihe: 1906: 109,91 (110,91); 1907: 115,91 (117,91); 1908: 121,91 (125,91); 1909: 127,91 (134,91); 1910: 133,91 (143,91). — Allerdings sind dann im Jahre 1910 die fortwährenden Ausgaben nur 10 Millionen Mark höher als vorgezogen war. Aber in den fünf Jahren 1906 bis 1910 haben insgesamt die fortwährenden Ausgaben dann 633,55 Millionen Mark betragen, statt 609,55 Millionen in der Berechnung des Flottengesetzes. Eine Mehrbelastung der Gesamtkosten zur Ausführung des Flottengesetzes von 24 Millionen Mark hat man danach dem Reichstage verschwiegen. In Wirklichkeit aber ist die Mehrbelastung noch größer. Denn selbst wenn für 1911 zunächst gar keine weitere Steigerung der fortwährenden Ausgaben erfolgt, erreicht der Betrag von 143,91 Millionen Mark der Voranschlag des Flottengesetzes erst im Jahre 1912, so daß sich bis dahin die Mehrkosten noch von 24 auf 29,60 Millionen Mark erhöhen. Noch größer stellt sich der Unterschied heraus, wenn man nicht bloß die Anschläge des Flottengesetzes, sondern die Anschläge der Budgetkommission in Betracht zieht. Denn nach denselben wäre die Summe der fortwährenden Ausgaben von 143,91 Millionen Mark erst im Jahre 1914 erreicht. Die Gesamtkosten von 1906 bis 1914 stellt sich danach auf 46,60 Millionen Mark niedriger, als sie sich stellt, wenn der Betrag von 143,91 Millionen Mark schon 1910 erreicht wäre.

Wobei aber immer festgehalten werden muß, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ die beabsichtigte Steigerung der „fortwährenden Ausgaben“ viel zu niedrig ansetzt.

Deutsches Reich.

Billige Arbeiterfreundlichkeit.

Die Ablehnung der Resolution Höfde betreffend die Arbeitsnachweise durch unsere Fraktion giebt dem „Berl. Tagebl.“ Gelegenheit, in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Herr Höfde hatte in Gemeinschaft mit Herrn Pachnide eine Resolution eingebracht, nach der die Reichsregierung gehalten sein sollte, die Gemeinde-Verwaltungen zur Errichtung kommunaler paritätischer Arbeitsnachweise anzuhalten, sobald — Unternehmer und Arbeiter solche fordern. Dagegen stimmte unsere Fraktion und da auch die Konservativen dagegen stimmten, so wurde sie abgelehnt. Das „Tageblatt“ steht sich nun in die bequeme Rolle des Arbeiterfreunds versetzt, der — weil es ja nichts kostet — vorhält, einen wie schlechten Dienst wir den Arbeitern geleistet hätten.

Man denke nur die Großthat! Wenn Unternehmer von der Gemeinde die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises fordern, dann soll die Gemeinde von Reich wegen zur Erfüllung des Unternehmerwunsches angehalten werden!

Die Gemeinde kann man wohl mit der Laterne suchen, die zur Erfüllung eines Unternehmerwunsches erst gezwungen werden muß. Im Gegenteil sind es ja gerade immer die Unternehmer, die es verhindern, daß die Wünsche von Arbeitern auf Errichtung solcher Arbeitsnachweise erfüllt werden.

Freilich ist bei einem paritätischen Arbeitsnachweise sehr zu bedenken, wie er eingerichtet ist. Wo organisierte Arbeiter nicht in der Lage sind, in solchem paritätischen Arbeitsnachweise wirkliche Parität zu erzwingen, da hüten sie sich sehr vor diesem bedenklichen Geschenk. Die Parität auf dem Papier hindert nicht die Ausgestaltung solches Nachweises zu einer ganz gewöhnlichen Streikbrecher-Organisation, sind aber stark organisierte Arbeiter in der Lage, ihre Unternehmer zu der Errichtung eines wirklich paritätischen Arbeitsnachweises als einer auch für sie nützlichen Einrichtung zu bewegen, dann wird es eines Zwanges von Reichswegen nicht bedürfen.

Die Arbeiterfreundlichkeit des „Berliner Tageblatts“ ist wirklich zu billig.

Maffow Märchen. Wir haben bereits in der letzten Sonntagnummer auf Grund der Thatsachen festgestellt, wie es mit der Behauptung des Herrn v. Maffow steht, daß er seinen Leuten jährlich 80 Centner Getreide gebe.

Es giebt aber noch einen andern indirekten Beweis, daß Herr v. Maffow die Wahrheit unmöglich gesagt haben kann. Nimmt man nämlich an, daß die 80 Centner lediglich Roggen seien und setzt man dafür den niedrigsten Preis an — 6,50 Mk. für den Centner — so ergeben diese 80 Centner in Geldwert ein Jahreseinkommen von 520 Mark.

Nun beträgt aber der ortsübliche Tageslohn in Parneham für erwachsene männliche Arbeiter 1,50 Mk. täglich oder für das Jahr, zu 300 Arbeitstagen gerechnet, jährlich 450 Mk. Da nun der ortsübliche Tageslohn nur nach Veräugung des Gutsherrn, also in diesem Falle des Herrn v. Maffow, festgesetzt werden kann, so ist es klar, daß Herr v. Maffow den ortsüblichen Tageslohn viel zu niedrig angegeben hätte, wenn er wirklich seinen Leuten 80 Centner Getreide geliefert hätte. Herr v. Maffow's eigene Angabe über den ortsüblichen Tageslohn widerlegt bündig seine 80 Centner-Phantasie.

Das unentbehrliche Latein. Ueber die Zulassung zum Studium der Rechte veröffentlicht die preussischen Minister der Justiz und des Unterrichts folgende Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“:

1. Die geeignetste Anstalt zur Vorbildung für den juristischen Beruf ist das humanistische Gymnasium.

2. In dem Rechtsstudium werden außer den Studierenden, welche das Zeugnis der Reife von einem deutschen humanistischen Gymnasium besitzen, auch solche Studierende zugelassen, welche das Zeugnis der Reife von einem deutschen Realgymnasium oder von einer preussischen Ober-Realschule erworben haben.

3. Den Studierenden der beiden letzteren Kategorien sowie denjenigen Gymnasialabituirten, deren Reifezeugnis im Lateinischen nicht mindestens das Prädikat „genügend“ aufweist, bleibt es bei eigener Verantwortung überlassen, sich für ein gründliches Verständnis der Quellen des römischen Rechts erforderlichen sprachlichen und sachlichen Vorkenntnisse anderweit anzueignen.

4. Bei der Einrichtung des juristischen Studiums und der ersten juristischen Prüfung wird Wert auf die Erziehung gelegt, daß die zu 3 bezeichneten Studierenden sich über die dort gedachten Vorkenntnisse auszuweisen haben.

Vollständliche und andere praktische Kenntnisse würden den Juristen ungleich dienlicher sein, als der lateinische Vorkurs.

Offener Brief eines Arbeiters an Herrn v. Maffow.

Wir erhalten folgende Zuschrift eines Arbeiters:
„Gelegentlich der Etatsberatung des Reichsanzeigers des Jahres hatten Sie die Worte gebraucht, die Sozialdemokratie rede sich in ihren Verammlungen an wie Hausknecht, und dies seien die Manieren der Arbeiter. Hiergegen muß ich entschieden Verwahrung einlegen! Daß wir Arbeiter nicht die „gebildeten Umgangformen“ Ihrer Kreise, Herr v. Maffow, besitzen, liegt in der Natur der Sache; ich rechne mir dies jedoch nicht zur Unehre an! Geben Sie uns Gelegenheit, unser Bildungsbedürfnis zu befriedigen (das Rezept ist Ihnen wohl schon hundertmal genannt im Reichstag) und wir werden an Intelligenz und Umgangformen den Kreisen, die glauben, dieselben in Erbpacht zu haben, keineswegs nachstehen! Aber hierfür sind Sie ernstlich nicht zu haben, das beweist schon die Thatsache, daß Sie die „kulturbelebten“ Arbeiter des Westens nicht mehr haben wollen in Ihren ostelbischen Gefilden! Dort gebrauchen Sie eben noch unwise Arbeiter mit „Hausknecht-Manieren“.“

Auch haben Sie unsre wahren Vertreter der Arbeiter zu verunglimpfen versucht und dabei Herrn Webel und Singer herausgegriffen. Auch hier sind Sie auf dem Holzwege! Die Namen der Leute, die sich wahrhaft verdient gemacht haben für die Interessen des Volkes, die brauchen kein Denkmal von Erz und Stein, die haben sich ein unvergängliches Gesetz im Herzen des Volkes! Von diesen Männern wird man noch reden, wenn Sie und Ihr Junkergeschlecht vom Erdboden verschwunden sind zu Gunsten der Allgemeinheit!

Mit aller Hochachtung
Ein Arbeiter.

Die zweite badische Kammer beschäftigte sich mit dem Etat des großherzoglichen Hauses und des Staatsministeriums. Dabei nahm die sozialdemokratische Fraktion Anlaß, ihre ablehnende Haltung zu dem im Titel I geforderten Anhang zu bekunden. Bei der von jeder geübten Eile, mit welcher über diese Positionen hinweggegriffen zu werden pflegte, gelang es auch diesmal infolge eines Sitzverständnisses über die Geschäftsordnung den Antrag aus der Generaldebatte fernzuhalten. Es gelang jedoch schon bei dem nächsten Titel „Landtag“ dem Abg. Ged. die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Anträge zur Geltung zu bringen. Dem allgemeinen Tadel über die ungenügende Einrichtung des Ständehauses schloß sich der Redner der sozialdemokratischen Fraktion an und erklärte, daß seine Fraktion auch einen positiven Vorschlag zur würdigen Ausstattung des badischen Parlaments habe, den er, wenn ihm das möglich gewesen wäre, beim Titel I gemacht haben würde: die Streichung der dort geforderten persönlichen Ausgaben und deren Verwendung als 1. Rate für den Bau eines zeitgemäßen Landtagsgebäudes. Gelegentlich der Anforderung der 2. Rate für das Hotel der badischen Regierungsvertretung in Berlin führte Abg. Ged. die politische Charakterisierung der bundesstaatlichen Vertreter vor und empfahl, dem badischen Landes-Hotel in Berlin die Eigenschaft eines bundesstaatlichen Heims dadurch zu verleihen, daß man den 14 badischen Reichstags-Abgeordneten darin Obdach gewähre. Minister v. Branner bezeichnete den Reichskanzler v. Bülow als das Opfer einer mißverständlichen Auffassung seiner Reichstagsrede und bedauerte ironisch, daß in dem neuen badischen Staatshotel bereits alle Räume besetzt sind.

Eine irtümliche Meldung haben wir in unserer Nummer vom 31. Januar unter der Marke „Eine Warnung!“ gebracht. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ liegen in Kaumi überhaupt keine Deutschen begraben und die Sterblichkeit der deutschen Soldaten ist eine außerordentlich geringere als in jener Rolle angegeben war.

Ausland.

Dänemark.

Ein Regierungsentwurf zur Schulbesprechung. Der Kultusminister Christensen hat am Freitag dem Folkething einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Besprechung bedürftiger Schulkinder angeblich in besserer Weise regeln soll als der diesbezügliche sozialdemokratische Entwurf. Der Minister will erstens, daß in den Schulen, wo weiblicher Handhabungs-Unterricht erteilt wird, die hierbei zubereiteten Speisen den nach Ansicht der Gemeindeverwaltung bedürftigen Kindern zur Teilsnahme, ohne daß dies den Eltern als Armenunterstützung angerechnet wird, und zweitens den Kommunen das Recht zugesprochen wird, Beiträge an solche Vereine zu geben, die während der Wintermonate an bedürftige Schulkinder unentgeltlich Speisen verabfolgen. — Thatsächlich würde die Annahme dieser Vorschläge an den bestehenden Umständen nichts ändern, daß das hier Verlangte der Hauptache nach schon eingeführt ist. Der Entwurf scheint denn auch eigentlich nur den Zweck zu haben, den sozialdemokratischen, der den Gemeinden die Pflicht der Schulbesprechung bedürftiger Kinder auferlegen will, und den Staat zur Hilfeleistung heranzieht, zu Fall zu bringen.

Wied und hungernde Schulkinder. Das Folkething beschäftigte sich am Mittwoch mit zwei Gesetzesvorschlägen, die seitens der Mehrheit und der Regierungsdirektor eine sehr ungleiche Behandlung fanden. Das Gesetz zur Förderung der Viehzucht, durch das für diesen Zweck insgesamt 700 000 Kronen bewilligt werden, wurde mit größtem Wohlwollen behandelt und angenommen. Der sozialdemokratische Gesetzesentwurf zur Besprechung bedürftiger Schulkinder, durch den für ca. 52 000 Kinder, 1/3 ländlicher Preussenschüler, die Möglichkeit geschaffen werden soll, in den Wintermonaten täglich einmal warmes Essen zu erhalten, fand leider nicht das gleiche Gegenkommen. Die Vertreter der Mehrheit, die mit Eifer über die Viehzucht diskutierten, hatten hierzu nichts zu sagen. Der Kultusminister erklärte, daß durch das vorgeschlagene Gesetz der Kommune ein unnötiger Zwang auferlegt würde, und er sei gegen solchen Zwang. R. V. Christensen fand es mit Recht notwendig, daß der Minister immer dann ein Zwangsgesetz wittert, wenn es sich darum handelt, den Armen einen Vorteil zu verschaffen. Der Entwurf wurde derselben Kommission überwiesen, die sich mit den Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befaßt.

Niederlande.

Richtiger nachgehakt. Unter diesem Titel veröffentlicht „Het Volk“ ad und zu charakteristische Berichte über die Heldenthaten der holländischen Kolonialtruppen. In der Kammer vom 31. Januar wird der Brief eines jungen Soldaten mitgeteilt, der zum erstenmal an den Krieg teilnahm. „Mit den Schuhen voll Sand“, schreibt der Soldat, wukten wir den Feind verfolgen. 10 fielen in unsere Hände, die wurden sofort mit den Bajonetten niedergemacht. — In einem Engpaß fanden wir zwei tote Zwangsarbeiter, beide mit Schüssen in der Brust. — Als wir

zurückkamen, steckten wir alles in Brand, auch den Reis, den sie angebant hatten. Aber nein, das Schreien und Weiden und Klagen und Jammern hab ich noch nie so gehört. „H Allah! H Allah!“, anders hörte man nichts. Doch wir lehrten uns nicht daran und sie schwarzen uns Nache in ihrer Mut. Als wir gut und wohl wieder in meinem Bivoual waren, begruben wir die Gefallenen und begaben uns zur Ruhe.“

„Man findet hier“, schreibt „Het Volk“, gerade das, was den Engländern am meisten zum Vorwurf gemacht wird: das Niedermachen von Gefangenen und das Verbrechen der Feldzüge. Konzentrationslager haben wir noch nicht, aber dafür lassen wir Leute tötschießen, die zu Zwangsarbeit verurteilt sind. Solche Mitteilungen werden aber unsre Militäristen nicht abhalten, zu versichern, daß wir Holländer ganz brave Leute sind, aber daß die Engländer Schurken sind.“

Italien.

Die Auflösung der christlichen Demokraten.

Rom, 31. Januar. (Fig. Ber.)

Auch wir besahen eine Sorte von christlichen Demokraten, die den Kapitalismus auf demselben Gebiete zu bekämpfen vorgaben, wie die sozialistischen Kritiker. Aber nach den Vorkereiten der Organe des Vatikan und der päpstlichen Enchella erwies sich das Vorhaben dieser christlichen Demokraten als doppelzünftig und jesuitisch. Die Sozialisten bekämpfen sie jetzt mit der größten Lebhaftigkeit.

Trotzdem duldet der Vatikan nicht einmal die demokratischen Allüren dieser christlichen Demokraten, er befürchte, daß sie von der Wildschäpe verschwandern. So erklärt jetzt der jugendliche Geistliche Don Romilo Murri, der Agitator der christlichen Demokraten, daß er sich ins Privatleben zurückziehen werde, und der christlich-demokratische Circle von Rom ist im Begriff, sich aufzulösen.

Nach dem Abbé Daens und dem Vater Stojalewski hat sich also jetzt auch Don Murri Rom unterworfen. Um so besser für die Klarheit des Kampfes und die Frontstellung der Partei! —

Asien.

Tameneupfang bei der Kaiserin von China.

Aus Peking wird vom 2. Februar gemeldet: Bei dem gelungen Empfang der Gemahlinnen der Gesandten durch die Kaiserin-Witwe verließ Frau Conger eine Rede, in der sie den Hof zu seiner Klärung nach Peking beglückwünschte und auf die schmerzlichen Erfahrungen der vergangenen Jahre hinwies, welche jetzt durch die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Mächten der Bergeseiten überantwortet seien. Die Kaiserin-Witwe sprach in der Erwiderung in freundlichster Weise ihre Freude über ihre Klärung aus. Hieraus stellte der österreichische Gesandte sämtliche Damen vor. Der Kaiser und die Kaiserin-Witwe schüttelten ihnen die Hand. Dann begaben sich alle in ein Nebenzimmer. Beim Eintreten in dasselbe ergriff die Kaiserin-Witwe Frau Congers Hand und sagte schluchzend, daß an dem Angriff auf die Gesandtschaften damals ein furchtbarer Irrtum Schuld habe.

Die Kaiserin hätte noch hinzufügen können, daß ja doch auch die Belagerung nicht allzu ernsthaft gemeint gewesen sei, da man andernfalls das ganze Legationsviertel in ein paar Tagen in einen Schutthaufen habe verwandeln können; daß man wiederholt die Belagerten mit neuem Proviant versehen habe usw. Die Parole, daß Pardon nicht gegeben werde, war von der Kaiserin sicherlich nicht ausgeprochen worden.

Durch kaiserliches Edikt ist Junglu zum ersten, Wangwenchao zum zweiten Großsekretär ernannt worden.

Amerika.

Die Lage auf Kuba kritisch. New Yorker Blätter betrachten den Ausbruch einer Revolution auf Kuba als bedrohlich, falls die Vereinigten Staaten sich weigern, die Forderungen der Kubaner zu genehmigen. Die letzten Telegramme der amerikanischen Beamten sind in äußerst pessimistischer Tone gehalten. Die Blätter fordern den Senat auf, die Initiative zu ergreifen, um die Forderungen bei der Regierung durchzusetzen.

Die venezolanischen Insurgenten haben die Regierungstruppen bei Zabal geschlagen und ihnen schwere Verluste beigebracht.

Parlamentarisches.

Im Reichstage ist der Kommissionsbericht über den Entwurf des Schaumweinsteuer-Gesetzes heute eingegangen.

Der Boeren-Krieg.

Zur holländischen Friedensintervention.

Wie der „Gaulois“ meldet, hat der niederländische Ministerpräsident Ruypere einem Mitarbeiter des Blattes mitgeteilt, daß die niederländische Regierung vom Londoner Kabinett bisher weder eine amtliche noch eine halbamtliche Antwort erhalten habe. Deshalb seien, da eine Indiskretion des Londoner Kabinetts schwerlich vorliege, sämtliche Meldungen über den Inhalt der englischen Antwort unbegründet.

Mit Bezug auf das Gerücht, der von der niederländischen Regierung bei der britischen Regierung unternommene Schritt habe bezweckt, freies Geleit für zwei Mitglieder der in Europa befindlichen Boerenmission nach Afrika zu erlangen, schreibt das Blatt „Petit Bleu“, es sei zu der Erklärung ermächtigt, daß den Boeren bezeugten von einem solchen Schritt nichts bekannt sei. Dieselben seien noch heute gänzlich ohne Kenntnis vom Inhalt der Mitteilung der niederländischen Regierung an England; sie seien dem niederländischen Kabinett außerordentlich dankbar für seine hochherzige Bemühung zu Gunsten des Friedens und wünschten nichts mehr, als daß dieselbe Erfolg haben möge.

Neues Gesetzt.

Bei einem Gesetzt zwischen englischen Truppen und 50 Boeren in der Nähe des Zusammenflusses des Wilge und des Veeu sprang am 25. vorigen Monats überschritten 100 Boeren von Weffels Kommando den Wilge-Fluß etwas weiter unterhalb dieser Stelle und stürzten auf die Nacht der südafrikanischen leichten Reiter ein. 70 Boeren, die zu De Wets Rekruturuppen gehörten, griffen die Stellung der leichten Reiter angriffsweise in der Absicht an, sich eines Pommagengeschüßes zu bemächtigen. Die leichten Reiter schossen mit Granaten auf den Feind, der sich darauf zurückzog. De Wet mit sechs Begleitern floh den Heliendergletscher entlang. Steht mit 30 Mann fest zwischen Reich und Bechelen.

Schwindelhafte Pferde-Einfäufe für den südafrikanischen Krieg. London, 1. Februar. (Fig. Ber.) Die parlamentarische Kommission, die die militärischen Pferde-Einfäufe zu untersuchen hatte, veröffentlichte vorgestern die gefundenen Resultate. Es wurden in Ungarn Pferde für 111 000 Pfd. Sterl. gekauft, die um 44 000 Pfd. Sterl. zu hoch bezahlt waren. Schuldig ist der Tierarzt und Hauptmann Harrison, der von einem Pferdehändler mit dem unglücklichen Namen Levisohn 2,5 Proz. an „Kommission“ erhalten hat.

Partei-Nachrichten.

Mit dem Parteikonflikt in Nürnberg hatte sich am Freitag die Generalversammlung des dortigen sozialdemokratischen Vereins zu befassen. In einer außerordentlichen Sitzung des Partei-Ausschusses, die vor einigen Wochen zu dem Zwecke einberufen war, um die Zerwürfisse zwischen einzelnen Genossen auszugleichen und eine Verständigung herbeizuführen und an der vom Berliner Parteivorstand die Genossen Pfamund und Gerich teilnahmen, hatte Genosse Scheidemann in Erwiderung eines Angriffs gegen

den Genossen Herrmann den Vorwurf erhoben, daß dieser der Mitbeteiligte eines in dem freisinnigen „Reichlichen Kurier“ erscheinenden Partei-Angelegenheiten behandelnden Artikels sei. Dieser Artikel war im Jahre 1900, kurz nach dem Tode Daniels, erschienen und berichtete über eine Zusammenkunft einer Anzahl von Parteigenossen, die mit dem Vorgehen der Münchener Parteileitung bei der Uebernahme des Parteigeschäfts nicht einverstanden waren. Auf den erwähnten Vorwurf Scheidemanns hin wurde der bayerische Landesvorstand als Schiedsgericht in dieser Sache bestimmt. Das Schiedsgericht tagte am 26. Januar und stellte durch Zeugen sowie durch das offene Geständnis der Beteiligten fest, daß der betreffende Artikel von dem Genossen Herrmann, Eisinger, Spehner und Scherm gemeinsam verfaßt und in dem „Kurier“ lanciert wurde. Die Angeklagten drückten vor, daß sie im Parteinteresse zu handeln glaubten, sie hätten den „Kurier“, der immer Artikel aus angeblich „socialdemokratischen Kreisen“ brachte, hineinlegen und abdrucken wollen, fernerhin solche Zuschriften zu drängen. Es sollte auch die Opposition durch das Erscheinen eines Berichtes über ihre Zusammenkunft in einem gegnerischen Blatte ruhig gemacht werden, um dadurch einer Festschreibung der Parteikräfte in Anbetracht der Ersatzwahl, die damals vor der Thüre stand, vorzubeugen.

Das Ergebnis der Schiedsgerichts-Verhandlungen lag am Donnerstag dem Parteivorstand vor, der zu dem Beschlusse kam, der Generalversammlung keine mildere Beurteilung des Falles, sondern eine strenge Strafe, und zwar den Ausschluß aus dem socialdemokratischen Verein vorzuschlagen. In der Generalversammlung, der auch der Reichstags-Abgeordnete Gen. Dr. Edelmann anwohnte, entspann sich eine längere Debatte für und wider. Ein Teil der Redner war für rücksichtsloses Vorgehen, andre wollten mildere Umstände gelten lassen und nicht den Ausschluß, sondern nur einen strengen Tadel unter Anerkennung der Ehrenämter verhängen wissen, wieder andre plädierten für eine Ausnahme in Bezug auf den Genossen Scherm, dessen Schuld in dieser Sache geringer sei. Dem Scherm selbst lag ein Brief vor, worin er bemerkt, er erachte es bei gegenwärtiger Aufregung und Verwirrung für unrichtig, die Generalversammlung durch persönliche Erklärungen zu einer objektiven Würdigung der Angelegenheit veranlassen zu können, daher bleibe er der Versammlung fern. Er verweist darauf, daß er der Partei über 30 Jahre angehört und über 17 Jahre Leiter des Vereins gewesen sei. Während dieser Zeit habe er sich gern jeder Arbeit für die Partei unterzogen, diese Tätigkeit bilde einen Hauptteil seines Lebensinhalts. Wenn er nun sehe, daß eine unglückliche That, begangen unter heute ihm selbst mehrfachen Umständen, und die er aufrichtig bedauere, hinreichend sein sollte, nicht nur all das, was er im Leben für die Partei getan, aufzuwiegen, sondern auch noch hinzurechnen soll, ihn auszuschließen, dann bleibe ihm keine andre Wahl als auszutreten und dadurch dem Verein die Begehung eines Unrechts zu ersparen. In Konsequenz seines Austrittes werde er auch sein Landtagsmandat niederlegen.

Die Versammlung kam zu dem Beschlusse, alle in der Versammlung von Rednern eingebrachten Anträge abzulehnen, dagegen den Antrag des Ausschusses auf Ausschluß aller Beteiligten anzunehmen.

Es wurde ferner beschlossen, das Parteisekretariat beizubehalten. An Stelle des Genossen Herrmann wurde dann Genosse Leiß als Parteisekretär gewählt.

Die Revision Lütgenaus gegen das Dortmund-Landgerichts-Urteil ist vom Reichsgericht verworfen worden. Gleichzeitig mit dieser Nachricht wird von Köln aus die Mitteilung verbreitet, daß L. gegen einige Zeugen in seinem Prozesse Strafanzeige wegen angeblich geleisteter Meineides gestellt habe. Das alle verurteilte und durchgeführte Mandat!

Bekanntlich hatte Lütgenau schon vor der Verhandlung des Strafprozesses die Hauptbelastungszeugen mißgünstig zu machen gesucht, indem er die Genossen Lüdke und Wunderlich wegen Unterschlagung des Essener Fonds und den Genossen Gerlich wegen Anstiftung zu dieser Unterschlagung bei der Staatsanwaltschaft denunzierte. Diese That wurde dann, genau nach dem jetzigen Muster, als eine „bedeutungsvolle Wendung“, welche der Lütgenau-Prozess genommen habe, mit großem Geschrei in die Öffentlichkeit lanciert. Darnach veröffentlichte Genosse Gerlich eine Erklärung die, nach Darlegung des wirklichen Sachverhalts mit der Wendung schloß: nur ein verlorener Kampf oder ein verlorener Schacht könne behaupten, daß an dem Essener Fonds eine Unterschlagung verübt worden sei.

Der Lütgenau fiel denn auch mit seiner Denunziation glänzend ab.

Die neue Denunziation Lütgenaus richtet sich hauptsächlich gegen den Genossen Lüdke, weil die Behauptung Lütgenaus, Lüdke sei ihm deshalb feindlich gesinnt, weil er ein von Lüdke an den Parteivorstand gerichtetes Unterschlagungsgeheimnis hintertrieben habe, unter seinem Eide als Unwahrheit bezeichnete. Thatsächlich hat Lüdke damit nur die reine Wahrheit gesprochen, da er niemals ein Unterschlagungsgeheimnis an den Parteivorstand gerichtet hat. Ein eventuelles Verfahren, das in dieser Sache eingeleitet würde, müßte die absolute Unschuld Lüdkes ergeben.

Vermutlich hat das der Lütgenau auch eingesehen und deshalb hat er gegen Lüdke eine allernueste Denunziation eingereicht, nach welcher die zu verschiedenen Zeiten von Lüdke gemachten Aussagen sich nicht völlig mit einander decken sollen. Da es sich dabei um nebensächliche und absolut gleichgültige Punkte handelt, kann dieses Spiel noch lange fortgesetzt werden.

Lütgenau kennzeichnete sich selber am besten durch den Inhalt einer Postkarte, die er im Jahre 1900 an den Genossen Weber richtete. Auf dieser Karte droht er dem Genossen Weber, daß, wenn er (Weber) nicht bald den Mut zu einer öffentlichen Erklärung zu seinen (Lütgenaus) Gunsten fände, er ihn nicht länger schonen könne.

Um die ganze bodenlose Frechheit dieser Drohung zu begreifen, muß man bedenken, daß der Lütgenau es nur der Rücksichtnahme des Parteivorstandes zu verdanken hatte, wenn er zu jener Zeit nicht längst dem Strafrichter überliefert und mit Schimpf und Schande aus der Partei ausgeschlossen war.

Man kann wirklich gespannt sein, wie lange die Behörden noch auf die Aufschübelungen dieses Menschen reagieren werden.

Die württembergischen Parteigenossen halten ihre diesjährige Landesversammlung am 30. März in Stuttgart ab. Von besonderen Gegenständen stehen die Reichspolitik und die Landespolitik auf der Tagesordnung sowie die Beschlußfassung über das neue Landesorganisationsstatut.

In dem Bericht über den niederrheinischen Parteitag (siehe Nr. 23 des „S.“) war davon die Rede, daß dem Genossen in Düsseldorf von den Elberfeldern die Pistole auf die Brust gesetzt worden sei mit der Forderung eines höheren Preises für das Parteiblatt, weil es jetzt sechsseitig erdruhe, und daß die Düsseldorfer dadurch zur Gründung eines eignen Blattes gezwungen worden wären. Zu einer Erklärung des Elberfelder Blattes wird die Sache jetzt dahin richtig gestellt, daß es den Düsseldorfern freigestanden habe, für den alten Preis das vierseitige Blatt weiter zu beziehen. Die technischen Einrichtungen der Druckerei in Elberfeld sind auch derart, eine solche Regelung zu gestatten. Der Bericht war uns von unserem Berichterstatter zugegangen und wir waren nicht in der Lage, die Darstellung zu kontrollieren.

Aus Industrie und Handel.

Die Bank des Berliner Kassenvereins läßt in ihrem Jahresbericht für 1901 sehr stark den Niedergang der Geschäftskontinuität hervortreten. An den Umständen, die das Institut als General-Kreditanstalt der meisten Berliner Banken vermittelt, erkennt man den Geschäftsgang der Bank; die Umsätze auf dem Geldmarkt spiegeln zugleich auch den Stand des Warenmarktes wieder. Sowohl im Kassaverkehr als im Giro-Effektenverkehr sind starke Rückgänge im vorigen Jahre zu verzeichnen. Der Kassaverkehr betrug im Jahre 1901 12 004 Millionen Mark gegen 1841 Millionen im Jahre vorher.

Nach der Giroeffektenverkehr weist einen Rückgang auf. Die Gesamtzahl der Einlagen fiel von 357 127 im Jahre 1900 auf 251 112 im Jahre 1901 und der Umsatz fiel in demselben Zeitraum von 8994 Millionen auf 5707 Millionen Mark. Dagegen betrug der Wechselverkehr 104 818 972 M. im Jahre 1901 gegen 100 753 674 M. im Jahre 1900. Die Gesamtumsätze des Instituts belaufen sich auf 34,2 Milliarden gegen 41,8 Milliarden 1900. Von dem Reingewinn in Höhe von 615 600 M. (im Vorjahre 878 428 M.) werden 6 2/3 Proz. Dividende verteilt.

Von dem Spielhagen-Konkorsium haben sich die Erben des Barons v. Cohn bereit erklärt, 7 1/2 Millionen Mark an die fallierten Banken auf Regressprüche herauszugeben. Die geltend gemachte Forderung betrug 30 Millionen. Die Banken sind auf den Vergleich eingegangen und erhält die Neue Bodengeellschaft 5 Millionen, die Preussische Hypothekbank 2 1/2 Millionen Mark.

Die „Hamburg-Amerika-Linie“ hat in Kingston auf Jamaika für den Bedarf der eigenen Schiffe und für den allgemeinen Verkehr ein Kohlendepot begründet. Die Gesellschaft hat ferner die Errichtung einer Schleppliffahrt zwischen Hamburg und den Rheinhäfen beschlossen.

Der russische Petroleumhandel befindet sich seit langem in bedrängter Position, vor allem sind es die kleinen Interessenten und Pächter, die die Regierung bestürmen, Erleichterungen in ihrem Pachtverhältnis einzuführen. So empfahl man der Regierung, den Pachtzins nicht mehr in bar zu erheben, sondern prozentual sich an der Gewinnung durch Uebernahme eines Quantums Rohpetroleum zu beteiligen. Der Vorschlag ging von dem Vater Vorles-Komitee aus, dem aber ein Verein entgegenarbeitete, der, aus der Anzahl der bedeutendsten Großindustriellen gebildet, mit den Firmen Nobel, Rothschild und Mantaschew Abkommen betreffend Exportation russischen Petroleum getrocknet hat, die Russische Kaphtha-Industrie zu monopolisieren strebt und deshalb die Genehmigung der Besuche des „Vater-Vorles-Komitees“ zu hinterzuzeln sucht. Für das Jahr 1902 haben fünf Firmen eine Lieferung von 173 Millionen Kubikfuß Rohpetroleum nach Rischni Kowgorod übernommen, wovon Nobel 60, Gesellschaft „Masjut“ und „Orient“-Gesellschaft je 30, Ter Apopoff und Wajansche Eisenbahngesellschaft 5, bezw. 18 Millionen Kubikfuß stellen werden, deren Transport von Astrachan nach Rischni Kowgorod zum Preise von 5 3/4 Stopefen pro Kubikfuß durch eine Gruppe von Dampfschiff-Inhabern ausgeführt werden wird.

Mehrere kleinere Kaphthahändler und Industrielle, die beabsichtigten, ihrerseits eine zweite Exportgesellschaft zu gründen, wählten sich nun an das Finanzministerium um Vorschüsse in Bar Geld wenden — wie solche in Rußland des öfteren gegen eine Sicherstellung durch Hypotheken und Handbriefe gewährt werden — welche Pläne aber die zuerst erwähnte Petroleum-Exportgesellschaft zu vereiteln sucht, indem sie durch drei, nach der „Rossa“, mit der „Standard Oil Company“ in engster Verbindung stehende Herren, die Direktoren der Firma Rothschild und der Gesellschaft „Rohit“, H. Beer und Len, sowie Frau Koron, Schwiegermutter des Hrn. Rothschild, den kleineren Industriellen Vorschläge machen läßt, sich den bereits vereinigten kapitalstärkeren Firmen anzuschließen, anstatt eine selbständige Gesellschaft zu gründen.

Die Frage, ob Pachtzahlung oder Produktionsanteil hat bis jetzt ihre Lösung noch nicht gefunden, und es unterbleiben auf den der Regierung gehörigen Kaphthaländerarbeiten alle Arbeiten, bis zu Gunsten der einen oder der anderen Partei entschieden ist. In der Generalversammlung der Kaphtha-Industriellen vom 17. Januar gelangte die Frage zur Abstimmung und wurden 56 Stimmen, darunter solche von Vertretern der Regierung für, 39 gegen Einführung der Abgabe in natura abgegeben. Die Gegner der neuen Pachtbedingungen (Auszahlung in natura) fürchten von denselben ein weiteres Sinken der Rohölpreise, besonders dann, wenn auf den Domänen der einzelnen Pächter in Süd-Sibirien neue Sprudel in Tätigkeit treten, wie das kürzlich beim Brunnen Nr. 6 der Waku Kaphtha Comp. der Fall war, der täglich mindestens 1 400 000 Kubikfuß liefert, von denen mit Hilfe aller erreichbaren Pumpen nur die Hälfte abgezogen werden konnte, was deutlich zeigt, daß Öl genug vorhanden ist, die Lagerungsverhältnisse aber einer gründlichen Verringerung bedürfen und neue Abzugwege geschaffen werden müssen.

Die Staatsschuld der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat im vergangenen Monat um 5 701 888 Dollars abgenommen; der Vorbestand des Staatsschatzes beträgt 1 220 468 056 Dollars.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Herr Tischlermeister Adolf Trebs schreibt uns: In Nr. 24 Ihres geschätzten Blattes vom 29. Januar steht unter „Gewerkschaftliches“: In der Tischlerei bei Trebs, Friedrichstr. 95, haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, da sie ihren rückständigen Lohn nicht erhalten konnten.

Da diese Notiz der Wahrheit nicht entspricht, erlaube ich Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um folgende Berichtigung:

Es ist unwahr, daß bei mir die Gesellen die Arbeit wegen rückständigen Lohn eingestellt haben, es wird wohl fast allgemein sächlich, bei mir in Accord gearbeitet; ich war infolge der schlechten Zeitverhältnisse gezwungen, die bisher gezahlten Preise etwas zu reduzieren, teilte dies mit; wie ich aber erfuhr, beabsichtigten die sämtlichen Gesellen, am Sonntag, den 18. cr. die Arbeit niederzuliegen; da mir dadurch die Arbeit mittig stehen blieb, die Herstellung durch andre Leute kostet bekanntlich viel mehr, wie der Accord beträgt, zahlte ich am Sonntag, den 18. Januar, allen Leuten nur 6 M., fügte aber hinzu, da die völlige Aufertigung fast durchweg nur noch Tage in Anspruch nehme, es erhalte jeder sofort bei Ablieferung den Rest-Accord voll ausbezahlt. Es waren alle einverstanden, zwei Tage darauf lieferten 3 Mann, weitere 4 Tage 2 Mann ab; der Accord wurde bezahlt, ich mußte aber wegen mangelnder Arbeit alle aufhören lassen. Den verbleibenden 3 Gesellen zahlte ich Sonntag, den 25. Januar, die vereinbarte volle Abschlagszahlung von 24 M., alle drei hatten mir noch in dieser Woche zu arbeiten, am Montagmorgen verlangten nun die Gesellen Dinde und Schmidt, deren Accordrest ca. je 50 M. betrug, weitere 18 M. von mir, ich gab zur Antwort, sie sollten ruhig anfangen, ich würde ihnen dann am Mittwoch das Geld zahlen, sie bekämen ja doch Ende der Woche ihr ganzes Geld. Während der dritte Geselle seinen Accord fertig stellte, hörten die Genannten sofort auf und ließen mir die Arbeit unbeständig stehen.

Gegen die beiden habe ich wegen Accordbruchs die Klage eingeleitet, Termin findet bereits nächste Woche statt, gegen die Ueberbringer in Ihrem Blatt ausgeführten Notiz, die mich geschäftlich sehr schädigen kann, werde ich die nötigen Schritte einleiten.

Berlin O., Friedrichstraße 35.

Hochachtungsvoll

Adolf Trebs,
Tischlermeister.

In obiger Berichtigung erhalten wir folgende Mitteilung: Es ist ganz unzutreffend, wenn Herr Trebs in seiner Berichtigung behauptet, seine Gesellen wollten am 18. Januar die Arbeit einstellen, da dieselben erheben deshalb keine Veranlassung hierzu hatten, weil bereits zum 24. Januar eine Sitzung von Vorstandsmitgliedern der Meister- und Arbeiterorganisationen zur Verrückung der Differenzen bei Herrn Trebs anberaumt war, und vor Einleitung der Verhandlungen die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes die Arbeit nicht einstellen; dann aber wären die Gesellen des Herrn Trebs im Nachteile gewesen, wenn sie die Arbeit verlassen hätten, indem sie nach der obigen Falschheit, in einigen Tagen ihre Arbeit fertig gestellt und noch einige 40 M. zu bekommen hätten.

Das Zahlen eines geringen Rohpreises wie das von 6 M. am 18. Januar, ist aber öfter vorgekommen, so am 7. September v. J. 15 M., 3. Oktober 21 M., am 12. Oktober 12 M., am 20. November 20 M.

Die beiden Tischler, die die Arbeit eingestellt, verlangten deshalb, um nicht wieder ohne Kostgeld nach Hause gehen zu müssen, am 25. Januar die Abschlagszahlung von vergangener Woche, und da ihnen in nicht wiederzugebenden Ausdrücken bedeutet wurde, sie bekämen nichts, so schickten sich dieselben gezwungen, die Arbeit einzustellen.

Die Notiz in der Nr. 24 vom 29. Januar entspricht demnach der Wahrheit.

Die Verwaltung der Betriebs-Krankenkasse der Angestellten des Warenhauses Tietz weist in einer Zuschrift an uns die gegen sie erhobenen Vorwürfe zurück. Unter anderem wird von der Verwaltung darauf hingewiesen, daß die Kasse ohne jeden Einfluß seitens des Chefs vollständig frei von den Angestellten verwaltet wird. Der Betriebsunternehmer hat sogar darauf verzichtet, seine Vertreter zu der Delegiertenversammlung zu ernennen. Alle Maßnahmen sind im Einverständnis des Vorstandes, der aus sieben Angestellten besteht, und der Delegiertenversammlung gefaßt. Die Kasse hatte im Jahre 1901 durchschnittlich 1480 Mitglieder, von diesen waren im Laufe des Jahres 1023 krank mit 18 023 Krankentagen. Um diesen starken Ansprüchen gerecht zu werden, mußte die Kasse einen Voranschlag von 6200 M. entwerfen, auf dessen Niederschätzung die Firma verzichtete. Im andern Fall hätte man gezwungenermaßen die Beiträge bedeutend erhöhen müssen. In erster Linie mußte dahin getrachtet werden, wieder bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Delegiertenversammlung beschloß deshalb, ohne daß eine Einwirkung von anderer Seite unternommen wurde, das Kassenstatut zu ändern und wieder eine bestimmte Anzahl Kassenärzte anzustellen.

Für die diesseitige Betriebskrankenkasse mit 1050 Mitgliedern sind zur Zeit 17 Ärzte in festem Engagementsverhältnis thätig. Sollte jedoch diese Zahl thatsächlich nicht genügen, so werden wir rechtzeitig den Verhältnissen Rechnung zu tragen wissen.

Achtung, Kleber (Tapezierer)! Von der Verbandsleitung wird im „Vorwärts“ Nr. 28 die Einberufung der Versammlung am 4. Februar, abends 8 Uhr bei Jannasch, Julestr. 10, als schamloser Treubruch bezeichnet. Wir setzen uns zur Steiner der Wahrheit veranlaßt, kurz folgendes zu berichten: Es hatten wohl Verhandlungen zwecks Einberufung einer Versammlung (bezüglich der Lohnbewegung der Kleber) am Freitag, den 6. Februar zwischen der Leitung des Verbandes der Tapezierer und dem Vorstand des Vereins der Kleber Berlin und Umgebung stattgefunden. Diese Verhandlungen wurden aber auf eigene Anregung der Verbandsleitung vorbehaltlich der Zustimmung der Delegiertenversammlungen geführt, ohne daß es in verschiedenen Punkten zu einer Verständigung kam, die an der Fortwirklichkeit der Verbandsleitung scheiterten. Der Vorstand des Vereins der Kleber Berlin erstattete in der Vereinsversammlung am Freitag, den 31. Januar, Bericht über die betreffenden Verhandlungen. Es stellte sich nun diese Versammlung durch Annahme einer Resolution auf dem Standpunkt, daß in Anbetracht dieser Vorgänge der Vorstand des Vereins der Kleber sofort beauftragt wurde, die Vorarbeiten zur Lohnbewegung zu übernehmen, da sonst eine verhängnisvolle Verschleppung eintreten könnte. Unser Verein kann sich dem Wunsch, daß die Verbandsmitglieder in der Versammlung erscheinen, nur anschließen, er erwartet aber, daß nur die Kleber der Einladung folgen.

Verein der Kleber.

Achtung, Modelleure! Sämtliche bei der Firma Hauer (Berlin) beschäftigten Modelleure haben wegen Abzug von 50 Proz. der Bezugsulage die Arbeit niedergelegt.

Deutsches Reich.

In der Tischlerei von Böhnhardt zu Eisenach ist sämtlichen Tischlern, neun Mann, wegen Nichtanerkennung einer neuen Arbeitsordnung gekündigt worden.

Die Greizer Textilarbeiter bilden wieder auf eine Reihe von Erfolgen zurück. Bei der Firma Daut u. Dehler wurde der Lohn tarif willigt und soll von Montag ab zur Berechnung kommen. Desgleichen bei der Firma Gebr. Schulze. Auch sollen bei letzterer Firma die Anwandhelder in die Lohnbücher eingetragen werden, was bisher nicht der Fall war. Bei der Firma F. H. Jahr (Weber) Reulendorferstraße, sind die Forderungen der Weber nach einmaliger Verhandlung genehmigt worden. Die Lohnzahlung nach dem neuen Tarif gelangt am Freitag, den 7. Februar zur erstmaligen Anwendung.

Auch die vogtländischen Weber rühren sich. Die Arbeiter-Gesellschaft der Firma Jager u. Seibel in Elsterberg streng nach nur 14-tägigen Streik einen glänzenden Sieg davon. Von 48 Webern und Weberinnen hatten sich 43 an dem Streik beteiligt. — Bei der Firma Dönhardt in Regensburg stellten die Arbeiter einmütig die Arbeit ein. Das Vorgehen der Arbeiter in diesem Betriebe ist um so überraschender, als es sich um unorganisierte Arbeiter handelt. Der Grund der Arbeitsunterbrechung ist in diesem Fall ein Lohnabzug. — In Reichenbach streikten sämtliche 100 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Ködel u. Thiene.

Ausland.

Die Heizer des „Oestrichischen Lloyd“ haben nach einem zwölfstündigen Streik am 21. cr. die Arbeit niedergelegt; sie verlangen Herabsetzung der Arbeitszeit. Verhandlungen sind eingeleitet, haben aber zu einem Ergebnis noch nicht geführt.

Sociales.

Die Lage der im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Handwerker und Arbeiter bildet, wie berichtet wird, den Gegenstand einer Audienz, welche der Vorsitzende des Verbandes deutscher Eisenbahnhändler und Arbeiter kürzlich beim Minister der öffentlichen Arbeiten Herrn v. Thielen hatte. Der Vorsitzende Kofz-Trier richtete an den Minister unter Hinweis darauf, daß in Oestreich die betreffenden Kategorien von Eisenbahnbediensteten nach zweijähriger Tätigkeit in das Beamtenverhältnis eintreten, die Blüte, diesen Zustand in Preußen nach zehnjähriger vorwurfsfreier Dienstzeit eintreten zu lassen. Sodann wurden Wünsche geäußert wegen Verbesserung der Pensionsverhältnisse, Erhöhung des Krankengeldes auf den vollen Tageslohn, Gewährung von Freifahrtscheinen bei Urlaubsreisen, wie sie den Beamten gewährt werden. Der Minister hat dem Verbandsvorsitzenden wohlwollende Erwägung der vorgetragenen Wünsche zugesichert. Bemerkenswert ist auch noch eine Erklärung des Vorsitzenden zu der Frage eines eventuellen Anstehens der Eisenbahner; er äußerte sich dahin, daß eine Arbeitseinstellung derselben so gut wie ausgeschlossen sei; niemand von ihnen würde die Verantwortung für ein solches Vorgehen übernehmen.

Da die Wittsteller jeden Gedanken an einen Streik weit von sich weisen und auch nichts über die schlechten Löhne gesagt zu haben scheinen, so wird man sie hoffentlich nicht gleich zu Socialdemokraten stempeln. Umso mehr sollte es sich der Minister angelegen sein lassen, nicht bei der „wohlwollenden Erwägung“ stehen zu bleiben, sondern zu Thaten für die Eisenbahner überzugehen, damit sie nicht am Ende doch noch Socialdemokraten werden.

Der Wunsch nach Verbesserung der Krankenkassen-Verläge ist recht begründet. Sind doch die Erkrankungen der Eisenbahner sowohl der Zahl wie der Dauer nach in ständigem Steigen begriffen, so daß man darin wohl eine Folge steigender Anforderungen an ihre Arbeitsleistungen sehen kann. So stieg die Anzahl der Erkrankungsfälle bei den Bahnbetriebsklassen von 1800 zu 1900, also in 11 Jahren, von 32,1 per hundert Mitglieder auf 36,76, die Zahl der Krankentage von 5,08 auf 9,40 pro Mitglied. Ein Krankentagefall dauerte 1900 durchschnittlich 18,22 Tage, 1900 durchschnittlich 25,57 Tage. Dabei ist auch die Zahl der Inzidenz in fortwährender Steigerung begriffen. Im Jahre 1890 erkrankten nur 3,17 Proz. der Kassenmitglieder infolge von Unfällen, 1900 schon 6,48 Proz., eine Zahl, die in diesen 11 Jahren noch nie erreicht wurde. Wenn man erfährt, daß das Krankengeld nur etwa 1,50 M. pro Tag im Durchschnitt beträgt, so kann man wohl verstehen, daß das Interesse an der Erhöhung dieser Bezüge immer dringender wird.

Das Arbeitersekretariat Nürnberg, das erste Institut seiner Art in Deutschland, hat seine heutige Jahresversammlung abgehalten. In der Genosse Segitz den Bericht der Sekretäre erstattete. Als er im vorigen Jahre die Frequenzziffer von 15 444 mitteilte, klappte er daran die Vermutung, die zugleich auch als Wunsch gelten sollte, daß damit wohl der Beharrungsstand erreicht sei. Allein diese Voraussage hat sich nicht erfüllt. Die Zahl der Besucher stieg im Vorjahre auf 16 589. In diesem Jahre allein beträgt die Steigerung der Teilnahme so viel wie in den drei vorausgegangenen Jahren. Seit der Errichtung des Sekretariats hat sich die Frequenz mehr als verdoppelt. Die meisten Ausläufe und Schriftsätze betrafen die Socialgesetzgebung. In Unfallsachen allein wurden 3722 Ausläufe erteilt. Auf dem Gebiete der Alters- und Invaliditätsversicherung sind besonders die Wünsche um Uebernahme des Heilverfahrens hervorgehoben. Bezüglich der Krankenversicherung wurde beobachtet, daß die Klagen im allgemeinen dahin erhoben werden, daß einerseits die Gemeindeversicherung von ihrer Befugnis zur Ueberweisung an Heilanstalten einen sehr ausgedehnten Gebrauch macht, andererseits muß aber auch konstatiert werden, daß eine Reihe von Privatassen in dieser Beziehung sich ebenfalls Gewohnheiten zugelegt haben, die nicht zum Vorteil der Versicherten sind.

Unter den übrigen Ausläufen stehen an erster Stelle die Mietdifferenzen, die beweisen, daß die Majorität der Hausbesitzer auch in der Zeit, da die Nachfrage nach Wohnungen nicht so stark ist, nicht nachgelassen hat, und es wurde beobachtet, daß die Kenntnis der einschlägigen Gesetzesbestimmungen bei Mietern und Vermietern sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Den verschiedenen Bevölkerungsklassen nach betrachtet, giebt es, abgesehen von den Arbeitern, kaum einen Beruf, der nicht zur Kundtschaft des Sekretariats sein Kontingent gestellt hätte. Unter den Gästen dieses Instituts befinden sich Kräfte, Bürgermeister, Geborenen, Ingenieure, Kaufleute, Färber, Nachtwächter, Pensionisten, Mediziner, Schullehrer, Studenten, Schauspieler etc. Damit ist bewiesen, daß sich das Sekretariat immer mehr zu einem öffentlichen Institut auswächst, dem auch bürgerliche Kreise Vertrauen entgegenbringen, das aber von Arbeitern allein unterhalten wird und seine Dienste der Gesamtheit unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Von den Besuchern waren nur 5005 organisiert. Der Procentsatz der Organisierten hat sich dem Vorjahre gegenüber verringert. Von den Auswärtigen hatten ihren Wohnsitz in Nürnberg 15 274, in Böhmen 159, im übrigen Bayern 1028, in den übrigen deutschen Bundesstaaten 69, im Auslande 9.

Auch die Zahl der schriftlichen Ein- und Ausläufe hat sich in außerordentlich hohem Grade vermehrt. Erstere betragen 1459, letztere 4167, das sind 439 resp. 1797 mehr als im vorausgegangenen Jahre.

Dem Fabrikinspektor wurden 45 Beschwerden übermittelt, von denen 21 für begründet, 6 für unbegründet und 5 für teilweise begründet erklärt wurden, die übrigen sind noch unerledigt.

Ueber die Verurteilungskontingente bestehen die Klagen der Verletzten in unveränderter Weise fort. Im Berichtsjahre wurden allein 98 Verurteilungskontingente an die Schiedsgerichte und 25 Rekurschriften an das Reichs- und Landes-Versicherungsamt ausgefertigt. Die meisten eingeleiteten Verurteilungen waren erfreulicherweise von Erfolg. Das mittelständliche Schiedsgericht ist unter seinem neuen Vorsitzenden besteht, das Gesetz mehr zu Gunsten der Verletzten auszugleichen. Vom Reichs-Versicherungsamt kann das leider nicht gesagt werden; seit dessen Vorsitzender Voelcker abgegangen ist, ist in die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes ein Geist eingeblasen, der als geradezu feindlich den Versicherten bezeichnet werden muß. Die meisten Klagen werden von den Verletzten über die Vertrauensärzte erhoben, und nicht mit Unrecht.

Nach dem Klassenbericht wurden vereinnahmt 11 232,91 M., verausgabt 11 666,00 M., so daß ein Defizit von 433,15 M. vorhanden ist. Das Vermögen beträgt 9283,48 M.

Aus der Frauenbewegung.

„Weib und Arbeiterin im Lichte der Socialdemokratie“ lautete das Thema des Vortrages, den Clara Zetkin am Freitag hielt. Die Versammlung war von dem Vertrauensmann des dritten Wahlkreises einberufen. Sie erfreute sich eines sehr starken Besuches. Bis auf den letzten Platz war der große Saal des Gewerkschaftshauses gefüllt. Die Rednerin erörterte diesmal die tieferen Ursachen der Frauenfrage. Sie zeigte, daß die landläufige Annahme, wonach die Frau von Natur geistig und körperlich milder entwickelt und deshalb auch minder leistungsfähig sein soll wie der Mann, wissenschaftlich nicht haltbar, ja thatsächlich widerlegt ist. Die Vortragende legte dann dar, daß es nicht in der Natur begründete, sondern durch die kapitalistische Gesellschaft mit ihren verkehrten Einrichtungen hervorgerufene Ursachen sind, welche das weibliche Geschlecht hindern, seine natürlichen Anlagen und Fähigkeiten frei zu entfalten und zu betätigen. Besonders macht sie geltend, unter der Herrschaft des Kapitalismus, ein Konflikt bemerkbar zwischen den Berufspflichten der erwerbenden Frau und ihrer Betätigung als Weib und als Mutter. Je mehr die Frau in Anspruch genommen wird durch Berufsarbeit, um so weniger bleibt ihr für die Wirksamkeit in der Familie. Die Socialdemokratie will diesen Konflikt mildern, indem sie für Erringung besserer Arbeitsbedingungen durch gemeinsame Organisationen beider Geschlechter, besonders aber für gegenseitigen Schutz der Arbeiterinnen eintreten, um diese so viel als möglich der kapitalistischen Produktion zu entziehen, damit den Frauen die Möglichkeit gegeben wird, sich nach der weiblichen und rein menschlichen Seite hin auszubilden. Auch die volle Rechtsgleichheit ist ein vorzügliches Mittel zur freien Entfaltung der weiblichen Persönlichkeit. Aber nicht nur gemindert, sondern beseitigt müssen die Gegenstände werden, welche die Frau an der freien Betätigung ihrer Kräfte hindern. Das kann nicht geschehen in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern es ist erst möglich, wenn der Socialismus die Herrschaft angetreten hat. Erst dann wird volle Freiheit geschaffen für die Entwicklung der Persönlichkeit, dann können sich alle Kräfte frei entfalten, und dann ist es auch der Frau möglich, sich je nach Anlage und Neigung zu betätigen.

Die Socialdemokratie ist die Sekretärin der Frau, aber nur soweit sie revolutionär ist und durch Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft volle Freiheit für die Entwicklung der Persönlichkeit schafft.

Der Vortrag, der begründet war auf tiefer wissenschaftlicher Erkenntnis und durchweht von leidenschaftlicher Begeisterung für die hohen Ideale wahrer, edler Menschlichkeit, wurde von der tausendköpfigen Menge mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Die Arbeiterinnen der staatlichen Tabakfabrik in Sternberg (Ostpreußen) stellten bei den Wahlen zum Vorstand und Schiedsgericht der Unfallversicherungs-Anstalt zum erstenmal eine eigene socialdemokratische Kandidatenliste auf. Die Fabrikleitung, deren Kandidaten bisher immer widerspruchlos gewählt wurden, stellte gleichfalls eine offizielle Liste auf. Trotzdem wurde die socialdemokratische Liste mit 606 gegen 503 Stimmen gewählt. Von der Furcht der Arbeiterinnen vor Nachregelung legt die Thatfache Zeugnis ab, daß 325 weiße Zettel abgegeben wurden. Diese 325 wollten zwar die Kandidaten der Fabrikleitung nicht haben, trauten sich aber nicht socialdemokratisch zu stimmen.

Die Reichliche Frauenbewegung. Nun haben die freistimmigen bürgerlichen Frauen Wiens außer den „Dokumenten der Frauen“ noch ein zweites Organ, dessen erste Nummer unter dem Titel: „Neues Frauenleben“ vor einigen Tagen erschienen ist. Das Organ war früher als „Frauenleben“ im Privatbesitz und ist jetzt an den Allgemeinen österrösischen Frauenverein übergegangen. Frau Fickert, die Präsidentin des genannten Vereins und bekannt als eine von den Christlich-socialen meistgeachteten Lehrerinnen, wurde mit der Leitung des neuen Organes betraut.

Wie es in der ersten Nummer heißt, sollen nur tüchtige literarische Kräfte zur Mitarbeit gewonnen werden. Unter den Mitarbeiterinnen des ersten Heftes befindet sich an erster Stelle Frau

Rosa Wahreder mit einem Aufsatz: „Zur Kritik der Weiblichkeit“, in welchem sie sich mit den verschiedensten einander widersprechenden Meinungen von gelehrten Schriftstellern etc. über das Weib befaßt.

Wahlrechtsverlangen. Die Arbeiterinnen der Grasschiffen-Portfabrik und des Schiffes haben eine große Petitionsbewegung ins Werk gesetzt. In einer Petition an das Parlament fordern sie die Teilnahme an den Parlamentswahlen.

Geriichts-Beilage.

Der Prozeß gegen die Trebertroungungs-Aktiengesellschaft. Vor der I. Strafkammer des Landgerichts zu Kassel hat Montag der Prozeß gegen die Aufsichtsratsmitglieder der Kasseler Trebertroungungs-Aktiengesellschaft wegen Verschleierung, Untreue und betrügerischen Einwirkens auf den Kurs der Aktien unter großem Andrang des Publikums begonnen. Staatsanwalt Kanteil stellte mit, er habe beim Justizministerium und beim zuständigen Amt ersucht, bei der französischen Regierung zu beantragen, den in Paris verhafteten Direktor Adolf Schmidt als Zeugen hierher bringen zu lassen. Auch der Direktor der Leipziger Bank, Egner, wird aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis als Zeuge vorgeführt werden. Die Angeklagten sind der Kaufmann Hermann Sumpf aus Kassel, der Fabrikant und Kaufmann Richard Schlegel zu Kassel, verurteilt durch Urteil des Bezirksgerichts in Pirna 1874 wegen Diebstahl, Betrug, Unterschlagung mit 8 Jahren Gefängnis, der Bierbrauer Ernst Otto aus Dortmund, der Rittergutbesitzer Johann Schulze-Dellwig aus Haus Söbde bei Hörde in Westfalen, der Rittergutbesitzer Arnold Sumpf aus Greifswald; die Angeklagten befinden sich sämtlich in Haft.

Ueber das Vermögen der Trebertroungungs-Gesellschaft zu Kassel war am 4. Juli v. J. auf Antrag des Konkursverwalters der Leipziger Bank, Justizrats Barth, der Konkurs eröffnet worden. Die Gesellschaft schuldet der Bank 89 433 820 M. Gleichzeitig wurde mit der Konkursöffnung gegen die fünf Mitglieder des Aufsichtsrats ein Strafverfahren eingeleitet. Der Hauptbeteiligte, Generaldirektor Schmidt, hatte sich ins Ausland geflüchtet. Er ist bekanntlich vor wenigen Tagen in Paris verhaftet worden.

Die ungeheuren Schwindelereien, welche mit den Treberaktien systematisch getrieben wurden, namentlich das Streben, durch fortwährende Erhöhung des Aktienkapitals bleibend hohe Dividenden zu schaffen, dürfte noch in aller Erinnerung sein.

Die Angeklagten bestreiten, von den Fälschungen und Schiebungen Schmidts Kenntnis gehabt zu haben. Von der Anklagebehörde, die Exster Staatsanwalt v. Dürsch und Staatsanwaltschaftsrat Kanteil vertreten, wird auf Grund der umfangreichen beschlagnahnten Korrespondenz der Nachweis versucht werden, daß den Aufsichtsratsmitgliedern mindestens seit dem Jahre 1895 — die Hauptbächer bis 1894 fehlen — bekannt war, daß die Trebertroungungs-Gesellschaft nicht mit Geldverleugungen zu kämpfen habe.

Der Angeklagte Hermann Sumpf will unbedingtes Vertrauen zu dem Generaldirektor Schmidt gehabt haben und schiebt im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung alle Schuld auf denselben. Das Consortium-Conto von 18 Millionen Mark bei der Leipziger Bank sei von letzterem gewännt worden, um den Anschein zu vermeiden, daß die Trebertroungungs-Gesellschaft solche hohe Summen der Leipziger Bank schulde. Arnold Sumpf schiebt sich den Erklärungen seines Vaters an und hebt hervor, ihm, der selbst nicht kaufmännisch gebildet sei, seien die Verhältnisse der Tochtergesellschaften gut erschienen. Die Verteidiger erklären auf Nachfrage, noch nicht auf die Vernehmung des Direktors Schmidt verzichten zu können. Nachdem die Vernehmung der übrigen Angeklagten, die sämtlich versichern, in gutem Glauben gehandelt zu haben und von der Prospektivität des Unternehmens überzeugt gewesen zu sein, beendet war, wurde die Verhandlung auf Dienstagvormittag vertagt.

Wettwucher und Genossenschaftsgesetz. Wegen des Auslegens einer Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle wurden am Samstag von der Potsdamer Strafkammer sieben Vorstandsmitglieder des Konsumvereins „Vorwärts“ zu Ludenwalde bestraft. Sie hatten es stillschweigend genehmigt, daß im September v. J. in den Verkaufsstellen und Schankstätten des Konsumvereins die von dem socialdemokratischen Wahlverein veranlaßte Petition zur Unterschrift ausgelegt wurde, woraus auch ein Inserat in den Zeitungen aufmerksam machte. Das Ludenwalder Schöffengericht hatte jeden Angeklagten zu fünf Mark Geldstrafe eventl. 1 Tag Haft verurteilt, weil es in dem Auslegen der Petition einen Verstoß gegen § 149 des Genossenschaftsgesetzes erblickte, in welchem es heißt: „Mitglieder des Vorstandes werden bestraft, wenn ihre Handlungen auf andere als die im § 1 festgelegten Geschäfte gerichtet sind.“ In der Berufungsinstantz wurde von der Verteidigung ausgeführt, daß hier keine Handlung der Angeklagten vorliege, zumal es an einer Willensäußerung des Vorstandes fehle. Die Petition dache sich mit dem Zweck des Konsumvereins, billige Nahrungsmittel zu ergötzen. Der Gerichtshof verworft aber die Berufung der Angeklagten, weil der Zweck des Konsumvereins lediglich die Vermittlung billiger Nahrungsmittel durch Ein- und Verkauf sei. Eine positive Handlung des Vorstandes sei zu der Strafbarkeit desselben nicht nötig.

Militärbefreiungs-Prozeß. Aus Elberfeld wird berichtet: Vor der hiesigen Strafkammer begann Montag die durch Reichsgerichtsbeschluß angeordnete nochmalige Verhandlung des Militärbefreiungs-Prozesses gegen 18 Angeklagte, darunter den Rentner Hermann Baumann und die Witwe Therese Dieckhoff von hier. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Schulte-Liffeloge; die Anklage vertreten Exster Staatsanwalt Jouen und Staatsanwalt Aiberis. Als militärische Sachverständige sind Corps-Generalarzt Dr. Stricker vom Gardecorps und Generalarzt Dr. Kern vom 2. Armeecorps in Stettin geladen.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen am Montag wird berichtet: Der Angeklagte Baumann bestreitet, sich mit Freimachungen befaßt zu haben, er habe nur einzelnen Personen Rat erteilt, ihnen ihre Fehler geschildert und geraten, sich nicht bei einem schweren Regimente zu melden. Ob er Geld empfangen habe, wisse er nicht mehr, weil sein Gedächtnis infolge der langen Untersuchungshaft gelitten habe. Auch die übrigen Angeklagten bestreiten ihre Schuld. Der Erste Staatsanwalt Jouen erklärt, daß die Anklage auf Befehl durch die rechtskräftige Freisprechung der Anklage beseitigt worden sei, es sei daher kaum möglich, daß die neue Strafkammer zu einer andern Auffassung gelange. Es läme nur die Frage der Täuschungen in Betracht, und ob das von den Angeklagten angewandte Täuschungsmittel zu einer Täuschung geeignet war. Der Staatsanwalt nimmt den Stand der Militärdarstellung in Schutz, der aus der vorigen Verhandlung glänzend hervorgegangen sei. Das Gericht beschloß, die angeblich freigekommenen Angeklagten am Nachmittag durch Militär- und Zivilsachverständige untersuchen zu lassen.

Versammlungen.

Der Centralverband der Fleischer und Vernisgenossen Deutschlands hielt am Mittwoch, den 29. Januar dieses Jahres, seine quortalsmäßige und recht gut besuchte Hauptversammlung bei Bauer, Rosenthalerstraße, ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete eine Besprechung der von den Reiterorganen angestrebten Unwahrscheinlichkeiten über den Centralverband und seine Versammlungen. Das Gebahren dieser „Arbeiterfreunde“ wurde allseitig ins richtige Licht gestellt, im übrigen jedoch darüber zur Tagesordnung übergegangen. Hierauf folgte die Bericht-erstattung vom Stande der Lohnbewegungen und Aussperrungen

im Reich. Der Referent schilderte die Sachlage in Kiel, Preetz, Eisenberg und Hamburg, ging weiter auf die Nachregelungen in Bunsau und Braunschweig ein, erläuterte dann den für den günstigsten Ausgang des Konfliktes in Gotha und zuletzt auch den Streik in Esbjerg in Dänemark. In der Hand dieser verschiedenartigen Beispiele, die auch im „Vorwärts“ des näheren schon erörtert worden sind, wies der Redner die Notwendigkeit einer strammen Gefellen-Organisation nach und erwähnte insbesondere die Berliner Fleischer-Gesellen zu festem Zusammenhalt, damit die Metropole des Reiches den Kollegen Deutschlands auch mit gutem Beispiele vorangehe. In der Diskussion äußerte man sich im gleichen Sinne. Der nunmehr erstattete Vorstands- und Klassenbericht zeugte von einem erheblichen Fortschritt gegen das Vorjahr; vom Kassierer wurde jedoch über unregelmäßige und geringe Beitragszahlung geklagt, da von 400 eingeschriebenen Mitgliedern nur knapp die Hälfte Beiträge entrichtete. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Friedrich Gluch, Bevollmächtigter, Max Siedert, Kassierer, Rich. Lange, Schriftführer, Knopp und Klimm, Weißiger, Wiederemann, Kehler und Kommunisten-Revisoren. Unter Vernissangelegenheiten wurde erwähnt, daß in jüngster Zeit verschiedentlich Revisionen der Arbeitsräume durch den Gewerbe-Inspektor stattgefunden haben und deshalb wurden die Kollegen aufgefordert, ihre Auslagen dem Zehatbestand gemäß zu machen und niemand zu Gunsten zu rufen. Ferner wurden die Kollegen ersucht, rege für die Sammlungen zur Deckung der Kongress-Kosten zu wirken.

Die Vereinigung der Hausdiener, Packer und Geschäftsführer hielt am 23. Januar ihre außerordentliche Generalversammlung ab. Die Versammlung nahm die Renwahl des Gesamtvorstandes vor: erster Vorsitzender wurde Schatzknecht, Dollendorfer 7, erster Kassierer Koch, Holzmarktstr. 40, und erster Schriftführer Conrad, Staligerstr. 117.

Die Modell- und Fabrikstoffler hielten am 22. Januar im „Wedding-Park“ eine Kronenversammlung ab. — Aus dem Bericht der Werkstoff-Kontrollkommission, den Desinghaus gab, ist besonders hervorzuheben, daß in dem Zeitraum vom 1. April bis Ende Dezember 1901 acht Branchen und zehn Vertrauensmänner-Versammlungen stattgefunden haben, sowie seitens genannter Kommission 18 geschäftliche Sitzungen und 23 Werkstoffbesprechungen abgehalten wurden. Nahezu die Hälfte der Werkstoffbesprechungen machten sich nötig infolge von während der jetzigen Periode schwachen Geschäftsganges mehrfach vorgenommenen Lohnreduzierungen. Leider war es infolge des schwachen Zusammenhaltes der Modellsticker nur in einem Betrieb, in der „Union“ der Electricitäts-Gesellschaft, möglich, einer geplanten Herabsetzung der Löhne energisch entgegenzutreten zu können. Nachdem Desinghaus als Odman und Weiß, Behn, Böhlen, Stübner, Tarnawa und Koblitz als Kommissionsmitglieder gewählt waren, trat die Versammlung in eine sehr lebhaft diskutierte Sitzung über die in nächster Zeit stattfindende Urabstimmung betr. die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein. Die meisten der Anwesenden standen der Unterstützung sympathisch gegenüber, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Kampfcharakter der Organisation keine Einbuße erleidet.

Friedrichshagen. Am Samstag, den 25. Januar, tagte hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung, in der auch Frauen reichlich erschienen waren. Die Genossin Clara Zetkin referierte über das Thema: „Der Brotwucher und das wolkende Volk.“ Die Vortragende erstreite für ihre klaren und sachlichen Darlegungen reichen Beifall. Da sich trotz wiederholter Aufforderung Genauer nicht zum Wort meldeten, wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Der Vorsitzende machte dann noch auf die im März stattfindende Gemeindevahl aufmerksam.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands (Verwaltungsstelle Berlin). Dienstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, außerordentliche Generalversammlung. I. Rechenkontrollbericht der Centralstelle, Wahl des Vorstands und zweier Revisoren. II. Quantitative Erhebung eines Ertragsbeitrages für die Centralstelle. III. Verschiedenes.

Verband der Blumen-, Blätter- und Pflanzenerbeiter und Arbeiterinnen. Mittwoch, abends 8 Uhr, Versammlung in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: Pflege der Schöpfung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Forst l. L., 3. Februar. (W. T. U.) Auf der Konradgrube in Döbern stürzte eine Förderseile mit drei Grubenarbeitern, welche die Schale unberufenerweise betreten hatten, in die Tiefe; alle drei Arbeiter waren sofort tot.

Gletwich, 3. Februar. (W. T. U.) Dem „Wanderer“ zufolge brach heute nachmittags 5 Uhr in dem Destillierraum der Feitwarenfabrik von Karl Sachs in Alt-Jahrgs Feuer aus, das in wenigen Augenblicken die Fabrik in Flammen setzte. Es brennen 129 Faß amerikanisches Harz, welches zu Öl verarbeitet werden sollte. Man glaubt, daß es den vereinigten Anstrengungen von vier Feuerwehren gelingen wird, ein nahe gelegenes Gebäude, in dem fünfhundert Fässer Mineralöl lagern, zu schützen. Die sonstigen umliegenden Gebäude sind bei der herrschenden Windstille gesichert.

Königsberg i. Pr., 3. Febr. (W. T. U.) Die Hafflostenstation teilt mit, daß das Fahrwasser zwischen Königsberg und Pillau seit heute ohne Hilfe eines Eisbrechers nicht passierbar ist.

Graz, 3. Februar. (W. T. U.) Der Schnellzug der Südbahn Wien blieb heute Nacht bei Döllach im Schnee stecken und konnte bisher nicht freigebracht werden.

Paris, 3. Februar. (W. T. U.) Die Deputiertenkammer beschloß eine Vorlage, betreffend nachträgliche Bewilligung der während der Vertagung des Parlaments durch Dekret eröffneten Kredite für den Empfang des Kaisers von Rußland.

Diese antwortet im Namen der Socialisten eine Erklärung, in welcher gegen diese Kredite Einspruch erhoben wird. Er bringt eine Tagesordnung ein, welche sich gegen die Geldverwendung und gegen die Haltung der republikanischen Regierung gegenüber dem Selbstherrscher, dem Kaiser von Rußland, tadelnd ausdrückt.

Salbed-Roussau erwidert, die Regierung würde sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht haben, wenn sie nicht die erforderlichen Kredite für den Empfang des Herrschers des befreundeten und verbündeten Volkes eröffnet hätte. (Lebhafter Beifall.)

Sembat (Sec.) erklärt, Rußland sei nicht der Verbündete Frankreichs, denn es sei auf Rußlands Beiseh gegangen, daß Frankreich Rußland räumen müßte.

Walbed-Roussau und Deleassé widersprechen dieser Behauptung, welche den Thatfachen durchaus nicht entspreche.

Sembat erwidert, daß das Gelddruck, welches über die Angelegenheit erscheinen werde, den Beweis erbringen werde, daß Graf Lambdors in Konstantinopel gegen die französischen Interessen gehandelt habe. Im übrigen habe das Bündnis mit Rußland keinen Wert, da Rußland Frankreich nicht einmal Handelsvorteile gewähre.

Deleassé erklärt, die Regierung habe die Pflicht gehabt, dem Kaiser von Rußland einen Empfang zu bereiten, wie er seiner und Frankreichs würdig sei; auch hätten sämtliche Generäle Frankreichs ihre Freude über jene Ereignisse ausgesprochen. Frankreich verfolge eine weitwärtige Politik und diese habe zu dem Bündnisse geführt, welches beiden Völkern Nutzen bringe.

Hierauf wird die Tagesordnung Dejeante mit 406 gegen 48 Stimmen abgelehnt und der Kredit mit 502 gegen 48 Stimmen bewilligt.

London, 3. Februar. (W. T. U.) Die italienische Dampfer „Lafaro“ ist auf der Fahrt von Hamburg nach Cardiff gestern mit der gesamten Besatzung bei Scilly untergegangen.

Reichstag.

133. Sitzung vom Montag, 3. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit dem Kapitel „Gesundheitsamt“.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Ich möchte die Stellung der Polizei gegenüber der Presse in Bezug auf die sogenannten Geheimmittel kurz berühren. Die Missstände... Die Zeitung weiß nicht, weshalb er bestraft wird, weil der Begriff Geheimmittel noch gar nicht festgelegt ist. In Preußen allein giebt es vierzig Verordnungen, welche die Anpreisung der verschiedensten Geheimmittel verbieten. (Hört! hört!) Geradezu lächerlich ist es doch zum Beispiel, daß Stollwercks Hustenbonbons, Schweizer Pillen, Kräuterwaren usw. als Geheimmittel angesehen werden, deren Anpreisung der Presse verboten ist. — Es ist nun eine neue Geheimmittel-Verordnung projektiert, die aber wieder die Entscheidung darüber, was Geheimmittel sind, dem Ermessen der Polizei überläßt. Die weiteren Bestimmungen sind so kompliziert, daß jeder Redakteur sich einen Tier-, einen Menschenarzt und einen Chemiker halten müßte, um zu verhalten, daß er bestraft wird. Ueberhaupt dürfte kein Verleger oder Redakteur für eine solche Annonce verantwortlich gemacht werden, sondern lediglich der Inzident. Hier muß unbedingt die Kante der Gesetzgebung in die Hand genommen werden. Gewiß kann der Staat nicht auf allen Gebieten die Kinderfrau spielen, aber es ist bezeichnend, daß man auch hier die Kleinen hängt und die Großen laufen läßt. Gegen den umfangreichen Schwundel, der mit dem Vorkauf getrieben wird, geht man nicht vor und auch nicht gegen den neuesten Humbug, die sogenannte christliche Wissenschaft der Witz Eddy in der Plottwellstraße 4, dies Ueberbrot der Heilarmee. (Weiterleit.) Das Reichs-Gesundheitsamt hätte die Pflicht, hier einzuschreiten. (Wobo! links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Auch ich möchte auf diesen Rufung des Gesundheitsamtes eingehen. Hier liegt sicher Anlaß vor zu behördlichen Einschreiten. Wir ist von Personen bestenfalls mitgeteilt worden, daß das Gesundheitsamt dort prompt für 2 M. erledigt wird. (Hört! hört! links.) Selbst schwerkranke Personen lassen sich durch den religiösen Anstus, der hier zum Schein getrieben wird, verführen. — Des weiteren muß ich mich zu den Zuständen im Groß-Vichtersfelder Krankenhaus wenden, das unter der Leitung des Professor Schwening steht. In diesem öffentlichen Krankenhaus ist die Zahl der Sterbefälle an Diphtheritis größer als in den Berliner Krankenhäusern. Dies liegt jedenfalls daran, daß dort bei der Heilung der Diphtherie ein Verfahren angewandt wird, das grundsätzlich abweichend von der Behandlung mit Heilserum. Da nun unter Umständen Kranke zwangsweise auch in dieses Krankenhaus gebracht werden können, so hat das Reich ein Interesse daran, diesen Zuständen sein Augenmerk anzuwenden. — Wenn ist es Pflicht des Reichs, im Interesse der wirksamen Bekämpfung der Viehseuchen die Tierärzte peltuare so zu stellen, daß sie nicht auf Privatpraxis angewiesen sind. (Sehr richtig! links.)

Abg. Stöder (l.):

Auch ich möchte zu der erwähnten christlichen Wissenschaft etwas sagen. Hier ist weder von christlicher Wissenschaft noch vom Aetia importierte schlechte Philosophie und noch schlechtere Theologie. Man sollte hier dagegen vorgehen, wie in Amerika, wo man Besitzer solcher Anstalten, in denen Kranke an dieser Behandlung gestorben sind, wegen Kurfuserei schwer bestraft. Das dieses sogenannte Gesundheitsamt in so vielen Kreisen Verbreitung findet, liegt an dem ganzen Zuge unserer Zeit nach Mystikem, Uebernatürlichem; vielen Leuten ist das Christentum vererelt und so verassen sie solchen Schwundel, ebenso ist es ja auch mit dem Spiritismus, der eine Anzahl von Geistern in unsrem Volke verwirrt. Es müßte eine Kommission gebildet werden, die feststellt, was wirklich am Spiritismus daran ist. Heute giebt es zahlreiche Existenzen, die mit Hilfe des Spiritismus noch bewußten Betrüge leben. (Sehr wahr! links.) Allein hier in Berlin giebt es Hunderte von sogenannten Medien.

Der Herr Abg. Antrid hat am Sonnabend hier Missstände geschildert, die viel besser „Angiätsfälle“ genannt werden müßten. Er hob hervor, daß in Krankenhäusern Leute, die nur als Kranke verdächtig sind, als wirklich krank entlassen werden. Das wird aber überall so vorkommen. Wenn in einer Krankenanstalt sich eine ansteckende Krankheit ausbreitet, so dauert es gewöhnlich lange, ehe man dies merkt. Was der Abg. Antrid über das Elisabeth-Krankenhaus in Berlin gesagt hat, ist leider wahr. Wenn aber dann der Abg. Antrid sagte, in diesen Krankenhäusern gebe es sehr fromm her, so könnte es fast den Eindruck erwecken, als ob dies die Ursache solcher Missstände sei. Das ist aber keineswegs der Fall.

Zur Resolution Lenzmann kann ich nur „ja“ sagen. Es geschähen leider immer noch solche Fälle, wie sie der Abg. Lenzmann hier vorgetragen hat.

Ich habe mich aber zum Worte gemeldet, um die Aufmerksamkeit auf zwei Broschüren zu lenken, die die Pflege der Schwestern in den Krankenhäusern behandeln. Die Broschüren beziehen sich auf die sogenannten „freien Schwestern“. Diesen wird der Vorwurf gemacht, daß bei der Behandlung von männlichen Kranken Dinge geschehen, die nicht nur peinlich, sondern im höchsten Grade skandlos genannt werden müssen. Ich kenne selbst einen Fall, in dem eine Schwester an einem geschwächten Mann Dinge vornahm, die geradezu schändlich genannt werden müssen. Unter diesen Umständen erscheinen mir die in den Broschüren erwähnten Fälle durchaus glaubhaft. Hier muß Wandel geschaffen werden. Es müssen Anstalten geschaffen werden, in denen männliches Pflegepersonal ausgebildet wird. Ich hoffe, daß das Reichs-Gesundheitsamt Veranlassung nehmen wird, die Fälle zu untersuchen. (Wobo! rechts.)

Darfentlicher Bundesbevollmächtigter Senator Dr. Klugmann:

Die Broschüren, die der Herr Vorredner erwähnte, beziehen sich auf die Hamburger Krankenhäuser. Die Krankenpflege wird in Hamburg nicht von freien Schwestern ausgeübt, sondern alle Krankenpflegerinnen gehören einem Verband an. Die Untersuchung hat ergeben, daß keine der erwähnten Anstalten irgend einen berechtigt war. Der ganze Ton der Broschüren, die die schwersten Schmähungen gegen die Oberinnen enthalten, beweist, daß es sich lediglich um Agitation der freien Schwestern gegen die weiblichen Krankenpflegerinnen handelt im Interesse der männlichen Krankenpfleger. Unregelmäßigkeiten, Ueberstreichungen der Instruktion o nunen selbstverständlich in jedem größeren Betriebe vor, das ist unvermeidlich. Thatsache ist aber, daß sich die Kranken selbst durchaus nicht gegen die Behandlung durch Pflegerinnen beschwerten, im Gegenteil, sie sind sehr zufrieden damit.

Abg. Antrid (Soe.):

Der Herr Vorredner sagte soeben, in jedem großen Betriebe können Missstände vor, und deshalb müßte man diese nicht so über nehmen. Es kommt aber nicht darauf an, daß mal ab und zu Missstände vorkommen, sondern es kommt darauf an, daß man die Ursache dieser Missstände ergründet. Darin kann ich aber dem Vorredner nicht recht geben, daß die Krankenanstalten überall ihre Schuldigkeit gethan hätten, um die Ursache

dieser Missstände festzustellen. Die Ursache dieser Missstände liegt in erster Linie in der schlechten und miserablen Bezahlung und in der schlechten Behandlung, wie sie das Pflegepersonal zu erdulden hat.

Ich habe durchaus nichts gegen die Schwesternpflege. Ich verheie es aber nicht, wie man 16-17jährige Mädchen auf Männerstationen beschäftigen kann. Welchen schweren sittlichen Gefahren diese Mädchen ausgelegt sind, brauche ich vor Ihnen wohl nicht auseinanderzusetzen. Gegen die ausschließliche Schwesternpflege sprechen aber noch andre Gründe. Ueberall, wo ausschließlich die Schwesternpflege eingeführt ist, führt nicht der Arzt, sondern in der Regel die Oberin das Regiment. (Sehr richtig!) In dem Groß-Vichtersfelder Krankenhaus sind Dinge vorgekommen, die jeder verurteilen muß. Dort sind die Schwestern, um einen unlieb samen Arzt zu entfernen, in den Generalstreik getreten, sind weggegangen und haben die Kranken einfach liegen lassen. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Ich persönlich halte nicht das Schwesternsystem, sondern das gemischte System für das beste. In diesem Sinne haben sich vor kurzem auch die Ärzte der Berliner Charité ausgesprochen.

Staat und Gemeinde haben für eine gute Ausbildung der Krankenpfleger zu sorgen und vor allen Dingen diesen Pflegern das Pensionsrecht zuzuerkennen. In der Berliner Charité ist ein Mann, der 7 Jahre als Pfleger gedient hat, wegen Erblindung entlassen worden und bekommt jetzt volle sieben Mark Pension. Als ich neulich diesem Mann sagte, ich wollte den Fall hier im Reichstage zur Sprache bringen, hat er mich gebeten, davon Abstand zu nehmen, denn er hatte Angst, der preussische Staat würde ihm auch diese winzige Pension entziehen. Ich beruhigte ihn aber und sagte ihm: „Wenn auch der preussische Staat schon sehr schäbig ist, so schäbig ist er denn doch nicht.“ (Heiterkeit. Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einen Bundesstaat nicht als schäbig bezeichnen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Antrid (fortfahrend):

Dem Abg. Stöder erwidere ich, daß im Elisabeth-Krankenhaus viele Geschlechtskranke aufgenommen worden sind, denn sonst würde die große Anzahl von Gonorrhöerkranken nicht vorgekommen sein.

Es soll vorgekommen sein, daß mit demselben Schwamm, mit dem die syphilitisch Kranken Kinder gewaschen sind, gleich darauf weiter gewaschen wird; das ist doch eine Schandthat.

Ich muß nun wieder auf meine Anklagen gegen das Noabiter Krankenhaus zurückkommen. Trotzdem ich hier eine große Menge von Thatsachen mit Belegen angeführt habe, geht der unanständige Kampf gegen mich weiter. Am unanständigsten ist die „National-Zeitung“. Sie erklärt, ich hätte wieder unwahre Thatsachen mitgeteilt, nachdem in der Berliner Stadtverordnetenversammlung festgestellt sei, daß was ich vor zwei Jahren gesagt hatte, unwahr sei. Was habe ich nun damals gesagt? Ich habe meine eignen Erlebnisse aus Noabit vorgetragen, habe z. B. erzählt, daß Wärter dort mit 21 M. angestellt seien. Das Durchschnittsgehalt habe ich auf 30 M. angegeben. Herr Stadtrat Straßmann hat daraufhin eine Liste vorgelesen, wonach damals die Mindestlöhne für die Wärter 23 M. betragen haben. Redner verliest dem gegenüber die Namen einiger Wärter, die nach Ausweis der Lohnlisten damals mit 30-31 Mark bezahlt wurden. Ebenso unwahr ist die Behauptung des Herrn Straßmann, daß keine ungelerten Wärter in Noabit angestellt wären. Mein Oberwärter war Schneider, ein zweiter Metzger, ein dritter Konditor; das nennt der Herr Stadtrat gelernete Wärter! Ich hatte behauptet, die Zahl der Wärter sei zu gering. Damals waren auf jeder Station drei, heute sind es vier. Weiter hatte ich darauf hingewiesen, daß die Desinfektionsapparate häufig nicht in Ordnung gewesen wären. Herr Straßmann erklärt, diese Apparate würden jeden Tag von dem Wäschmeister reuiviert. Ich habe aber Zeugen dafür, daß solche Apparate wochenlang nicht in Ordnung gewesen sind. Außerdem führte ich an, daß 30 Personen in einer Wadewanne gebadet würden. Herr Straßmann behauptet, an einem Tage würden höchstens 6-7 Personen gebadet, dafür genüge eine Wadewanne. Das ist nicht wahr; jeden Freitag müssen 30 Personen in 2 Stunden gebadet sein. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Da kann von einer genügenden Reinigung nicht die Rede sein. Weiter wies ich darauf hin, daß kein Rotzge vorhanden gewesen seien. Herr Straßmann behauptet, es seien thatsächlich eine große Zahl Stearilichter dagewesen. Diese Lichter sind aber lediglich auf meine Veranlassung angezündet worden, als zweimal das Gas veriegte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Weiter hat Herr Straßmann behauptet, syphilitische Wärter gäbe es nicht in Noabit. Der Herr Decretum lächelt gar nicht zu wissen was draußen vorgeht. Ich stelle der Regierung eine ganze Reihe von Wärtern zur Verfügung, die thatsächlich Syphilis-Kranke waren. Trotzdem hat der Stadtrat Straßmann die Unversämtheit hätte ich bald gesagt — die Stirn, zu behaupten, ich hätte die Tribune des Reichstags gemißbraucht, um unwahre Anschuldigungen zu erheben. Aufrechterhalten muß ich auch meine Behauptungen, daß Kranke beim Essen bedient haben. Dies ist z. B. der Fall gewesen bei einem Tuberkulose- und Lupus-Kranken, der eine Wacke trug. (Hört! hört!)

Weiter habe ich behauptet, das Essen sei schlecht, die Wärter käuften sich häufig selbst welches. Daraufhin hat Herr Straßmann ein Menu vorgelesen unter stürmischer Heiterkeit der Stadtverordneten-Versammlung und betont, einen Abend gäbe es sogar Fricassée. Das ist wahr; es werden nämlich die Ueberreste von Speisen von altem Fleisch z. in einen Topf gegeben, dann eine saure Sauce darüber gegossen und dann ist das Fricassée fertig. Diese Speise wird dort Fricassée à la Dr. Straßmann genannt. (Große Heiterkeit.) Die behäbigen Leuten, die in der Stadtverordneten-Versammlung damals so gelacht haben, haben jedenfalls an ein Fricassée gedacht, wie sie es bei Kempinski bekommen. (Weiterleit.)

Weiter hat Herr Straßmann eine große Lohnliste vorgelegt, nach der Wärter von 27-78 Mark Gehalt bekamen. Nach meiner Feststellung ist der höchste Lohn, den ein Wärter in Noabit erhält, 55 Mark. Wie ist nun die Liste des Herrn Straßmann zu stande gekommen? Er führt darin 7 Personen auf, die mit der Krankenhauspflege gar nichts zu thun haben. Da ist ein Telephonist bei Tag und bei Nacht, ein Diener des Direktors, ein Desinfektionsbeamter, ein Wärter, Vriestträger, Aufseher, die alle Oberwärter genannt werden. Wenn man diese Personen wegläßt, so bleiben thatsächlich die Gehälter übrig, die ich genannt habe.

Schließlich muß ich noch zu Schande der Berliner Stadtverwaltung einen Vertrag vorlegen, der Ihnen klar machen wird, wie es kommt, daß sich kein anständiger Mensch mehr dazu hergiebt, einen Wärterposten dort anzunehmen. In diesem Kontrakt heißt es: „Ich übernehme die Verpflichtung, das Dienstverhältnis vierzehn Tage vor dem von mir gewünschten Entlassung zu kündigen, räume aber dem leitenden Verwaltungsbeamten oder dessen Stellvertreter das Recht ein zu meiner sofortigen Entlassung ohne Angabe von Gründen.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Außerdem unterwerfe ich mich den Bestimmungen der für Preußen bestehenden Gesundheitsordnung ausdrücklich.“ (Hört! hört! bei den Social-

demokraten.) Ist das nicht ein Skandal, daß die Freistelligen, die öffentlich immer gegen die Gesindeordnung aufstreten, einen solchen Kontrakt von ihren Angestellten verlangen? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Sorgen Sie dafür, daß dieser Angiätsfall ausgemittelt wird; erst dann werden Sie bessere Verhältnisse in den Krankenhäusern schaffen. (Wobo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Franken (nall.):

Wenn der Abg. Antrid sagte, die Krankenpfleger würden nicht genügend bezahlt, so erwidere ich ihm, daß christliche Nächstenliebe und Aufopferung nicht zu bezahlen sind. — Herr Abg. Sachse sagte in seiner letzten Rede, es gelte in den Bergwerken nichts, um die Wurmkrankheit zu bekämpfen. Ich verweise ihn auf die zahlreichen Erholungsheime, die in Westfalen zur Aufnahme Buntkranter errichtet worden sind. Des weiteren fordert Redner geistliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Wurmkrankheit. Das Trinken ist gestattet, aber das Saufen muß verboten werden. (Heiterkeit.)

Abg. Stöder (wildkous):

Ich habe die beiden Broschüren citiert, weil ich der Ansicht bin, daß hier auf diesem Gebiete allgemeine Missstände vorhanden sind, auf deren Beseitigung das Reichs-Gesundheitsamt zu dringen hat.

Abg. Singer (Soe.):

Ich fühle mich, wie auch im vorigen Jahre, veranlaßt, meinem Gefühl tiefer Beschämung darüber Ausdruck zu geben, daß in der Stadtverwaltung Berlins Dinge vorkommen, wie sie mein Kollege Antrid hier vorgebracht hat. Ich finde es auch gar nicht verwunderlich, wenn dem Abg. Antrid hier und da ein Versehen in seinen Angaben nachgewiesen ist, an dem Gesamtergebnat wird dadurch nichts geändert. Es schied sich nicht für eine Vertauung, sich bei Bekamtwerden dieser Missstände zurückzuziehen, sondern sie hat die Pflicht, darüber Auskunft zu geben, ob diese Missstände wahr sind oder nicht. Derartige Zustände bestehen ja nicht nur in Berlin, sondern auch in andren Städten und das Reichs-Gesundheitsamt hätte deshalb um so mehr Veranlassung, das Wort in dieser Sache zu ergreifen, als ja im vorigen Jahre mitgeteilt wurde, es solle eine Revision des Roabiter Krankenhauses stattfinden. Wie ist dann das Ergebnis dieser Revision? An der Zuständen trifft die Schuld nicht nur den Berliner Magistrat und die Krankenhaus-Verwaltung, sondern auch die Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Dabei muß ich konstatieren, daß es uns Socialdemokraten, seitdem wir in der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin vertreten sind, niemals möglich gewesen ist, auch nur einen socialdemokratischen Stadtverordneten in die Krankenhaus-Deputation hineinzubekommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Unter diesen Umständen werden Sie es verstehen, wenn ich von meinen Freunden und mir jede Verantwortung für diese Zustände abwälze. Erst im Januar dieses Jahres haben die Herren eingesehen, daß sie es einer Gruppe, die ein Fünftel der Versammlung ausmacht, nicht zumuten können, in einer so überaus wichtigen Deputation nicht vertreten zu sein und haben einen Socialdemokraten in die Krankenhaus-Deputation gewählt. Dieser Kollege wird es als seine erste Aufgabe ansehen, den bestehenden Missständen nachzugehen. Als vor zwei Jahren Kollege Antrid seine Anklagen hier vorzutrag, haben wir sie natürlich bei der Staatsberatung im Stadtparlament zur Sprache gebracht. Der Verlauf der Sitzung ist Ihnen ja bekannt gegeben worden. — Das allerschlimmste bei diesen tiefbedauerlichen Missständen ist, daß sie nicht auf das Verschulden einzelner Personen zurückgeführt werden können. Vor Verfassungen einzelner Personen sind auch musterhaft geleitete Anstalten nicht sicher, hier aber liegt die Schuld an dem ganzen System, daran, daß man sich nicht entschließen kann, genügendes Personal und genügend bezahltes Personal anzustellen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Große Kommunen setzen ja mit Recht ihren Stolz darin, ihre Anstalten den modernsten Anforderungen der Hygiene entsprechend auszugestalten, und auch wir werden stets dafür eintreten, daß dieser Juvic der Einrichtung der Krankenhäuser nicht vernachlässigt wird. Wir müssen aber mit Bedauern konstatieren, daß über diese Aufgabe der Einrichtung der notwendigen Laboratorien die eigentliche Aufgabe der Krankenhäuser, die Leute gesund zu machen, etwas vernachlässigt wird. Man sorgt nicht für ausreichendes Verzte- und Wärterpersonal und auch die Verpflegung leidet manchmal darunter. Auf einen Arzt kommt eine zu große Zahl von Patienten. Sehr groß ist der Andrang von Assistenten und Volontären zu den Krankenhäusern. Diese Herren betrachten ihre Tätigkeit dort als Schule für ihre Ausbildung für die spätere Privatpraxis. Der leitende Geharzt in einem solchen Krankenhaus ist heute gar nicht in der Lage, sich um alles zu kümmern, was in der Anstalt vorgeht, wie das seine Pflicht wäre. Diese Herren, oft Autoritäten ersten Ranges, begnügen sich mit einer Generalabseite in Begleitung der behandelnden Verzte. Im übrigen sind sie durch ihre meist sehr große konsultative Praxis so in Anspruch genommen, daß sie ou eine individuelle Behandlung ihrer Pflegebefohlenen im Krankenhaus nicht denken können. Hier sollte man nicht sparsam sein, und wenn man keinen Geharzt für 5000 M. bekommt, einen für 15 000 oder 20 000 M. anstellen, der dann aber seine Tätigkeit im Krankenhaus zu seinem Lebensberuf machen müßte. — Wenn diese Diskussion den Erfolg hat, die Verhältnisse auf diesem Gebiete zu bessern, würde sich niemand mehr freuen als wir Socialdemokraten. (Wobo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Beschwerden über die Krankenhäuser sind schon im vorigen Jahr hier vorgbracht worden und ich habe deshalb Anlaß genommen, mich an sämtliche deutschen Bundesregierungen zu wenden. Specie in Preußen haben eingehende Revisionen stattgefunden. Es liegt mir auch hier eine Verfügung der Dessau-Khaltischen Regierung vor. Die Ermittlungen haben ergeben, daß in Preußen, soweit die Charité und die Universitätsklinik in Frage kommen, Vorwürfe zu unrecht erhoben worden sind, daß dagegen, soweit Krankenhäuser in Kitiona, Görtitz und Königberg in Frage kommen, die erhobenen Vorwürfe zum Teil berechtigt waren. Was den künftigen Fall anlangt, der sich in Elisabeth-Kinderhospital ereignet hat, so ist die Thatsache richtig. Es ist eine Untersuchung eingeleitet und der Geh. Medizinalrat Dr. Robert Koch hinzugezogen worden, um zu ermitteln, wie ein solcher Vorgang überhaupt möglich war. Die Untersuchung hat eine sichere Ursache nicht ergeben; vermutlich liegt die Schuld an der Unsauberkeit des Pflegepersonals. Wir alle wissen, daß auf dem Gebiete der Krankenhäuserpflege große Mängel vorhanden sind, daß da noch viel zu leisten ist. Auch Verzte irren sich manchmal, auch Operationen verlaufen unglücklich. Die Verzte sind eben auch nur Menschen, es giebt tüchtige und unfähige, pflichteifrige und nachlässige, degabte und undegabte Verzte. In der Hauptsache ist das ganze Gebiet aber Landesache und es ist sehr schwer, in diesem hohen Hause Rede und Antwort zu geben, wenn man für die laufende Verwaltung nicht verantwortlich ist. Bedenken Sie doch, es giebt in Deutschland 3524 öffentliche Heilanstalten. In einem Falle betrifft die Beschwerde des Abgeordneten Antrid Reichsgebiet; es war die Mitteilung, daß in einem Berliner Institut, wo sehr stark ansteckende Krankheiten in Frage kommen, nicht mit der nötigen Sorgfalt verfahren wird. Hier hat die Reichsgewalt auf Grund des Reichs-Heilengesetzes zu entscheiden, und Sie können sich darauf verlassen, daß ich dieser

Frage sehr ernst nachgeben werde. Ich kann nur noch... in solchen einzelstaatlichen Fragen sich nicht an mich... sondern an die rechte Schwiede zu wenden. Auch einen Gesichtspunkt möchte ich hervorheben. Sie wissen, welcher Widerwille in großen Bevölkerungsteilen gegen öffentliche Krankenhäuser besteht. Sie werden mir aber zugestehen, daß die große Masse der Bevölkerung in einem Krankenhaus besser aufgehoben ist, als in der eigenen Wohnung. (Sehr richtig.) Ich meine nun, es ist nicht unmöglich, durch solche Debatten hier die Abneigung gegen die öffentlichen Krankenhäuser noch zu verstärken. Wenn die vom Abg. Antrich erzählten Fälle wahr sind, so sind sie erschütternd. Es kann sich dann aber nur um Ausnahmen handeln. Die deutsche Krankenhäuserpflege steht auf einem sehr hohen Niveau.

Ueber die erwähnte christliche Wissenschaft will ich mich vorläufig äußern. Sie stammt aus derselben Quelle wie der Spiritismus und beruht auf psychologischer Ursache. Ich habe gewiß keine Sympathie dafür. Aber in solchen mehr psychologischen Dingen ist oft mit hochgebildeten Personen nicht zu reden. Ich kenne einen nützlichen, leidenschaftlichen Mann, der mir erklärt hat, er habe selbst gesehen, wie es plötzlich Blumen von der Decke herabgefallen sind. Dagegen giebt es keinen Kampf. (Weiterleit.) Abweisen aber möchte ich den Gedanken, dagegen mit staatlichen Machtmitteln vorzugehen. Das könnte diese Irrtümer nur noch vertiefen.

Was nun die Resolution wegen des Jrenwesens anlangt, so möchte ich dringend davor warnen, alle die Mordgeschichten zu glauben, die in den Zeitungen über Fälle stehen, in denen angeblich Gesunde in Irrenanstalten zurückgehalten worden sind. Für den Voren ist es unheimlich schwer zu sagen, wo hört der gesunde Menschenverstand auf und wo fängt die Gemeingefährlichkeit an. Ich habe es noch nicht erlebt, daß bewußt ein Gesunder in eine Irrenanstalt gebracht worden ist. Die beiden hier besprochenen Fälle sind allemal richtig. Natürlich kommt es vor, daß auch mal eine falsche Diagnose gestellt wird.

Die angeregte Frage der Ausführung des Viehschneid-Gesetzes ist Landesfrage und ich laum hier weiter nicht darauf einzugehen. Dem Abg. Müller-Meinungen aber möchte ich auf seine Anfrage wegen der Höhe im Mittel noch erwidern, daß sein Material offenbar nicht ausreichend ist. Als Geheimmittel sollen nur offenbar schädliche oder zu betrügerischen Zwecken fabrizierte Mittel angesehen werden. Gegen die Liste des Bundesrats, auf der die Geheimmittel stehen, steht jedem Einspruch offen. Ist aber ein solcher Einspruch nicht erfolgt und die Mittel stehen auf der Liste, so muß eine einheitliche, gleichmäßige Behandlung in ganz Deutschland Platz greifen. (Bravo.)

Abg. Graf Oriola (nall.):

Ich bin recht froh, daß die Regierung sich nun endlich entschlossen hat, auf die Reichsversammlung des Abg. Antrich eine Antwort zu geben. Seit einer Stunde fragen wir uns, ob denn diese Antwort nicht endlich kommen wird. Gewiß muß die Angelegenheit zum Teil Landesfrage sein, aber wir haben vollkommen recht, derartige Vorkommnisse beim Kapitel „Reichs-Gesundheitsamt“ zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig.) Der Herr Staatssekretär ist ja auch zum Teil auf die Sache selbst eingegangen. Notwendig ist, daß die Einzelregierungen vielleicht auf Veranlassung des Reichs-Gesundheitsamtes eine ernsthafte Untersuchung über die vorgetragenen Missethände anstellen. Wir verlangen, ebenso wie die Sozialdemokraten, Abstellung dieser Missethände, und dieser Ansicht wird sich wohl auch die „Nat.-Ztg.“, deren Artikel ich nicht kenne, anschließen. Die Klagen über die Berliner Krankenhäuser kommen die Sozialdemokraten doch auch im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung vorbringen, wenn sie nicht in der Krankenhaus-Deputation waren. Herr Singer hat anerkannt, daß in vielen Krankenhäusern noch Mängel zu beseitigen sind, hat aber hinzugefügt, daß nicht sofort die Möglichkeit ihrer Beseitigung vorhanden ist. Er hat weiter hervorgehoben, daß in großen Kommunen alles mögliche getan wird, um die Krankenhäuser zu besserem Zustand zu bringen. Das entspricht ganz meiner Ansicht. Ich halte es für dringend geboten, daß das Krankenpflegepersonal auf besoldet und verpflegt wird und daß seine Zahl dem Krankenbestande entspricht. Für Herrn Singer stimme ich nicht überein, wenn er wünscht, daß den leitenden Ärzten in den Krankenhäusern die Privatpraxis verboten wird. Tüchtige Ärzte verdienen in der Privatpraxis so unangeheuer viel, daß es unmöglich sein dürfte, ihnen durch das Gehalt als Chefarzt eines Krankenhauses einen entsprechenden Ersatz zu bieten. Die Folge wäre, daß die tüchtigsten Ärzte der Krankenhäuserpflege fernblieben und das wäre nicht wünschenswert. Eine Vermehrung des ärztlichen Personals halte ich auch für geboten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Bundesrats-Verordnung über den Betrieb der Kohlen-Spinnereien giebt mir erwünschten Anlaß, den Kampf gegen die Milzbrand-Gefahr hier zu beipflegen. Die Klagen der Arbeiterschaft richten sich gegen die Halbheit der durch die Verordnung vom 28. Januar 1899 getroffenen Bestimmungen. Im § 2 werden den Unternehmern zwei Desinfektionsverfahren zur beliebigen Verwendung überlassen. Aber nur das Verfahren mit strömendem Dampf giebt wirkliche Sicherheit. Graf Rasadowsky hat behauptet, daß dieses Verfahren in Nürnberg nicht aus hygienischen sondern aus technischen Gründen ortstatutarisch festgesetzt worden sei. Das ist nicht der Fall. Nur hygienische Gründe sind dafür maßgebend gewesen. Die Unternehmern behaupten nun, durch das Verfahren mit strömendem Dampf lichte das Material. Zwei Untersuchungen im Reichs-Gesundheitsamt haben die Unrichtigkeit dieser Klagen ergeben. Durch diese Desinfektionsart tritt weder ein Gewichtsverlust ein — nur die Unreinlichkeiten werden beseitigt — noch leidet das Material in seiner Qualität, wenn die Desinfektion sachgemäß vorgenommen wird. Deshalb ist die Frage, ob dieses Desinfektionsverfahren obligatorisch einzuführen sei, als gelöst zu betrachten, und es wäre zweckmäßig, die zweite Desinfektionsart, das zweifelhafte Kochen des Materials, den Unternehmern zu nehmen. Zu dieser Desinfektionsart haben die Arbeiter kein Vertrauen. Im vorigen Jahre gab mir Graf Rasadowsky den freundlichen Rat, mir den § 120a der Gewerbe-Ordnung anzusehen; ich würde da finden, daß derartige Arbeiteraufsichtsverfahren nur soweit geltend gemacht werden dürfen, als die Natur des Betriebs es gestatte. Der Rat war überflüssig, denn der Paragraph war mir bekannt. Es geht aber nicht an, daß diese Desinfektionsvorschriften für kleine Betriebe als nicht vorhanden gelten. „Natur des Betriebs“ ist gewiß ein unklarer Ausdruck; er darf aber nicht so ausgelegt werden, daß er bedeutet: „so weit der Profit der Unternehmer es gestattet.“ (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb soll aus Ehen vor der Vernichtung eines kleinen Betriebes eine ganze Kategorie von Arbeitern Gefahren für ihr Leben ausgeht werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Klage wird auch über die zu geringe Ausdehnung der Desinfektionsvorschriften geführt. Die Verordnung beschränkt sich auf ausländisches Material und läßt noch Ausnahmen zu. So unterliegen Kamelhaare und Gegenhaare nicht dem Desinfektionszwang. Im ersten Entwurf der Verordnung waren die Gegenhaare einbezogen, im zweiten blieben sie weg, sehr zu Unrecht, denn im Jahre 1901 sind in Nürnberg zwei Fälle von Uebertragung von Milzbrand durch Gegenhaare vorgekommen. In Nürnberg hat sich eine Milzbrand-Kommission aus Arbeitern gebildet, und diese ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß sämtliches in- und ausländisches Material an Gegenhaaren desinfiziert werden muß. Die Kommission hat auch beim Nürnberger Magistrat den Erfolg erzielt, daß dieser eine dazugehörige Verfügung erlassen hat. Auch das inländische Material ist in hohem Grade milzbrandverdächtig. In Kirchheim in der Niederlausitz sind Milzbrandbakterien an Schaffellen festgestellt worden und zwar anlässlich von der technischen Deputation des Veterinärwesens. Das ist in dem betreffenden Berichte des dortigen Gewerbe-Inspektors zu lesen. Wir müssen also die Forderung der Desinfizierung des inländischen Materials ganz kategorisch aufstellen. Die Behörden dürfen sich nur nicht rückständig

zeigen, wie das die sächsische Regierung thut. Herr Fischer will mir nicht glauben, so lange ich den Namen nicht nenne, daß mir ein sächsischer Beamter gesagt hat, er würde auch noch Sozialdemokrat werden. Ich will nur sagen, daß Herr Fischer dieser Beamte von sozialpolitischer Einsicht nicht gewesen ist. (Weiterleit.)

Direktor im Reichs-Gesundheitsamt Dr. Köhler:

Die Forderung, sämtliches inländisches Material zu desinfizieren, geht doch etwas zu weit. Die Frage ist noch nicht ganz spruchreif, es finden noch fortwährend Erwägungen statt. Auch der strömende Wasserdampf garantiert nicht in allen Fällen die Abtötung der Milzbrandbakterien. Die Milzbrandfälle haben sich ganz bedeutend vermindert, wenn auch immer noch einzelne Fälle vorgekommen sind. Unser Streben ist genau daselbe, wie das des Herrn Vorredners, nur wollen wir nicht so stürmisch vorgehen, wie er.

Abg. Prinz Schmied-Charost (Hospitalist bei den Nationalliberalen): Die Anregungen des Herrn Antrich waren durchaus dankenswert. Meiner Ansicht nach befehlen wir aber die besten Krankenhäuser in der ganzen Welt. Der Angriff des Herrn Antrich auf die „National-Zeitung“ war nicht berechtigt. Sie mußte nach den Vorgängen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu ihrer Haltung kommen und wird jetzt jedenfalls ihre Beschuldigungen gegen Herrn Antrich zurücknehmen. Herr Antrich hätte seine Anklage allein gegen den Stadtverordnet Strafmann richten müssen. Jedenfalls gehe ich zu, daß sein Vorgehen das einzige Mittel ist, um etwaige Missethände in den Krankenhäusern zu beseitigen. Der Erfolg unserer Debatten in den letzten Jahren ist zum Beispiel gewesen, daß der Durchschnittslohn für das ärztliche Personal in der hiesigen Gg. Ehrlich erhöht worden ist. — Eine genauere Ueberwachung der Irrenhäuser als bisher ist durchaus notwendig. Namentlich die Entlassung der Irren begegnet häufig zu großen Schwierigkeiten. Der Arzt, der den einzelnen Kranken nur wenige Minuten sieht, ist nicht in der Lage, zu beurteilen, ob der Irre noch so krank ist, daß er in der Anstalt verbleiben muß.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Dr. Fischer:

Herr Südekum hat mir indirekt Mängel an sozialpolitischem Verständnis vorgeworfen. Ich laum Herrn Südekum nur sagen: Du kennst mein Herz noch lange nicht! (Weiterleit rechts.) Man kann wohl das Vorhandensein von Missethänden in einzelnen gewerblichen Betrieben anerkennen und brandt deshalb noch lange kein Sozialdemokrat zu sein. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Wurm (Soz.) (auf der Tribüne fast unverständlich): Dem Herrn Vorredner möchte ich bemerken, daß der betreffende Beamte gesagt hat, wenn ich Arbeiter wäre, würde ich auch Sozialdemokrat werden.

Herr Geheimrat Köhler meinte, man könne nicht so stürmisch vorgehen. Darin liegt doch aber nichts Stürmisches, wenn man ein Verfahren vorschreibt, dessen Durchführbarkeit festgestellt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wie nötig es ist, daß auch das inländische Material desinfiziert wird, geht daraus hervor, daß festgestellt ist, daß in mehreren Betrieben, in denen alle Vorsichtsmaßregeln zur Desinfizierung des ausländischen Materials getroffen waren, doch Erkrankungen an Milzbrand vorgekommen sind. Nicht nur die bei der Verarbeitung von Rohhaaren beschäftigten Arbeiter leiden, sondern ebenso klagen die Tapezierer, die in den Rohhaarlagerstätten in den Hols in Rohhaare stecken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch die starke Staubentwicklung ist die Gesundheit der Arbeiter auch außerordentlich gefährdet. Auch hier ist dringend Abhilfe geboten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hermes (fr. Sp.): Ich zweifle nicht daran, daß die Angriffe auf die Berliner Krankenhäuser sich bald in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wiederholen werden. Dann wird man vom Magistrat aus die Antwort auf die Angriffe des Abg. Antrich nicht laudig bleiben. Dort wird auch der einzige Ort sein, wo man in die Details dieser Fragen wird eingehen können.

Abg. Gröber (C.): Es ist doch sonst das Prinzip der Demokratie, daß alles in vollster Öffentlichkeit vor sich geht. Das muß gelten, auch wenn es sich um Anstalten des Freiwilens und des Fortschrittes handelt. (Weißall und Weiterleit im Centrum und rechts.) Das muß man sagen auf die Gefahr hin, daß das rote Haus darüber erötete. (Weiterleit.) Wir müssen Jahr für Jahr eine Prüfung vornehmen, um zu sehen, ob die schon früher gemachten Versprechungen sich erfüllt haben. Die von sozialdemokratischer Seite erhobenen Angriffe trugen so sehr den Stempel der Wahrheit an sich, daß ich daran keinen Augenblick zweifle. Diese Erörterungen sind hier im Reichstage durchaus am Platz; sie können recht wohl die Unterlage bilden für allgemeine medizinisch-polizeiliche Maßnahmen. Eine bessere Vergütung des ärztlichen Personals in den Berliner Krankenhäusern erscheint durchaus erforderlich. Ich möchte bei dieser Gelegenheit das Reichs-Gesundheitsamt bitten, darauf hinzuwirken, daß die Beschränkungen, denen die religiösen Krankenpfleger-Kongregationen in einer Reihe von Bundesstaaten unterworfen sind, aufgehoben; wir müssen viele Freiheit für diese Genossenschaften verlangen. (Weißall im Centrum.)

Abg. Peus (Soz.):

In Anbalt ist in der Öffentlichkeit nichts von einer solchen Verfügung bekannt, wie sie der Staatssekretär erwähnte, obwohl dazu ein großes Bedürfnis vorhanden wäre.

Es ist schon vorgefunden der Brief eines Defianter Kreislärers vorgebracht worden, in dem außerordentlich schwere Beschuldigungen gegen den Krankenhaus-Direktor in Wernburg erhoben wurden. Dieser 1891 geschriebene Brief, der uns zufällig in die Hände gekommen ist, ist von uns veröffentlicht worden und wir haben wiederholt auf das dringendste die Regierung um Auskunft erfragt, ob der Brief der Wahrheit entspricht. Der Briefschreiber ist heute Decernent der Medizinal-Angelegenheiten in der anhaltischen Regierung. Die Regierung habe aber keine Auskunft darüber gegeben und das anhaltische Volk weiß noch nicht, ob die ungeschwätchten Anschuldigungen wahr sind oder nicht. Es ist dann eine Anklage erfolgt, die ausging von dem betreffenden Krankenhaus-Direktor. Die Regierung aber verhinderte, daß der Briefschreiber Zeugnis ablegte und zwar auf Grund des § 58, der die Sicherheit der anhaltischen Staaten betrifft. Das ist ein unglaublicher Mißbrauch dieses Paragraphen. Wie sollen da die Richter jezt die Wahrheit feststellen? Es wird noch ein weiterer Termin in dieser Angelegenheit stattfinden. Die anhaltische Regierung verschlimmert durch solches Vorgehen das Mißtrauen der Bevölkerung zu den Krankenhäusern. Wir müssen verlangen, daß kein vielbeschäftigter Krankenhaus-Direktor eine Privatpraxis hat. Wenn ein Chefarzt Privatpraxis hat, dann liegt die Verantwortung für ihn nahe, den ganzen Tag in der Stadt herumzuwandern und Krankenhäuser anzusehen, um zu sehen, ob die Krankenpflege und Krankenpflege sind wir Sozialdemokraten nicht einverstanden. Wie oft sind Fälle vorgekommen, wo man am Krankenbett sich die größte Mühe gegeben hat, nicht den Kranken zu helfen, sondern ihn zu befehlen. Neben erinnert an den Fall des Kaplans in Köln, der eine todkranke Frau zu dem Geständnis zwingen wollte, sie lebe im Kontubinat, und an die Alexianerbrüder und den Bruder Heinrich. Man muß den Mut des Herrn Gröber bewundern, daß er dieses Gebiet betreten hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Semler (nall.): Der Verband deutscher Krankenhäuser hat eine Umfrage über die angeleglichen Missethände

in Krankenhäusern mit weiblichem Pflegepersonal veranstaltet. Die Antworten rühren von den Oberinnen her. Sie sprechen darin, daß alle Maßnahmen, welche das Schamgefühl der Schwestern verletzen könnten, unterlassen werden. Natürlich ist hier kein besonders fein ausgebildetes Schamgefühl gemeint, sondern es sind nur ganz bestimmte Handlungen den Schwestern verboten.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel „Reichs-Gesundheitsamt“ wird beendigt.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Rest des Tages des Reichsamts des Innern. Gesetz betreffend den Schutz des Gensler Neutralitätszeichens.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dießl Verlag) ist soeben das 18. Heft des 20. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt geben wir hervor: Einiges zur Parteipolitik — Beiträge zu einer Geschichte der Internationalen von Warz — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Von Hermann Rollwage II. — Die Streiks in Oesterreich im Jahre 1900. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Baum. — Splitter. Literarisches Rundschau: Volkswirtschaft. — Feuilleton: Ueber Goethe. Von Theodor Lehmann.

Annalen des Deutschen Reichs. München. J. Schweizers Verlag (Arthur Sellier). 1902. Heft 2. Inhalt: Der Österreich und seine gesetzliche Regelung. Von Dr. Fr. Schwegler. — Handelsverträge und Handelspolitik. Von E. Wiesinger. — Miscellen.

Von der „Kommunalen Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Roden u. Comp.), ist uns soeben die Nr. 3 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer geben wir hervor: Das Hamburger Projekt einer Stadt- und Vorortbahn. — Die Gemeinden und die Arbeitslosigkeit. — Das neue Schulbuchgesetz für Bayern. — Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Preis vierteljährlich 1 M. (einigen in der Postzeitungsliste für 1902 unter Nr. 4116). Einzelnummer 20 Pf.

Marktpreise von Berlin am 1. Februar 1902

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.					
† Weizen, gut D. Gr.	17,10	17,45	† Roggen, gut	14,60	14,58
„ mittel	17,42	17,35	„ mittel	14,56	14,54
„ gering	17,34	17,30	„ gering	14,52	14,50
† Gerste, gut	14,60	14,58	* Weizen, gut	13,90	13,40
„ mittel	14,56	14,54	„ mittel	13,80	12,80
„ gering	14,52	14,50	„ gering	13,70	13,60
* Hafer, gut	16,10	16,10	„ mittel	16,10	16,10
„ mittel	16,10	16,10	„ gering	16,10	16,10
„ gering	16,10	16,10	Wasserschrot	7,32	6,82
Wasserschrot	7,32	6,82	Datt	8,60	6,80
Datt	8,60	6,80	Erbsen	40,—	25,—
Erbsen	40,—	25,—	Speisebohnen	50,—	25,—
Speisebohnen	50,—	25,—	Wicken	60,—	20,—
Wicken	60,—	20,—			

† ab Bahn.

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 3. Februar. Der Getreidemarkt war lustlos. Warenofferten sind noch wie vor am Markte. Weizenlieferungen waren auf Amerika 1/2 bis 1/2 Markt abgemacht, höheres Oesterreich-Ungarn blieb unberührt. Roggen konnte sich für weitere Sichten behaupten, da einige Frage für ansehnlich bestehen bleibt und russischer etwa 2 M. höher gehalten wurde. Weizen war ruhig, 5 Pf. billiger. Am Markte für Futterartikeln blieben Lieferungen still und unverständlich; im Vorkontingente bleibt amerikanischer Weizen höher gefragt, andere Sorten dieses Weizens abgeben. Daher liegt an den Provinzmarkten fest, insoweit besseren Abweges nach Sachsen, am hiesigen Plage, der noch stark mit Ware überfüllt sein soll, unverändert. Weizen war umsatzlos.

Spiritus 10 Pf. niedriger, loco 70 er 33,40 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. S. Wir nehmen Zuschriften über Missethände in Fabriken nur dann an, wenn sie von der in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisation angefordert werden. Nebenbei sei sich daher zunächst an diese.

H. S. 02. Für die erwähnten Geldsätze wird Ihnen von einem Mitbewerber ein Betrag ausbezahlt werden, der den höchsten Wert um ein geringes übersteigt.

H. M. Drouthemerstr. Teilen Sie den Fall der Kerkelammer, An der Stadtdamm 57, mit.

H. 100. Die erwählten Spielbösen erhalten Sie, wie uns mitgeteilt wird, von der Firma H. Julius Jünger, Leipzig.

H. N. 2. Rein; die Ehefrau thut gut, um eine Schädigung zu hindern, bei der Sparkasse ein Sperrkonto herbeizuführen. — H. 60. Rein; was gekündigt ist, bleibt gekündigt, kommt nicht wieder in Haus genommen. Von dieser Regel giebt es nur Ausnahme auf dem Gebiete des Weinderechts, des Rechts der Verlobten, ferner wenn der Scheiter veranlaßt, und endlich wenn innerhalb eines Jahres Widerruf einer Scheidung wegen großen Unbaths erfolgt. — H. N. Wenn Sie nicht erscheinen, kann gegen Sie Verhängnisurteil ergehen. Sie thun also besser, sich zu erkundigen. — Richard 22. Wegen dieser Bezeichnung liegt wohl kein Verbot vor; entgegenstehende Entscheidungen sind uns nicht bekannt. — G. K. Die Wirkung der Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte tritt mit der Rechtskraft des Urteils ein. Die Zeitdauer wird von dem Tage ab berechnet, an dem die Freiheitsstrafe verurteilt, verurteilt oder erlassen ist. — H. 55. Weider rein. — G. W. 36. 1. Das hängt vom Inhalt des Kaufhabens ab. 2. Ja. — H. 2. S. 158. 1—4 Rein. 5. Ja, indes könnten Sie dann gegen die Beerdigungskosten aufrechnen. — H. S. 8. H. 24. H. 242. Rein. — Kaufvertrag. Ein Verkäufer, der verurteilt, ein geldliches Geschäft in derselben Sache nicht zu errichten und das Verprechen bricht, ist nicht strafbar, der Käufer kann aber auf Schließung des Geschäfts und auf Schadenersatz klagen. — T. 2. 90. Am 11. Dezember 1902.

H. 2. 2. Entspricht die Erzählung der Wahrheit, so können Sie gegen die geschriebene Beerdigung nichts anrichten. — Agraria. 1. Ihr Nachverhältnis erlischt, falls nicht Verlängerung vereinbart wird, ohne Kündigung am 30. September. 2. Rein. — H. 3. 40. Wegen Beerdigung des Gesundheitsamtes müssen Sie sich an die Polizeibehörde mit dem Antrag wenden, das Zeugnis zu berechnen und die Herrschaft anzuhalten, auf ihre Kosten ein neues Gesundheitsbuch ausfertigen zu lassen. — H. N. Das beschlagene Verzeichnis geht von mehr als einer Seite beschlagnahmt werden. Es tritt, wie bei jeder Forderung mehrerer Gläubiger, dann das Verteilungsverfahren ein. Die Hauptregel für dieses ist, daß der, der zuerst beschlagnahmt hat, zunächst beschlagnahmt wird. — 1. Heer. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat in seinem Einführungsgesetz die landesgerichtlichen Vorarbeiten über die Prüfen, bis zu deren Ablauf gemietete Räume bei Beendigung des Mietsverhältnisses zu räumen hat, ausdrücklich erhalten. Diese landesgerichtlichen Vorarbeiten sind sehr verschieden; in Preußen sind diese Prüfen durch landespolizeiliche Verfügungen (örtlich verfaßten) geregelt. Ob und welche Prüfen für Ihren Ort besteht, erfahren Sie aus dem Polizeik. 2. Rein. — H. 2. 1902. Weider ist die Herrschaft berechtigt, den Weisheitsrat und den durch Schulhaften Bruch entstandenen Schaden abzugreifen. Das ist viel Abgezogene — in Ihrem Fall wohl 3 M. — ist beim Amtsgericht einzufügen. — H. S. 100. 1. Ihr Anspruch ist noch nicht verjährt. 2. Ueber die Frage, ob ein Voss einer Batterie gewonnen hat, erhalten Sie bei dem Batterieverwalter Auskunft. — Schmanow 21. Das erste Testament ist gültig. — Neu-Zorge 14. Der Betreffende ist seit Jahren verstorben. — H. 2. 90. 1. und 2. Ja. — C. W. Das ist unseres Wissens nicht verboten. — W. S. Ist das Kind nach dem 31. 12. 1899 geboren, so haben Sie Klimenten zu zahlen. Ist es vor dieser Zeit geboren, so sind Sie nicht zur Klimentenzahlung verpflichtet, wenn die Mutter bereits früher anderwärts geboren hat. — Streitfrage 113 M. Die Gesellschaft ist im Recht. — G. 2. 2. Und nicht bekannt. — H. S. 100. 1. Ja. 2. Rein. — D. B. G. Ist sich über die Altersfrage nicht aus. — H. 2. 1. Ja. 2. Rein.

Witterungsübersicht vom 3. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand man	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Barometer Hand man	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter
Schwintende	768,0	OSO	1	bedekt	Japanonda	761,0	W	4	wolkent
Damburg	768,0	OSO	2	bedekt	Petersburg	758,0	W	1	bedekt
Berlin	768,0	OSO	2	bedekt	Wort	766,0	OSO	4	bedekt
Frankf./M.	763,0	OSO	2	bedekt	—	—	—	—	—
München	762,0	OSO	2	bedekt	Paris	762,0	OSO	2	wolkent
Wien	762,0	OSO	1	bedekt	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Dienstag, den 4. Februar 1902. Gleitlich trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden; Temperatur nahe dem Gefrierpunkt.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 4. Februar.
Cyrenhaus. Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schaubühne. Wollenheims Tod. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Götter.
Schiller. Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Mit-Geißelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr. - **Reichens.** Verliebt. Vorher: Im Haus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Eugen Onegin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Delfos Willens- und Dantes Brief. Anfang 8 Uhr.
G. v. Holzgans. Bunter Theater (Wiederbreit). Anfang 8 Uhr.
Schau und Rauch. Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Lebende Bilder. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr.
Central. Vette Guibert mit ihrer Gesellschaft. Montmartre en Ballade. Poil de Carotte. Le Sphinx. L'Innocent criminel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Die Waise von Lowood. Anfang 7 1/2 Uhr.
Gari Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
Freiburg-Wilhelmsbühne. Die drei Wünsche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Prinzipal. Die Dame aus Travulze. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari-Theater. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Schauspiel des Central-Theaters. Das süße Mädel. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Lustige Brüder. Gefährlich. - Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr: Frühlingsstage an der Riviera. Im Hörsaal um 8 Uhr: Dr. P. Schwahn: Die Gletscher und ihre Thätigkeit.)
Invalidenstr. 57/62. Tagl. Sternwarte.
Castans Panopticum. Friedrich-Strasse 165. Neu! Original Tiroler Sängergesellschaft. G. Gehr. Wilhelm aus Innsbruck. **Voranzeige!** Mittwoch, d. 5., abends 8 Uhr. **Konkurrenz-Kampf** zwischen dem Kraftturner Alex Meyer u. d. Athleten Zimmermann Wilh. Pliesch.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingsstage an der Riviera
 Im Hörsaal um 8 Uhr:
 Dr. P. Schwahn: Die Gletscher und ihre Thätigkeit.
Invalidenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.

Castans Panopticum
 Friedrich-Strasse 165.
 Neu! Original Tiroler Sängergesellschaft. G. Gehr. Wilhelm aus Innsbruck.
Voranzeige!
 Mittwoch, d. 5., abends 8 Uhr.
Konkurrenz-Kampf zwischen dem Kraftturner Alex Meyer u. d. Athleten Zimmermann Wilh. Pliesch.

Passage-Theater.
 Die siebenjährige **Lola Gray**
 in dem Mimodrama:
Der Bajazzo und sein Kind
Sie? Lanzetta Er?
Damenluftkampf ausgeführt von 12 jungen Damen.
16 erstkl. Nummern.

Schall und Rauch (Kleines Theater)
 Unter den Linden 44.
 Dienstag, den 4. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Serenissimus
 Erbsünde. - Familienidyll etc. Parkett 4, 4.50, 2. 2 Mk.
Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
 Schwan u. Gefang u. Tanz i. 3 Akten. Gust. Sondermann. Ferd. Worms. Wigi. Dittner. Rosa Marton.
 Hierauf: **Er.** Lebensbild in 1 Akt.
Carl Wallner als Gast.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstr. 132.
 Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
 Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Laet von Ernest Guinot. Musik von Jean Gilbert.
Wina Michetti als Gast.
 Vorigen: **Das Jungfernstift.**
 Sonnabendabend 4 Uhr: **Dorndäcker.**

E. von Wolzogens Bunter Theater (Wiederbreit)
 Köpcke-Str. 68.
 Dienstag, den 4. Februar 1902:
Lina Abarbanel. Sozeta Bradsky u. Oskar Straus.
 U. a.: Nora-Parodie. Die beiden Pierrots. Brahms'sche Duette.
 Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch
 Dienstag, 4. Februar, ab. 7 1/2 Uhr:
 Große Vorstellung. Klondike. Drig. Pantomime des Cirkus Busch.

Cirkus A. Schumann.
 Dienstag, den 4. Februar 1902, abends präc. 7 1/2 Uhr:
 Zum 5. Male: **Rohitzi.** Sens. Erfolg. Die große Ausstattungs-Pantomime **Mephisto**
 Eine romant. wundert. Handlung in 3 Akten. v. Hofballmeister H. Stern. Besonders hervorzuheben:
 Neu! **Das Hexen-Trampeln.** ausgeführt von 20 besten Springern der Gesellschaft. In dieser Höhe noch niemals gezeigt worden.
 Vorher: **Die großen Februar-Spezialitäten.** U. a. zum 4. Male: **Phänomen!**
L'écyère lumineuse?
 In Feuer und Flamme.
 Neu! Zum 1. Male in Deutschland **Mons. Edourd Soemann.**
 Ferner das übrige vorzügliche Programm und die. H. Schumann's neueste Originalaufführungen.

Reichshallen.
 Täglich:
 Stettiner Sänger.
 Anfangs Woche 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.

Metropol-Theater
 Thomas, Bender, Josephi.
 Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
 Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
 Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
 Anfangs Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.
 Georgenstrasse, Ecke Universitätsstr. Madonnenschein. Lebende Bilder. Anf. 8 Uhr. Parkett 2 M. - Sonntag 4 Uhr: Neues Kindertheater. Tierspiele. Kinderquartett.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Größt. Vergnügungsort Berlin's Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
 Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
 Berliner Bock-Brauerei.
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4 a.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
 Neu!
Die Zillerthaler.
 Neu!
Die Polkafräulein.
 Nach jeder Vorst. **TANZ.**
 Entree 50 u. 75 Pf. Wochen. Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochen. **Bereitsbild** gültig und Tanz frei.

Casino-Theater.
 Hofbringerstr. 37.
 Gastspiel **Wilhelm Richter** in der Gesangsoper „Lustige Brüder“. Dazu „Christe“ und das in sat. neue Programm.
 Anfangs Woche 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagabend 4 Uhr: **Muttersegen.**

Palast-Theater (früher Fein-Palast)
 Burgstr. 22.
 Die durchweg neue glänzende **Februar-Programme.**
 12 kolossal. Nummern.
 Um 9 Uhr: **Bieberaufstehen** des Dir. Wilh. Fröbel in der Klavierausstattungs-Gesangs-Bühne.
Die süßen Mädel.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. **Billet-Verkauf** v. 11-1 Uhr.
 Sonnabend, den 8. Februar: **Palast-Theater-Masken-Ball.**

Apollo-Theater.
 Gastspiel des **Central-Theaters**
Das süße Mädel.
 Operette in 3 Akten von Heinrich Reinhardt.
 Ferner:
The Leamy-Truppe
 Rivali und Frau
 O'Neill u. Torp
 Arvida Svensson & Heade Trio.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Indische Menagerie
 im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor)
 Hofbringerstr. 1-7.
 Täglich 2 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie **Löwen-Ringkampf** und **Pitterung** um 4 u. 8 1/2 Uhr.
 Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf. Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
 Die Direktion: **Frosse.**

Charivari-Theater.
 Alte Jakobstr. 37.
 Neues glänzendes Februar-Programm.
 Popl Weiss, Mizzi Braun, Lotte Sebus, Albert Köhne, Max Reichard u. a.
 1/4 Uhr Nachm.-Vorstellung zu halben Preisen.
 1/8 Uhr Beginn der Abend-Vorstellung.

W. Noacks Theater.
 Wilmannsstr. 16.
 Besuch für **Arthur Seelen** (25-jährig. Schauspielersubstitutum)
Die Loreley.
 Romantisches Schauspiel mit Gesang von Reich. bearbeitet von W. Seelen.
Benefiz-Tanzkränzchen.
 Mittwoch:
Die Haubenlerche.
Charlottenburg.
F. Kunstmann, Ballstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
 Grossartige Auswahl!
 Billigste Preise! Reelle Garantie!

Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, nachm. 2 Uhr, ent- schied nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter Mann, der Maurer und Geschäftswirt **Albert Bernsee.**
 Um hieses Beileid bitten **Die Hinterbliebenen.**
 Die Beerdigung findet am Mitt- woch, den 5. d. M., nachm. 2 Uhr, von der Halle des Neuen Luise- kirchhofes am Fährtenbrenner Weg aus statt. 33839

Kraus- und Blumenbinderei
 von **Robert Meyer,**
 nur Mariannen-Strasse 2.
 Vereins-Kränze, Palmen u. Blumen- Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Mittwoch und Donnerstag
 kommen beispiellos billig zum **Inventur-Verkauf**
Riesen-Posten Teppiche
 1 Partie darunter
16/4 Tapestry-Teppiche
 allerbestes Fabrikat in aparten Mustern
 Grösse **M. 42 bis M. 60.**
 1280/330 cm, her
Teppich-Haus
Emil Lefèvre
 Berlin S., Oranienstr. 158.

Masken-Garderobe
 von **Carl Ernst,**
 Köpcke-Str. 126, 1 Et.
 Grösste Auswahl!
 Billigste Preise!
 Vorzügliche dieser Annonce erh. 10% Preisermäßigung.

Gänsefedern 60 Pf.
 pr. Pfund (grösste zum Reizen).
 Schlachtfedern, wie sie u. d. Gans fallen, mit allen Daunen III. 1.50, (ältester Scherenschnitt) II. 2.00, besserer Scherenschnitt III. 2.50, russische Daunen III. 2.50, weiße behm. Daunen III. 5.00, er- sienes Feder III. 1.50, 2.00, 2.50, Prima gefüllte III. 3.00, 3.50, Vorzug gegen Nachahm. **Gustav Lustig, Berlin S., Erste Weißfedernfabrik u. elect. Betriebe.** Diale Anfertigungsanstalt.

Patentanwalt Dammann,
 Moritzplatz 57.
 Auskunft bis abends neun. (33599)

Ziehung 12., 13., 14., 15. März
 zu Köln a. Rh. 300 000 Loose.
4te Große Geld-Lotterie
 zur Erhaltung des **Siebengebirges**
 Loose: 1 Ganzes M. 4.20
 1 Halbes M. 2.10
 (Porto u. Liste 30 Pf.)
14 000 Geldgewinne
 66-maliger ohne Abzug.
 Hauptgewinn: Mark
125 000
75 000
50 000
20 000
10 000
 5 à 4000 - 20 000
 5 à 2000 - 10 000
 15 à 1000 - 15 000
 20 à 500 - 10 000
 50 à 200 - 10 000
 100 à 100 - 10 000
 300 à 50 - 15 000
 1500 à 20 - 30 000
 12 000 à 10 - 120 000
 Loose versendet: General-Debit
Lud. Müller & Co.
 Berlin, Breitestr. 5.
 Telegr.-Adr.: Göttemüller.

Berein der Bauanführer
 Berlins und Umgegend.
 Donnerstag, 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal 1:
Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Wahl des Vergütungs-Komitees und Fest- setzung der Vergütung. 3. Bericht über den 33/4
 Mitgliedsliste legitimiert. Beiträge werden nur zwischen 7 bis 8 Uhr angenommen. Mitgliedskarten und Arbeitsberechtigungskarten sind zur Kostempfang vorzulegen.
 Der Vorstand.

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung
 der **Militär-Sattler, Filiale IV**
 am Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal VIII.
 Tagesordnung: 1. Arbeitslofen-Unterstützung. 2. Wahl eines Arbeitsschlichters. 3. Bericht über den 150/5
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.
 Der Vorstand.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:
 Sonntags 5 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hätt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Louis Kellers Festsäle
 Koppstr. 29.
 Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
 (Fuhrmann, Horst, Walde).
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 52322* Nach jeder Solsee:
Familien-Kränzchen.
 - Bonds haben Gültigkeit. -
 Jeden Mittwoch: **Berliner Prater, Kalkauer-Allee.**

Der Ausstoss unsres diesjährigen Bockbieres
 beginnt am **Sonnabend, den 8. Februar.**
Brauerei Königstadt
 Akt.-Ges.
 Schönhauser Allee 10-11.

Honig! Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, beste Qualität, versch. Sorten, netto zu 6,50 M., 5 Pf. 4 Pf. franco Nachn. Garant. Rückn. **E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustheer Oldenb.**

Ball- und Cottillon-Artikel.
 Sämtlicher Festlichkeitsbedarf für Vereine, Klubs, Dekorations-, Scherz-, Zaubr-, Cottillon-Kränze in großer Auswahl. Billigste Preise.
Paul Schmitt, Berlin, Friedrichstr. 235.
 Tel. VIa Nr. 11 873. (30478)

Galerie 20 Pf. berühmter Frauen
 in zwanglosen Fests.
 Geht 1 bis 3 durch jede Buchhandlung zu beziehen, sowie direkt von Goldsteins Verlag, Nowawes b. Potsdam. (2136)

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware
 6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckerei:
 Wagnersstr. 9, Krausstr. 19, Falkenstr. 28, Paulinerstr. 2.

Dr. Schünemann,
 Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
 Sprechstunden: 1/2 12-1/2, 1/2 6-1/2.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalters, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
 Vierzehntel-Ordn.-u. Hilfs-Krankentassen
 Berlin C., (31734)
30. Tinten-Strasse 30.

Dr. Simmel, Prizonstr. 59.
 Spezialarzt für 7/19* **Haut- und Halsleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Stempel-Tabell von (32168)
Robert Hecht,
 Berlin S., Krausenstr. 142,
 liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in jeder Ausführend.
Kaufschuf. Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Frauenleiden heilt mit gutem Erfolge **Frau Grundmann, prakt. Naturheilkundige, Leiterin der Frauen-Heilanstalt, Köpcke-Str. 72, Sprechst.:** Dienstag und Freitag, nachm. 4-8.

Preisgekrönt auf allen Weltausstellungen. Gegen
Nicht
 Rheumatismus, Gallensteine, Leber-, Magen-, Nierenleiden, Hautunreinigkeiten, Fettleibigkeit, Zuckerkrankh., **Blutandrang** ist vielseitig ärztlich empfohlen - ohne Dosisbestimmung -
Konhaupts Citronensaftkur
 mit naturbelastigtem mildem Citronensaft von reifen „Citronen“ ge- sch. Citronen aus „Citronen“ ge- sch.
 Berlin und nächste Verorte sende 1 Flasche „Citronen“, d. 1. Saft von 50 frischen Citronen, für 1 Mk., oder 1 Kilo, d. 1. Saft von 50 frischen Citronen, für 3 Mk. frei Haus. Auswärts von 4 Mk. an franco (incl. Verpackung) mit Kurplan und Dankeschreiben vieler Geheilten.
 Täglich frisch Pressung.
P. Konhaupt, Berlin P. Schönhauser Allee 177.
 Fabrik ausführender Spezialitäten. Geht nirgends weiter.
 Telegraph: Amt III. No. 98.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Hrn. **Anna Pappitz** über: Eitliche und wirtschaftliche Gefahren bei der Berufswahl unserer Töchter. 2. Diskussion. Genossinnen und Genossen, agitiert für regen Besuch.

VI. Wahlkreis.

Dienstag, den 4. Februar ex., abends 8 Uhr, bei Henschel, Invalidenstr. Nr. 1a:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow** über: Heimatspolitik. 2. Diskussion. Um recht zahlreichen Besuch dieser Versammlung werden die Parteigenossinnen und Genossen ersucht.

Centralverband der Töpfer.

Mittwoch, den 5. Februar, abends präc. 6 Uhr, bei Flebig, Große Frankfurterstr. 28:

Versammlung

aller zum Organisationsgebiet Berlins und Umgebung gehörenden Kollegen.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand der Sperrre bei Schmelz. 2. Gewerkschaftliches. 195/5

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechtl. Gebisse

Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Achtung! Achtung! Achtung!

Rixdorf.

Mittwoch, den 5. Februar, vorm. 10 Uhr, im Apollo-Theater, Hermannstr. 49/50:

Grosse Arbeitslosenversammlung.

Tages-Ordnung: Die Arbeitslosigkeit und was thun die Behörden, um die Wirkung derselben zu lindern? Referent: Genosse **Adolf Cohen**. Diskussion.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ner 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Bezirks-Versammlung für Moabit.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse**. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung und Verbandsangelegenheiten.

Konferenz für den Osten.

Mittwoch, den 5. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Bartel, Große Frankfurterstr. 18:

Konferenz für den Westen.

Mittwoch, den 5. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Kumke, Bülowstr. Nr. 59:

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, 5. Februar, abends 8 1/4 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95. Tages-Ordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Süden: bei Ketzolk, Wasserthorstraße 68. Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.

Moabit: im Lokale des Herrn Jocksch, Turmstr. 84. Tages-Ordnung: Bericht der Vertrauensleute und Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstraße 23. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 23/24. Tages-Ordnung: Bericht der Kommission. Verbands- und Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Osten und Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.

Friedrichsberg-Fichtenberg: bei Lutterbüse, Friedrich Karlstr. 11. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Obmanns. 2. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.

Modell- u. Fabrikfischler im Lokal von Dieke, Adlerstr. 123. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensmänner. 3. Verschiedenes.

Drehstler.

Mittwoch, den 5. Februar 1902, abends 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Welchen Nutzen hat die Einführung der Arbeitslosen-Unterrichtung? Ref.: Kollege **Klingner**. Korreferent: Kollege **Sieckfeld**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Stoff- und Celluloidarbeiter.

Mittwoch, den 5. Februar 1902, abends 8 Uhr, bei Horschel, Fiedrichstr. Nr. 35:

Sigung der Vertrauensleute und Branchen-Kommission.

Der Obmann. **Bähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Spz. 9-7.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ner 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII 353

General-Versammlung.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Palast-Theater (Frenypalast), Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht der Ortsverwaltung, Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des 1. Bevollmächtigten des Schriftführers, des Arbeitsvermittlers, des Auswärters der Arbeitslosen-Unterrichtung und eines Revisors. 3. An die Verwaltung gelangte Anträge.

Zu dieser Versammlung werden keine Kaufsittel verschickt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Am Eingang zum Saal erhalten die Kollegen einen gedruckten Jahresbericht, einen Kasienbericht und Stimmzettel. Zahlreichen Besuch erwartet

Betriebswerkstätte für Knaben-Konfektion Gustav Laaser, Knaben-Anzüge in größter Auswahl zu Engrospreisen. Brunnenstrasse 84. Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Grosses Stofflager.

Max Arnsdorff Specialhaus Berlin SO. Oranienstrasse 176, Ecke Adalbertstrasse. billigsten bis zu den elegantesten Qualitäten, zu denkbar soliden und festen Preisen.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gutgehendes Schattengeschäft in anderer Unternehmung wegen preiswert zu verkaufen. In ertragreichen Ostendstraße 89, Brauerei-Niederlage Pöhlmannsche Verocum. 770*
Eigengeschäft, gangbares, Miete 650 Mark mit Wohnung, sofort zu verkaufen Charlottenburg, Potsdamerstraße 4. 744*
Wardienhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 974R*
Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Hemdmaschinen, Regulatoren sportlich reichhaltig. Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 167*
Ruhstuhlmöbel, mehrere Zimmer, verkaufte auch einzeln. Blüchhof, elegant 50,00, Spiegel 10,00, Säulenimmere 35,00, schöne Delgamäße 3,00, Teppich 8,00, Schloßgarnituren 15,00, Stühle 3,00, Porencelise mit Spiegel, Schiffssofa, Bettstellen, Küchengeräte, Sofa, Kleiderbüchse, Versteht, Kuchenschrank billig, beste Gelegenheit für Hausleute. Gartenstraße 148, vorm I. Laus. 7137*
Teppiche mit Vorhängen in moderner Ausführung Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*
Ein Teilleinwand billig zu verkaufen 2. Ritter, Kolonnenstraße 40. 2775*
Muskwerke mit auswechselbaren Rollenwerken, geräuschlos Teilzahlung. S. Kutzberg, Landsbergerstraße 13.
Einsegnungs-Anzüge, fertig oder nach Maß von 12 bis 20 Mark. Güter Eig. garantiert. Abraham, Abnitzerstraße 38. 10188*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn Haderstraße 4, Bahnhofs Börse. 111/7*
Fahrrad, gut erhalten, 45 Mark, verkauft Schneider, Rheindorferstraße 11 I. 251b*
Kadefahrer, benutzt diese günstige Gelegenheit und kauft aus dem renommierten Fahrrad-Geschäft von Hermann Zafer, Bernauerstraße 21, nahe Stammstraße. Neue Fahrräder 65,00 bis 95,00, Fahrradgarantie, gebraucht 15,00, 20,00 bis 60,00. Jubelstühle: Teden 3,00 an, Schlauhe 2,75, Ventilationen 2,00, Kettenslampen 1,75, Carbid 0,35, Leuchtampen 0,85, Dreieckstische 0,75, Stühle 0,10, Ventilpumpen 0,35 etc. 252b*
Walgfräse, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gemüthsstimmung, bessere Gesichtsfarbe, überraschend. 14 Flaschen 3 Mark, 1/2, Tonne 3,50 erfrischend. Nicht Glasenzahl, Quantität entscheidet. Portierstraße 119, 112/16*
Brennholz vom Abbruch sowie sämtliche Baumaterialien, Charlottenburg, Bismarckstraße 89, Platz. 56b
Stoppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*
Kavagel-Kudwühl, Kanarienvogel 5 Mark an, Kollerschinken, Pfefferhölzchen 1,50, Drantenstraße 87, Bogelhandlung. 243b*
Kanarienvogel, Zuchtweibchen, verkauft Brandt, Holzmarktstraße 9.
Kagagel-Kudwühl, Kanarienvogel 5,00 an, Zuchtweibchen, Pfefferhölzchen 1,50 Drantenstraße 87, Bogelhandlung. 318b
Kugelfisch-Rohmaterial, umhüllend, halber 35,-, Garantie. Koch (Wohnst), Bremerstraße 57. 322b
Wurmbüchse verkauft Brandt, Holzmarktstraße 9. 323b

Nähmaschinen, preiswerteste Bergschneide, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort, Pöhlmannstraße 89, Abnitzerstraße 00/61 768*
Nochtad-Müller, abgelegte, Lager abhand, sind billig gegen Kasse billig abzugeben. Offerten unter H. 2. Expedition dieser Zeitung. 324b
Kobeltänke, verschiedene, preiswert Diewitz, Rosstraße 76. 325b
Tafel, noch gut erhalten, sehr billig zu verkaufen Abnitzerstraße 20, I. Tr. Gaudenstr. 325b
Bett, prachtvolles, 17,00. Michel, Köpenickerstraße 26. 329b
Wirtschaft (Ruhbaum) umzugs halber, Brunnenstraße 13, Vermietungs-comptoir, Händler ausgeschlossen.
Kanarienvogel-Zuchtweibchen 5 Mark, Möbel, für Brautleute passend, verkauft Maria Bellermannstraße 83, Keller.
Möbelverkauf aus der Fabrik, Muschelstühle 28,-, Trumeau 28,-, Rückenstuhl, Paneele 85,-, Garatüren, Tischensofa 65,-, Kronen, Billige Bezugswäsche für Brautleute und Wiederverkäufer, Dirichowitz, Mariannstraße 7a.
Bett (neu), Stoppdecken, Tischdecken verkauft umhüllend halber Hermann, Raunstraße 62. 335b

Waden-Anzug, Preisbillig, neu, verleiht Gogelstraße 36, Grünram-Geschäft. 780*
Anfertigung eleganter Herrengarderobe, Teilzahlung gestattet, Marcus, Kleine Frankfurterstraße 20.
Ruhstühle von Frau Kofoddy, Steinwegstraße 48, Obergebäude hochparterre.
Bibliothek! Wer sich über diese rechtliche Veranstaltung seiner Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichsverbandes gegen Bibliothek, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierärztverein Berlin, Königgräberstraße 108. Dofelst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Bibliothek bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*
Weyerlegion, Brodhaus und alle andern Bäder tauf, beleiht Dannebaum, Rosstraße 56, I. Amt VI, 3307. 982K*
Bücherkauf zu höchsten Preisen, Spohn, Markgrafenstraße 101. 1150/1*
Wahlwürger tauft Hand 2,50, Weichholz, Wilmersstraße 53, 308b*
Bereinszimmer mit Piano für einige Abende frei, auch passend für Jubiläe, Restaurant Froberg, Brüdenstraße 2. 264b
Bereinszimmer empfiehlt Restaurant Blumenstraße 35a. 268b*
Rechtsbureau, Rechtschilfe, Eingabengeld, Notartteilung, Andreasstraße dreizehnbüchsig. 330b
Straffachen, Berufungen, Gnabengeld, Unfallachen, Schauffachen, Verträge, Klagen, Zahlungsbefehle, Notartteilung billig, Rechtsbureau Bultom, Stollbergstraße 141. 332b
Gold, Silber tauft Brunnenstraße 137, Uhrmacherladen. 334b
Nähmaschinen tauft Berner, Alexandrinenstraße 55. 719*

Gnabengeld, Straffachen, Klamentenachen, Unfallachen, Schauffachen, Verträge, Klagen, Zahlungsbefehle, Notartteilung billig, Rechtsbureau Bultom, Stollbergstraße 141, 332b
Vermietungen.
Zimmer.
Möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten, Rosenhthal, Forsterstraße 54, Hof III. *
Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle, ein bis zwei Herren, vermietet Peter, Schöneberg, Sedanstraße 47, Hof III. 258b
Schlafstelle, Herrn, sofort Rantenschiffstraße 62, Klische. 320b
Möblierte Schlafstelle, separat, Pöhlmannstraße 19, vorm IV. Witwe Wolf. 319b
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Minder Straßflechter bietet um Arbeit, Stelle werden zu den billigen Preisen gesucht, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Pöhlmannstraße 27, A. Bläter.
Comptoirdiener, unversehrt, mit schriftlichen Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Offerten erbitte unter J. 2. Expedition dieser Zeitung. 3176

Komiker einige Tage nach frei. Gledol, Pöhlmannstraße 29. 260b
Stellungsangebote.
Dirigent, tüchtiger, für Arbeiter-Vereinigung Mittwoch, Neversungen, Offerten unter Seb. I. Pöhlmann 32.
Tüchtige Bilderrahmenmacher werden verlangt Hoff u. Co., Pöhlmannstraße 144. 325b
Judeits und Hocharbeiterinnen verlangt Kaufherrstraße 28, I. 333b
Kellner, Mädchen oder Frau für Kind, Schreiber, Currystraße 43.
Wamsfeld auf Köhne und Pöhlmann verlangt Herrmann, Kollnbuscherstraße 103. 7122
Eine tüchtige Belegerin verlangt Goldschmidtstraße Alexandrinenstraße Nr. 35. 321b
Wamsfeld auf Saß-Pöhlmann verlangt Keller, Kolonnenstraße 27, I. 325b
Wamsfeld auf bessere Judeits verlangt Wiese, Pöhlmannstraße 22.
Wamsfeld auf bessere Socco-Pöhlmann, verlangt Köpenickerstraße 8 III. Bruch. 2829
Wamsfeld, bessere Pöhlmann, in und auferm Hause, Schulze, Göttingerstraße 41 I. 282b
Arbeitsnachweis a. Vergolder
Berlin SO., Engelwiler 15.
Es wird verlangt ein Verhelfer auf kleine Schäfte, ein Mattierer und Pfleger für Berlin. In ertragreichen im Arbeitsnachweis 9-10 Uhr vorm. Die Kosten trägt der Verband.

An die arbeitende Bevölkerung Berlins und der Vororte.

Achtung, Arbeitslosenzählung!

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission ersucht alle Personen, welche noch im Besitze einer Zählkarte sind, diese an das Bureau der Kommission, Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus), einzufenden. In Schöneberg werden die Zählkarten von den Zählern abgeholt. Arbeitslose, welche eine Zählkarte bisher noch nicht erhalten haben, können sich zur Eintragung auf unserm Bureau melden. Der Ausschuss.

Eine gerichtliche Kennzeichnung der Spandauer Polizei.

Ueber den Ausgang des Prozesses gegen Gryga und Pieper, die sich am Freitag und Sonntag vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II. abspielte, sind unsere Leser bereits durch eine kurze Notiz in der Sonnabend-Kammer unterrichtet worden. Wie wollen jetzt die marantesten Blätter wiedergeben aus dem Urtheil, welches in der Verhandlung entrollt wurde.

Es handelt sich um einen jener immer noch wiederkehrenden Vorgänge, wo ein Bürger mit heiler Haut eine Polizeiwache betritt, und sie mit erheblichen Verletzungen wieder verläßt, ohne daß die auf der Wache anwesenden Beamten von der Ursache der Verletzungen etwas wissen wollen. Im vorliegenden Falle hatte der Maurer Gryga am 21. Juni 1900 in einem Schaustafel in Spandau im Verlauf eines Streites mit Gästen des Lokals eine Wappensteinen um die Persönlichkeit des Schlägers festschleudern zu lassen, begab sich Gryga zum Polizeiserganten Böhm, der in der Nähe Posten stand. Böhm wies Gryga mit seinem Anliegen nach der Polizeiwache. Gryga ging auch dahin, und als er nach Erledigung seiner Angelegenheit die Wache verlassen wollte, traf er in der Thür auf Böhm. Es kam nun zu einem Zusammenstoß zwischen Böhm und Gryga. Die Ursache dieses Zusammenstoßes, sowie die Folgen, welche sich unmittelbar daran anknüpfen, werden von Gryga einerseits, und den beteiligten Polizeibeamten andererseits in völlig widersprechender Weise dargestellt. Gryga behauptet, Böhm habe ihn als stürzenden Maurer beschleunigt, und deshalb sei er von dem auf der Wache anwesenden fünf Beamten mißhandelt und eingesperrt worden. Dagegen behaupten die Beamten, Böhm habe wegen des Vorfalls bei dem erwähnten Wappensteinen die Persönlichkeit Grygas feststellen wollen, Gryga habe sich dessen geweißt, er habe den Beamten Widerstand geleistet und sei deshalb in Haft genommen.

Gryga ist aus Anlaß des Vorganges auf der Wache bereits wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt worden. In dem jetzigen Prozeß stand Gryga unter der Anklage wesentlich falscher Anschuldigung. Er hatte nämlich seine Erlebnisse auf der Wache zum Gegenstand einer Eingabe an die Staatsanwaltschaft gemacht, worin er die Beamten der Mißhandlung beschuldigt.

Pieper, der als verantwortlicher Redacteur des Spandauer Arbeiterblattes „Laterna“ Grygas Abenteuer veröffentlichte, soll durch Behauptung nicht erweislich wahrer Thatsachen die Polizeibeamten beleidigt haben.

Durch die Beweisaufnahme ist nun festgestellt worden, daß Gryga, der sich abends zwischen 7 und 8 Uhr unverletzt nach der Polizeiwache begab, am Morgen des folgenden Tages entlassen wurde, und zwar mit erheblichen Verletzungen. Eine ärztliche Untersuchung Grygas, die gleich nach seiner Entlassung vorgenommen wurde, hat ergeben, daß er an Armen und Beinen zahlreiche blaue Flecken und Hautabschürfungen aufwies, und daß sein Gesicht eben solche Verletzungen zeigte. Besonders waren beide Augen stark geschwollen und mit Blut unterlaufen, was nach Aussage der ärztlichen Sachverständigen auf mehrere Faustschläge, die Gryga erhalten haben muß, zurückzuführen ist. Mehrere Zeugen, die Gryga 4 Tage nach dem Vorfall sahen, geben an, daß sie ihn beim ersten Anblick nicht erkannten. So sehr war sein Gesicht infolge der genannten Verletzungen entstell.

Bei dem geschilderten Vorgang auf der Wache waren außer dem Polizeiserganten Böhm noch drei andere Polizeiserganten und ein Polizeiwächter beteiligt. Einer von ihnen ist inzwischen gestorben. Die vier anderen traten als Zeugen gegen Gryga auf. Sie bestritten jede Mißhandlung. Obgleich nach Angabe dieser Zeugen Gryga ihnen so heftigen Widerstand leistete, daß alle fünf Beamten zu ihm hätten, um ihn zu bewältigen, und sie alle fünf den Gryga schließlich in die Hofzelle tragen mußten, behaupten die Beamten doch, Gryga habe bei dieser Gelegenheit auch nicht einmal ohne ihre Absicht Flüsse und Stöße erhalten, welche die Ursache der zweifellos festgestellten Verletzungen gewesen sein könnten. Ja der Polizeisergant Böhm, der Gryga kurz vor dessen Entlassung zu Protokoll vernahm, will keine Spur von Verletzungen an Gryga bemerkt haben. Nach eingehender Befragung über diesen sonderbaren Umstand meinte Böhm, er habe Gryga bei der Vernehmung überhaupt nicht angesehen. Bald nach der Vernehmung durch Böhm ist Gryga vom Polizeikommissar Klemente vernommen worden. Dieser hat allerdings gesehen, daß Gryga im Gesicht Verletzungen hatte, als ob er geschlagen sei. Der Kommissar hat Gryga auch nach der Ursache dieser Verletzungen befragt. Gryga hat ihm gesagt, er sei von den Polizeibeamten geschlagen worden. Der Kommissar gab als Zeuge an, er habe diese Behauptung Grygas protokolliert, um eine Untersuchung der Angelegenheit zu veranlassen. Wie der Vorsitzende des Gerichts feststellte, sieht aber in dem Protokoll, welches der Kommissar mit Gryga aufgenommen hat, nichts davon.

Gryga behauptet, er sei in eine im Keller liegende Zelle gebracht worden. Er will sich mit Bestimmtheit erinnern, daß er eine Truppe hinterher getragen worden sei. Er will sich bei dem Transport festhalten haben, um ein Aufschlagen seines Körpers auf die Treppenschritte zu verhindern. Dieser Umstand ist schon in dem Widerstandsprozeß gegen Gryga zur Sprache gekommen, und damals haben die Beamten übereinstimmend gesagt: Da giebt es ja gar keine Stufen, woraus geschloffen wurde, daß es im Spandauer Polizeigebäude überhaupt keine Zellen giebt, zu denen Stufen hinaufzuführen. Nun ist aber inzwischen festgestellt worden, daß doch drei Zellen im Keller vorhanden sind, die aber nach der Instruction für gewöhnlich nicht mehr benutzt werden sollen. Ob Gryga in eine dieser Zellen gesperrt wurde, konnte nicht festgestellt werden. Die Beamten behaupten, sie hätten ihn in eine der zu ebener Erde liegenden Zellen gebracht, und auf diesen Umstand beziehe sich die Behauptung: „Da giebt es ja keine Stufen.“

Da die Aussagen der Polizeibeamten bezüglich der Vorgänge auf der Wache den Angaben Grygas heftig entgegenstanden und ein direkter Beweis für die Letzteren nicht zu erbringen war, so hatte die in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Karl Wieblich liegende Verteidigung eine Beweiserhebung angetreten, die den Zweck haben sollte, einerseits die Zeugenaussagen der Polizeiserganten als unzuverlässig zu kennzeichnen und andererseits die vom Angeklagten behaupteten Mißhandlungen als mindestens wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Die Staatsanwaltschaft hatte nun ihrerseits die Beweisaufnahme nach der entgegengelegten Richtung angeordnet, und so kam es, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Zeugen aufgerufen wurde. Durch die Vernehmung derselben wurde sowohl die amtliche Tätigkeit, als die persönliche Qualifikation der als Zeugen in diesem Prozeß auftretenden Polizeiserganten beleuchtet. In dieser Hinsicht brachte der zweite Verhandlungstag neben vielem Unwesent-

lichen auch mancherlei, was für die Spandauer Polizei nicht gerade günstig ist.

Ehe die Vernehmung der Polizeiserganten über frühere Ausschreitungen in Dienst begann, wurde Oberbürgermeister Adige, als Chef der Spandauer Polizei, befragt, ob er die ihm unterstellten Beamten für diesen Fall von Amtsdurchsetzung freigegeben hätte. — Oberbürgermeister Adige sagte darauf: Wenn die Vernehmung der Beamten in öffentlicher Sitzung stattfinden sollte, dann könne er seine Einwilligung zur uneingeschränkten Aussage der Beamten nicht erteilen. Es würden hier persönliche Verhältnisse einzelner Beamten zur Sprache kommen, und wenn diese Aussagen in die Presse kämen, so schade das dem Ansehen der Spandauer Polizei. Vom Richtertische wurde dem Oberbürgermeister entgegengehalten, daß die Amtsdurchsetzung nur auf solche Fälle Anwendung finde, wo durch die Aussagen die Sicherheit des Staates gefährdet werde. Bezüglich der persönlichen Angelegenheiten der Beamten komme die Amtsdurchsetzung überhaupt nicht in Frage, und wenn der Herr Oberbürgermeister hinsichtlich der dienstlichen Tätigkeit der Beamten auf seiner Weigerung beharre, dann müßte die Verhandlung verlagert, und die Einwilligung zur Aussage der Beamten durch die vorgezeichneten Rechtsmittel eingeholt werden. — Nach diesem Vorhalt gab der Oberbürgermeister seine Einwilligung zur Aussage der Beamten.

Persönliche Angelegenheiten kamen in der Verhandlung nur bezüglich des Hauptzeugen, des Polizeiserganten Böhm, zur Sprache, und diese waren allerdings derart, daß sie die moralische Beschaffenheit dieses Mannes, den der Herr Oberbürgermeister nach am ersten Verhandlungstage als einen tüchtigen und pflichttreuen Beamten bezeichnet hatte, in einem sehr ungünstigen Licht erscheinen ließen. — Es wurde festgestellt, daß Böhm, der verheiratet und Vater von sechs Kindern ist, jahrelang ein sehr intimes Verhältnis mit einer anderen Frau gehabt hat und daß aus diesem Verhältnis drei Kinder hervorgegangen sind. Die betreffende Frau ist seit Jahren von ihrem Mann geschieden und zwar weil sie des Ehebruchs überführt worden ist. Ob sie den Ehebruch mit dem Polizeiserganten Böhm begangen hat, konnte nicht aufgeklärt werden, weil Böhm sowohl wie die betreffende Frau durch das Recht der Zeugnisverweigerung nach dieser Richtung gedeckt waren. Ferner ist festgestellt, daß Böhm sich weigerte, für die unehelichen Kinder, die er mit der geschiedenen Frau gezeugt hat, zu sorgen. Mit einer Prostituierten hat Böhm gleichfalls ein Verhältnis gehabt, und das Verhältnis muß ziemlich offenkundig betriebe sein, denn Böhm wurde in der Wohnung der Dienten gesehen, und wenn sie zu anderen Leuten von Böhm sprach, dann nannte sie ihn ganz vertraut „mein Otto“. — Diese Verfehlungen Böhms sind auch dem Oberbürgermeister Adige nicht unbekannt geblieben. Als sie zu seiner Kenntnis kamen, hat der Oberbürgermeister dem Böhm einen eruchten Verweis erteilt, er hat ihn aus der Kriminalabteilung, der Böhm damals angehörte, entfernt und ihn dem Sicherheitsdienst überwiesen.

In der Beweisaufnahme kamen verschiedene Fälle zur Sprache, welche bewiesen, daß die Polizeiserganten, auf deren Aussage sich die Anklage hauptsächlich stützt, keineswegs höflich mit dem Publikum umzugehen pflegen. Es handelte sich hier zum Teil um Vorgänge, die schon vor Jahren Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen gewesen waren, und die für den gegenwärtigen Prozeß den Beweis lieferten, daß die hier in Frage kommenden Beamten sich in der Ausübung ihres Dienstes Grobheiten, Mißhandlungen und unbegründete Sanktionen haben zu Schulden kommen lassen. Bemerkenswert ist, daß die Beamten alles, was in dieser Hinsicht gegen sie vorgebracht wurde, rundweg ableugneten, selbst wenn es sich um Dinge handelte, die in früheren Gerichtsverhandlungen bereits festgestellt worden sind. In dieser Hinsicht sei nur ein charakteristisches Moment hervorgehoben: Aus einem militärgewaltigen Protokoll wird festgestellt, daß der Polizeisergant Teuber während seiner Militärzeit als Unteroffizier wegen Mißhandlung eines Untergebenen verurteilt worden ist, und zwar auf Grund der Aussage eines Oberlieutenants. Als dem Zeugen Teuber dies vorgehalten wurde, bestritt er, jene Mißhandlung, wegen deren er verurteilt worden ist, veranlaßt zu haben. Dies veranlaßte einen beizuhenden Richter zu der Ausrufung: „Ja, soll denn das sofort gehen, daß Sie hier alle Zeugenaussagen als falsch bezeichnen? Wollen Sie denn behaupten, daß der Herr Oberlieutenant vor dem Militärgericht eine falsche Aussage gemacht hat?“ Hierauf erklärte dann Teuber: Die Aussage des Herrn Oberlieutenants ist richtig. — Ähnliche Szenen wiederholten sich öfter im Laufe der Verhandlung. Immer wenn ein Zeuge etwas vortrug, was einen der Polizeibeamten in unangenehmer Weise erscheinen lassen konnte, wurde es von diesen rundweg bestritten, selbst wenn es sich nur um an sich unbedeutende und aus der Situation erklärliche Ausschreitungen handelte.

Weiter ging aus der Beweisaufnahme hervor, daß man in Spandau im Polizeiarrest festgehalten werden kann, wenn es sich um nichts weiter als um Feststellung der Persönlichkeit handelt. Wenn jemand von einem Polizeiserganten zum Zweck der Namensfeststellung nach der Wache gebracht wird, so kann er nach der bestehenden Instruction bis zum nächsten Tage festgehalten werden, falls seine Einlieferung abends nach Schluß der Dienststunden der Kommissare erfolgte. Wer im Laufe des Tages festgehalten wird, der soll allerdings nach der Instruction dem Kommissar oder dem Inspektor sogleich vorgeführt werden. Aber diese Vorschrift ist von den unteren Beamten nicht immer befolgt worden. So wurde ein Fall festgestellt, wo ein Mann, nur um seine Persönlichkeit festzustellen, mittags um 1 Uhr nach der Wache gebracht und erst am folgenden Morgen vorgeführt und entlassen wurde.

Die Beweiserhebung hatte ein für die Angeklagten günstiges Resultat. Sie wurden beide am Schluß des zweiten Verhandlungstages, um 1/2 12 Uhr nachts, freigesprochen. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende: Das Gericht habe im großen und ganzen der Darstellung des Angeklagten Gryga Glauben geschenkt. Die Polizeibeamten hätten sich nicht als unerbittliche Zeugen erwiesen, ihren Aussagen könne keine volle Glaubwürdigkeit beigegeben werden. Die Angaben Grygas enthielten auch verschiedene Unrichtigkeiten, die sich daraus erklären ließen, daß infolge der Schläge gegen den Kopf Grygas Gedächtnis getrübt sein könne. Wenn Gryga seiner Verhaftung Widerstand entgegengeleitet haben sollte, so seien doch die Angriffe der Beamten gegen ihn aber das berechnete Maß hinausgegangen. Von wesentlich falscher Anschuldigung könne hierdurch nicht die Rede sein. Ebensoviele könne gesagt werden, daß Pieper wissenschaftlich unwahre Thatsachen verbreitet habe.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Den Mitgliedern des Socialdemokratischen Wahlvereins giebt der Vorstand hierdurch bekannt, daß gegen Zahlung des Vereinsbeitrages für Februar die Broschüre: „Zur Landtagswahl-Agitation“ in allen Zahlstellen gratis in Empfang genommen werden kann.

Rixdorf. Am Mittwochvormittag 10 Uhr findet im Apollo-Theater, Hermannstr. 49 (Inhaber Thomas), die Arbeitslosen-Versammlung statt. Tagesordnung: Die Arbeitslosigkeit und was ihm die Behörden, um die Wirkung derselben zu lindern?

Johannishal. Heute, Dienstagabend, ist bei Frau, Parkstr. 12-13, Versammlung des Wahlvereins. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Tokales.

Der letzte Tag der Arbeitslosenzählung

bot kein wesentlich anderes Bild, als das vor acht Tagen von uns geschilderte. Mit ganz wenigen Ausnahmen hatten sich in den Bezirken dieselben Zähler eingefunden, die das Geschäft der Listenverteilung am Sonntag vorher besorgt hatten. So glatt ging die Einholung der Listen allerdings nicht vor sich, wie das Austragen derselben. Obgleich verhältnismäßig einfache Fragen an die Bevölkerung gerichtet waren, waren doch nicht alle Befragten imstande, dieselben ohne Hilfe sachgemäß zu beantworten; da mußte denn der Zähler helfend eingreifen und die unterlassene oder unvollkommene Ausfüllung selbst vornehmen. Nicht immer war es mangelhafte Schulbildung, welche die Ursache für eine unrichtige Ausfüllung oder die Verweigerung der Ausfüllung gab. Mancher hatte Epleher fühlte sich durch die Frage, ob er arbeitslos sei, beleidigt, andre handelten einfach nach dem Rezept der Firma Raud u. Hartmann und verweigeren aus mangelndem socialen Empfinden ihre Verthätigung an einem so wichtigen Werke, wie es doch die Arbeitslosenzählung zweifellos ist, wenn die Verthätigung auch lediglich in der Verantwortung einiger Fragen bestehen sollte. Ein Herr Landgerichtsekretär in der Gröbenstraße glaubte besonders geistreich zu sein, wenn er auf die Karte schrieb: „Die hier Wohnenden arbeiten gerne, haben daher auch Arbeit, Leutenot herrscht in der Landwirtschaft“. Vielleicht sucht sich der Herr Gerichtsekretär, der gerne arbeitet und dem vermutlich deswegen auch sein Posten viel zu bequem sein dürfte, eine Zustimmung oder Schanerkerstelle in Ostelbien. Er dürfte bald eine Erfahrung machen, die viele Arbeitslose nach Berlin getrieben hat, nämlich daß die Leutenot auf dem Lande eine Saisonerscheinung ist, die im Winter in Leute-Überfluth umschlägt. Was seine Meinung anbelangt, daß der auch Arbeit bekommt, der gerne arbeitet, so mag er probeweise einmal seine Bewerbung um ausgeschriebene Stellen irgend welcher Art einsenden; der Herr, der auf seinen sicheren Pöstchen vom wirklichen Leben keine Ahnung hat, wird stammen, welche Erfahrungen er bei dieser Arbeitsuche macht. Aus einem nördlichen Vororte meldet man uns: Zum Teil konnten wir recht launige Ergebnisse ergähen. Sogar der Herr Amtsvorsteher hatte die freudliche Bemerkung für den Einsamler, daß er nicht arbeitslos wäre. Andererseits waren auch häßliche Auftritte zu vermeiden. Das geringste war, daß den Einholern der Zählkarten in unfreundlicher Weise die Thüren vor der Nase zugeschlagen wurden. „Ja bin Beamter, ich habe mit der Sache nichts zu thun.“ „Welchen Sie mir damit vom Leibe.“ „Machen Sie, daß Sie fortkommen.“ Das waren so einige uns von Gebildeten bescherte Redensarten. Die polizeilichen Organe hielten sich in achtungsvoller Reserve.

Welches Resultat wird nun die Zählung haben? Das läßt sich leider bei dem umfangreichen Material zur Zeit noch nicht annähernd sagen. Immerhin hat auch, was von einzelnen Zählern in den Bezirken mitgeteilt wurde, schon grauenhafte Einzelheiten entfällt. So wurden allein in einem Hause 13 Arbeitslose gezählt. Im Hasenfeldeviertel, den Stadtbezirken 78a, 78b, 78c, 78d, 78e, 78f, 78g, 78h und 78c, sind bei einer ortsanwesenden Bevölkerung von 34 000 Seelen 1800 Arbeitslose (einschließlich der wegen Krankheit Erwerbsunfähigen) und 870 Personen, die nur verkurzte Zeit arbeiten, gezählt worden. — Aber wir wollen daraus nicht allgemeine Schlüsse ziehen; warten wir ab. — Wie haben wir mit ätzendem Herzen mehr gewünscht als jetzt, daß unsere Gegner recht behalten mögen, daß die Arbeitslosigkeit sich nicht als so umfangreich herausstellen möge, als wir es leider befürchten!

Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter. Der Magistrat ließ dieser Tage bekanntlich die Mitteilung verbreiten, daß er, um mißverständlichen Deutungen vorzubeugen, zu seiner bedenkliehen Verfügung über die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter eine Erläuterung erlassen habe. Wo der Magistrat gerade einmal dabei ist, „Mißverständnisse“ aufzuklären, denkt er auch vielleicht daran, das Arbeitsverhältnis der in den städtischen Krankenhäusern angestellten Personen einmal auf Herz und Nieren zu prüfen. Hier herrschen Zustände, wie sie ein Junker im dunkelsten Ostelbien sich nicht lieblicher ausmalen kann. Wenn ein Krankenpfleger in Stellung tritt, dann hat er folgenden Dienstvertrag mit seinem Namen zu unterschreiben:

Ich erkläre und verpflichte mich, den Bestimmungen der Hausordnung des Krankenhauses, sowie der mir bekannt gemachten Dienstverweisung in allen Punkten auf das gewissenhafteste nachzukommen. Ramentlich verpflichte ich mich, allen mir als Vorgesetzte bezeichneten Personen unbedingt Gehorsam zu leisten und daher alle mir von diesen aufgetragenen Arbeiten, gleichviel welcher Art, jederzeit und weigentlich zu verrichten. Ich übernehme die Verpflichtung, das Dienstverhältnis vor der von mir gewünschten Auflösung deselben zu kündigen, rühme aber dem leitenden Verwaltungsbeamten oder dessen Stellvertreter ausdrücklich das Recht ein zu meiner sofortigen Entlassung ohne Angabe eines Grundes.

Wunderbar unterwerfe ich mich den Bestimmungen der für den Preussischen Staat bestehenden Gesinde-Ordnung hiermit ausdrücklich und erkläre an, daß mein Dienstverhältnis lediglich ein Privat-Dienstverhältnis ist, so daß ich Beamtenrechte durch dasselbe nicht erwerbe.

Diese Bestimmungen sind durchaus nicht etwa dekorativer Natur in dem Sinne, daß die städtische Verwaltung sich im äußersten Notfall gegen unberechtigte Ansprüche schützen will. Es wird gar häufig der Wrauch geübt, daß die Verwaltung einem Wärter kündigt, wenn er erkrankt ist; nach der Genesung muß er immer damit rechnen, daß er entlassen wird. Bezeichnend ist auch, daß die städtische Verwaltung das Konfirm der preussischen Gesinde-Ordnung in den Krankenhäusern für sich ansieht und den Angestellten die im gewerblichen Arbeitsverhältnis ungesehliche Bedingungen auferlegt, daß der Wärter eine Kündigungsfrist einzuhalten hat, wogegen sie sich das Recht vorbehält, den Mann jederzeit ohne Angabe eines Grundes zu entlassen. Das Koalitionsrecht ist nach dem Maß der freisinnigen Verwaltung für die in Betracht kommenden Angestellten einfach suspendiert.

Wird hier auch das Nötige geschehen, um mit einem für die städtische Verwaltung sehr bequemen, für den Angestellten aber in jeder Beziehung nachteiligen Wrauch aufzuräumen?

Daß unsere Krankenhaus-Zustände immer noch sehr viel zu wünschen übrig lassen, zeigt eine Verhörter, die dieser Tage von einem hiesigen Unternehmer an den Vorstand der in Betracht kommenden Krankenkasse zugesandt worden ist. Das Schriftstück lautet: Die bei mir angestellte Arbeiterin Pauline W. wurde plötzlich krank und der in Anspruch genommene Arzt ordnete die Aufnahme der Arbeiterin in das Krankenhaus Roabit an. Den Krankenschein ließ ich bei der Kasse abstemplen. Auf eine Anfrage im genannten Krankenhaus erhielt ich aber den Bescheid, daß

dort zur Zeit kein Bett frei sei. Nun richtete ich eine Anfrage an das Krankenhaus Friedrichshain und erklärte dabei ausdrücklich, daß der Krankenschein auf das Krankenhaus Moabit ausgestellt sei. Die Antwort aus dem Friedrichshain lautete, daß ich die Kranke möglichst bald dorthin senden müge. Dies geschah denn auch; die Kranke wurde sofort in einer Droschke nach ihrem Bestimmungsort gebracht. Doch dort verzweigte man der Kranken sehr die Aufnahme, einmal, weil der Krankenschein auf Moabit lautete, dann aber auch, weil angeblich kein Platz vorhanden war. Solches geschah, nachdem der Begleiterin der Kranken von der diensthabenden Wärterin zweimal versichert worden war, daß sie ruhig nach Hause gehen könne, da die Aufnahme der Kranken durchaus sicher sei.

Die Kranke war jetzt allein und mußte sich in ihrem hilflosen Zustande bei rauher Witterung nach einer ziemlich entfernt gelegenen Droschke-Haltestelle schleppen, dann in der einzig vorhandenen offenen Droschke nach Hause fahren und hier angelangt, ohne Hilfe nach ihrer drei Treppen hoch gelegenen Wohnung hinaufklettern.

Man sollte denken, daß solche unglaublichen Vorfälle nach den vielen Krankenschein-Verschwerden, die in den letzten Jahren die Deffenlichkeit beschäftigt haben, zu den Unmöglichkeit gehören.

Der Tod des alten Hüllborn wurde Sonntag im Angezeigteil unseres Blattes gemeldet. Mit Hüllborn ist abemals einer der alten, unter dem Socialistenrecht erprobten Kämpfer dahingegangen. Von Beruf Formner, ward er am 1. Mai 1800 eines der Opfer des bekannten Kistenmänner-Komplotis. Es war ihm fortan nicht mehr möglich, in seinem Handwerk Arbeit zu finden, und so entschloß sich Hüllborn, Kolporteur zu werden. Elf Jahre lang versorgte er die Werkstätten mit Parteischriften und trug so zur Aufklärung der Arbeiterklasse bei. Das Begräbniß unseres Mitstreiters gestaltete sich am Sonntag der Bedeutung des tapferen Streikers angemessen. Zahlreiche Arbeiter, die den Toten als Parteigenossen oder Kollegen schätzen gelernt hatten, pilgerten nach Friedrichsfelde hinaus, wo der Begräbnisreden der Formner die Feier einleitete und Stadtverordneter Wolfried Schulz dem Verstorbenen ergreifende Worte ins Grab nachsandte. Eine Reihe Kranzspenden erwiderten an die Würdigung und Berechnung, die der alte Hüllborn in der Arbeiterklasse genossen hatte.

Die Besetzung der städtischen Armenärzte, die früher nur 1080 M., dann 1200 M. und schließlich 1500 M. betrug, soll auf 1600 M. erhöht werden, womit ein Antrag des Vereins der Armenärzte seine Erledigung findet. Außerdem sind in dem Etat für 1902 drei neue Stellen für Armenärzte vorgesehn.

Die Strafen-Besprechung und das Abwischen der Spahli-Näpfe soll nach einem Beschluß der Strafreinigungs-Deputation, dem der Magistrat beigetreten ist, geändert und vermehrt werden. In Zukunft sollen die Strafen viermal besprengt und abgewaschen werden. Die Besprechung und das Abwischen soll thümlich des Nachts erfolgen.

Gegen die neue Polizeiverordnung über den Verkehr mit Kuhmilch und Sahne hat der Verband deutscher Milchhändler-Vereine eine Eingabe an den Landwirtschaftsminister v. Podbielski gerichtet. Er macht darin die Bedenken des Milchhändlerverbandes gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes geltend. Besonders wird gegen die Einführung der Bezeichnung „Marktmilch“ protestiert, weil diese neue Milchsorte, die angeblich an Stelle der Vollmilch treten soll, in Wirklichkeit — da für sie nur 27 Proz. Fettgehalt gefordert wird — oft schlechter sein wird, als die jetzige Halb- oder Vollmilch. Da überdies in der Verordnung die Bestimmung fehlt, daß der Marktmilch nichts hinzugefügt oder abgenommen werden darf, wird der Milchfälschung Thät und Thor geöffnet. Auf Grund dieser und anderer Bedenken ersuchen die Vereinten um Einberufung einer zweiten Milchkonferenz im Landwirtschafts-Ministerium, unter Hinzuziehung von Sachverständigen. Sie machen als solche den langjährigen Volksheimleiter Dr. Wischhoff, den gerichtlichen Sachverständigen für Milchhandel, Dr. Edgar Reich, sowie Sommergenrat E. Völle namhaft. Außerdem weisen sie in der Eingabe darauf hin, daß die bestehenden Milchverträge größtenteils erst am 1. Oktober d. J., vielfach sogar noch später, ablaufen, so daß die neue Verordnung ohne empfindliche Schädigung der Milchpächter nicht vor dem 1. Januar 1903 in Kraft treten könnte.

Ein Opfer der Wissenschaft. Im Depeschenheft unserer Sonntagsnummer meldeten wir kurz den erschütternden Vorfall, der den Tod des Hauptmanns v. Sigfeld zur Folge gehabt hat. Der auf so belagenden Weise ums Leben Gelommene war früher Ingenieur und ist erst im Jahre 1897 als Oberleutnant der Kaserne des 2. Garde-Infanterie-Regimentes in das Luftschiffer-Bataillon eingetreten. Hatte jedoch seit einer langen Reihe von Jahren vorher sich um die Entwicklung der Luftschiffahrt hochverdient gemacht. Seine erste wissenschaftliche Arbeit machte er am 23. Juni 1888 in dem von ihm auf eigene Kosten erbauten Ballon „Herder“ zum Zweck der wissenschaftlichen Erprobung des vom Geheimrat Schmidt erfundenen Aspirations-Hydroimeters, dessen praktische Konstruktion von v. Sigfeld herkam. In Gemeinschaft mit Hauptmann Paréval erfand und erbaute er in der später Niedrigerschen Ballonfabrik in Rürberg den „Drachballon“, der noch heute in der Luftschiffer-Abteilung mit großem Erfolg benutzt wird. v. S. war gleichzeitig einer der bedeutendsten Kenner der Probleme für leuchtende Luftschiffahrt, und er hat nach dieser Richtung hin selbst praktische Versuche angestellt. Seit längerer Zeit arbeitete er an der Herstellung eines Ballons, mit welchem er sich mehrere Tage lang in der Luft zu halten hoffte. Auf der Luftschiffahrt sollten Messungen der Elektrizität in der Luft vorgenommen werden. Nachdem das geschehen war, stiegen Hauptmann v. Sigfeld und sein Begleiter Dr. Vinde bis auf 650 Meter Höhe und sahen, daß sie die Schelde vor sich hatten. Um nicht durch den heftigen Wind auf das offene Meer getrieben zu werden, zogen sie die Ventilklappe. Sachverständige meinen, daß diese nicht genügend funktioniert haben muß. Der Ballon sank zwar, aber da nicht Gas genügend entwich, so stieg er bald wieder. Die Luftschiffer entschlossen sich nun zum Abstieg. Dr. Vinde gelang der Sprung. Hauptmann v. Sigfeld jedoch, der nach ihm sprang, verwickelte sich in das Schleppplan, schlug hinterrüber mit dem Kopf auf die Erde auf und wurde mit geronnenem Gemüt noch ein Stück Weges geschleift. Die Leiche wurde in Zwondrecht bei Antwerpen in einer Blutlache aufgefunden. Sie war infolge der entsetzlichen Verwundungen fast unerkennlich. Dr. Vinde, der Untersuchungen am Kopfe, an den Beinen und Armen erließ, telegraphierte den Unfall nach der Wohnung des Verunglückten, der deutsche Konsul in Antwerpen übermittelte die Leichenschiffahrt dem Kommando des Luftschiffer-Bataillons, nachdem er für die Ueberführung der Leiche nach dem Hotel Weber in Szafflerlei bei Antwerpen gesorgt hatte. Das hiesige Generalkommando setzte sofort den Leichensarg des Verstorbenen in Kenntnis, und dieser reiste Sonntag morgen nach Antwerpen, um die Leiche nach Vallenstedt zur Beisehung zu geleiten.

Mehrere Brüsseler Blätter melden, Dr. Vinde, der sich im Zustande vollständiger Niedrigerschlagenheit befand, habe auf Anraten des Konsuls seine sofortige Abreise nach Berlin aufgegeben.

Der Direktor und verantwortliche Redacteur des „Deutschen Reichs-Anzeigers“, Herr Reinhold Siemenroth, ist gestern morgen gestorben.

Einem bösen Austritt verurteilte gestern der Arbeiter Leonhard, als er nach stundenlangem Warten aufgerufen wurde, um sich vor dem Schöffengericht wegen eines Verzehens zu verantworten. Der Angeklagte hatte der Blase zu reichlich zugeproben und war dadurch in einen Zustand geraten, daß mit ihm nicht verhandelt werden konnte. Als er sich im Anfängerum befand, verlangte er energisch einen Spudnapf, da er an der „Spudomanie“ leide. Den Gerichtsdiener, der sich weigerte, eine Forderung zu erfüllen, belegte

er mit beleidigenden Ausdrücken. Der Gerichtshof nahm von einer Verhandlung mit dem Trunkenen Abstand und verhängte gegen ihn eine sofort zu verbühende zweitägige Haftstrafe. Die Gerichtsdiener hatten Mühe, den sich heftig Sträubenden in die Zelle zu bringen.

Mit dem Leben bezahlt hat der 29 Jahre alte Handelsmann Alfred Haberecht die Spielerei mit einem geladenen Revolver. In angeheitertem Zustand betrat H. am Freitagabend um 8 Uhr seine Dresdenerstraße 114 belegene Wohnung und machte sich mit der Waffe zu schaffen. Wöglich ging ein Schuß los und das Blei drang Haberecht in die Stirn. Nachdem er zwei Tage lang in der Wohnung an der gefährlichen Verwundung behandelt worden war, erlag er ihr am gestrigen Sonntagmittag.

Auf dem Bahnhof ergriffen wurde gestern nachmittags der Stationsassistent und Postagent Risse, der nach Unterschlagung von 6300 M. amtlicher Gelder am 9. Januar aus Nieder-Allesdors (Lansitz) flüchtig geworden war, während er Frau und Kinder dort zurückgelassen hatte. Er hatte sich nach Berlin gewandt und hier in einem Hotel am Stettiner Bahnhof Wohnung genommen. Der Aufenthalt in dem Gasthof wurde ihm jedoch zu unsicher; er mietete sich daher bei einer Frau H. in der Invalidenstraße ein Zimmer. Nun hatte er sich mit seinem Schwager und seiner Schwägerin in Verbindung gesetzt, die er auf dem Bahnhof Friedrichstraße erwarten wollte. Von dieser Absicht war die hiesige Polizei durch die Gubener Staatsanwaltschaft verständigt worden, und H. wurde auf dem Bahnhof von Kriminalbeamten verhaftet. In seinem Besitz befanden sich noch 4400 M. Den Rest hatte er verjubelt.

Im Circus Schumann feierte die deutsche Kunst am Sonntag ihre Auferstehung. Während im übrigen Berlin das Ueberbrett umhergeht wie ein brüllender Löwe und sucht, wen es verschlinge, ist in der Starstraße das alte deutsche Drama von Doktor Faust wieder zum Leben erweckt worden. Dort sah er, der Gelehrte aller vier Fakultäten, verknüpfte die Wissenschaft mit merkwürdiger Fantomistik und verfiel sich in seiner unbefriedigten Zweiselt sucht dem leidigen Gottscheismus. Und auch ein Weisheitsbild, gar appetitlich anzuschauen, spielte bei diesem böllischen Wesen eine Rolle. Satanelle nannte sich die Dame, die vom Mephistopheles gedungen war, den Doktor von der Beschäftigung mit den höchsten Problemen abzulenken und ihn in zwar sünderhafter, aber eben deshalb sehr möglicher Sinnlosigkeit zu unterwerfen. Nun war das Schöne dabei, daß Dr. Faust, selbstlos, wie Gelehrte sind, bei seinen Abenteuern auch dem Publikum Augenweide gönnte. Wir sahen ihn schwelgen, umgeben von hundert Tisoldamen, und sahen dann, wie er als Wunderdoktor auf dem Schäufelstisch seltsame Heilungen und noch seltsameren Schabernack verrichtete. Am Schluß aber kam die Höllefahrt des Zauberrers, denn im Circus Schumann wurde die poetische Gerechtigkeit es so, daß der große Aufwand des Mephisto nicht schämlich verthan wird. Faust fährt zur Hölle, und wenn der Schauer, der uns hierbei packt, durch den Anblick des zahlreichen weiblichen Zupersonals einige Linderung erfährt, so ist auch das dankbar anzuerkennen. Im ganzen ward in der Pantomime, die sich an ein vor zwei Jahren an derselben Stelle aufgeführtes Stück eng anschließt, ein Aufstufungsstück ersten Ranges geschaffen, das gewiß nicht verkehrt wird, das Publikum für den Circus Schumann zu interessieren. Aber auch an Reiter- und Akrobatenstücken wird an dieser Stelle des Guten gar viel geboten. Am Sonntag zeichnete sich namentlich Präulein Dora Schumann als tüchtige Schulführerin aus.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Besetzung der Hauptrollen in dem morgen, Mittwoch, zum erstenmal zur Aufführung kommenden fünfaktigen Schauspiel „Famille Fourchambault“ von Emile Augier, überetzt von Raphael Wundersitz, folgende sein: Fourchambault: Gustav Riedel; Leopold: Georg Paschke; Bernard: Hans Kubner; Baron Rothschild: Albert Steinrück; Frau Fourchambault: Elisabeth Scholz; Frau Bernard: Emma Gröbe; Blanche: Frida Brod; Marie Detekter: Marianne Busch.

Feuerbericht. Sonntag früh kurz nach 3 Uhr wurde die Wehr nach der Badstr. 56 gerufen. Hier standen in einer Wohnung Betten, Möbel und Kleidungsstücke in Flammen, die mit einem Hoche erstikt werden mußten. Abends gegen 7 Uhr mußte infolge mehrfacher Meldung ein größeres Lösungsgebot nach der Kommandantenstr. 50 ausfallen. Es handelte sich jedoch nur um einen kleinen Kellerbrand, jedoch die Wehr nach kurzer Arbeit wieder abzurufen konnte. In der Hauptsache ist nur Verpackungsmaterial einbehalten worden. Vorher kamen in der Greifswalderstr. 81 und in der Tüfstr. 19 Zimmerbrände aus, die indes im Entstehen beseitigt werden konnten und hauptsächlich nur Kleidungsstücke und Gardinen befechtigten. In der Stralauerstr. 34 und Barnimsstr. 2 ging der Inhalt von Bodenlampen in Flammen auf, während in der Fuchstr. 35 durch Explosion einer Petroleumlampe ein kleiner Wohnungsbrand entstanden war. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen von Brunnenstraße 67 und Lüdewerstr. 13, die indes auf geringfügige Unfälle zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

In Wilmersdorf beschäftigte sich die Gemeindevertretung gestern mit den zu Ende vorigen Jahres vorgenommenen Ersatzwahlen. Die Mandate der von der ersten und der dritten Wählerklasse gewählten Kandidaten wurden für gültig erklärt, dagegen legte die Gemeindevertretung die Entscheidung über die Wahl des in der zweiten Klasse gewählten Kaufmanns Dittsch aus. Hier wird sowohl eine Neuwahl zu erfolgen haben, da Herr Dittsch demnach Wilmersdorf verläßt. Bekanntlich ist in der dritten Klasse auch ein Socialdemokrat, der Gastwirt Katusch gewählt worden.

Wilmersdorf. Treue Freundschaft wollen die Reichstrennen am Orte ihrem politischen Führer, dem wegen Unterschlagung verhafteten Gemeindevorstandskandidaten Knisse auch in der Not bewahren. Es wird nämlich berichtet, daß der Gemeinde Wilmersdorf durch die jetzt auf die Summe von 19 023,40 M. festgestellten Unterschlagungen kein Schaden erwachsen werde, da zunächst die von Knisse hinterlegte Kautionssumme von 5000 M. der Gemeinde verfallen, dann aber auch die politischen Freunde des auf so bedenkliche Weise vom öffentlichen Schuplay abgetretenen Mannes für den Rest der unterschlagenen Gelder aufkommen würden. Eine solche Handlungsweise verdient gewiß menschlich edel genannt zu werden; sie zeigt uns so sehr von christlicher Langmut, als Knisse mit seinem Jahreseinkommen von gut 7000 Mark wenigstens vor der äussersten Not geschützt war und es nicht dringend nötig hatte, die Gemeindevorstände für seine privaten Zwecke in Anspruch zu nehmen. Nur mangelt dieser Sucht, die Schuld des gefallenen Bruders wieder auf zu machen, die Konsequenz. Denn gerade im staatsbehaltend-konservativen Parteilager wüßte man bisher nicht genug Raum zu machen, wenn in der Zeitung zu lesen stand, daß ein armer Teufel von Arbeiter sich an den von der Kollegenchaft angesammelten Gewerkschaftsgeldern vergreifen habe. Dann würde mit „Kausen“ und „Trompeten“ beherausgerufen das schöne Lied vom Vertrauen der Arbeitergewerkschaft heruntergeleitet; und doch hat man noch nie gehört, daß die Socialdemokratie in solchen, im Vergleich zur vorliegenden Sache immerhin milden legenden Fällen die Thal nicht rückwärts mit rechtem Namen genannt hätte. Bemerkenswert sei noch, daß Knisse seiner Kränheit wegen nicht in Unterschlagungshaft genommen, sondern in seiner Wohnung gelassen wurde. Daß die so schon madelid lebende Sache der Reichstrennen am Orte durch den Fall ihres Führers gerade genommen hätte, kann man nicht sagen. Herr Knisse war es auch, der den ionischen Protest gegen die Gültigkeit der letzten Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung erhob und damit bei den jetzigen Angehörigen der Arbeiterklasse so merkwürdiges Entgegenkommen fand.

Lichtenberg. Die Abänderung des Bauungsplans, Abteilung XIII, für die Umgebung Berlins ist nun nach jahrelangen Verhandeln, soweit Lichtenbergs Gemeindegebiet in Frage kommt, endlich zu Stande gekommen. Der Hauptanleger, die Terraingemeinschaft Dotische Erben, hat ihren „Gemeinheim“ glänzend betätigt und es rundweg abgelehnt, der Gemeinde einen Platz zu

öffentlichen Zweck zu überlassen, trotzdem ohne Zustimmung der Besitzer das Terrain um Millionen im Wert gestiegen ist. Die Gemeindevertretung beschloß, die Vorarbeiten zu dem bekannten Verfahren zu beschleunigen, auf Grund dessen Berlin in Gemäßheit des § 53 des Kommunalabgaben-Gesetzes zu den Schulleuten der Gemeinde Lichtenberg herangezogen werden soll. — Der Antrag auf Erhöhung der Mietentschädigung der Mietoren hiesiger Gemeindefürsorge wurde wiederum abgelehnt. — Die Erreichung eines Ortsstatuts betreffend die Anlegung und Unterhaltung von Bürgersteigen, dem unter anderem eine rückwirkende Kraft bis in das Jahr 1897 beigelegt wurde und das vorsieht, daß die Anleger 75 Prozent, die Gemeinde 25 Proz. der aufgewandten Unkosten zu tragen haben, wurde nach langem Sträuben der Grundbesitzer mit einer Stimme Majorität angenommen. In der Debatte leistete der „Sprecher“ der Grundbesitzer, Herr Blonz, sich wieder einmal dem Gemeindevorstand, den Gemeindevorstand zu ersuchen, seinen Einfluß bei den Vorgesetzten unserer Gen darmerie dahingehend geltend zu machen, daß in Zukunft die bekannten Sörungen von Leichenbegängnissen verhindert werden. Durch das Vorgehen der Gendarmen sei die Bevölkerung des Ortes in arge Verwirrung versetzt worden, und so rechtfertige sich das Ersuchen an den Gemeindevorstand. Auch hier machte Herr Blonz seiner „liberalen“ Gesinnung alle Ehre, indem er seinen Genossen empfahl, doch erst dahin zu wirken, daß das Trageneroerschleifen bei Leichenbegängnissen unterbleibe; „wir thun ja so was auch nicht“ — meinte der Herr. Der Gemeindevorsteher erklärte, nichts Wesentliches in der Sache thun zu können. — Unsere Genossen erreichten dann noch den Beifall der für die Unterstellung der Leichen in das Leichengebäude vorgehenden Behörden; ebenso sollen die Gebühren für die Erlaubnis, die eigenen Gräber begießen zu dürfen, in Wegfall kommen. — Der Dringlichkeit des Antrages, das Ortsstatut für das Gewerbegebiet zu beraten, wurde widersprochen; der Antrag wird demzufolge in nächster Sitzung Gegenstand der Beratung sein.

Maucherlei Vorgänge in der Spandauer Kommunalverwaltung, über welche auch der „Vorwärts“ wiederholt berichtet hat, haben der socialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion in Spandau Veranlassung gegeben, eine Reihe Beschwerdepunkte zur Kenntnis des Regierungspräsidenten zu bringen, um diesen dadurch zu veranlassen, die Verwaltung der städtischen Interessen Spandaus einer eingehenden Prüfung unterziehen zu lassen. Auch haben unsere Genossen beantragt, mit Rücksicht auf die bekannten Beschlässe der Stadtverordneten-Mehrheit bei Beratung des Wasserwerks- und Kanalisations-Plans, wobei die Hausbesitzer sich einer ganz außerordentlich liebevollen Fürsorge erfreuen dürfen, dem Haupt-Statut die Genehmigung des Regierungspräsidenten zu verweigern.

Ein Reusfall mit dem Brodwucher. Ein glänzendes Plakato machte der Bund der Landwirte am Sonntag, den 2. Februar, mit seiner vom Oberamtmann Ring-Düppel einberufenen Kreisversammlung in Teltow, welche auf den Besuch der General-Versammlung im Circus Busch vorbereiten sollte. Nachdem der Vortragende, Herr Redacteur Herxurth-Berlin, zwei Stunden das Programm des Bundes entwickelt hatte, trat man ihm aus der Mitte der Versammlung in längeren und kürzeren Ausführungen so zahlreich und wirksam entgegen, daß die Erwidrerungen des Bundesredners nur herzlichem Gelächter begegneten. Schließlich wurde aus der Mitte der Versammlung spontan eine Resolution gegen jede Getreidezollerhöhung angenommen.

Hygienische Vortragsabende in Charlottenburg. Am heutigen Dienstag spricht Herr Dr. Oskar Vloch in der Aula der Ober-Realschule, Schloßstr. 27, über „den Kampf gegen die Tuberculose“ und am Freitag Herr Dr. Julius Neher in der Aula der Gemeindefürsorge. 22 hierelbst über das selbe Thema. Die Vorträge beginnen um 8 1/2 Uhr abends. Der Eintritt ist für jedermann unentgeltlich und der Besuch nur zu empfehlen.

Aus Rigoři. Schwere Verletzte wurde der in der hiesigen Einzelanfabrik beschäftigte Schlosser Emil Koshan. Als Koshan ein Maschinenlager mit Blei anzogehen wollte, sprügte dem Unglücklichen das lodende Blei ins Gesicht und verbrannte ihm Stirn und Augen. Nachdem ihm die erste ärztliche Hilfe zu teil geworden, wurde er dem Prager Kreiskrankenhaus zugeführt.

Vermishtes.

Lawinsturz. In Meisberg (Märkten) am Fuße des Dobratsch sind gestern zwei Lawinen niedergegangen, die mehrere Häuser zerstörten. Eine größere Anzahl Menschen ist unter den Lawinen begraben, zwei Lawinen bedrohen noch Meisberg.

In Wien ist einer der Raubmörder entdeckt worden. Unter dem Verdachte der Ermordung der Rentiere Hegerhoff in der Augartenstraße wurde der ehemalige Motosführer der Straßenbahnen Johann Krauscher verhaftet. Er gibt an, er habe nur stehen wollen, die Frau aber, aus Furcht vor Entdeckung, als sie erwacht sei, getötet. Seine Geliebte Katharine Höflinger, die bei der Ermordeten wohnte, wurde wegen Verdachts der Mittwiserschaft gleichfalls verhaftet.

Ueber ein seltenes Eisenbahnunglück wird aus Wien berichtet: Sonntag explodierte auf der Station Deutsch-Landsberg der Graz-Köflacher Bahn der Kessel einer Güterzuglokomotive, wodurch der Maschinenführer und der Heizer, sowie zwei Bahnbeamte getötet wurden. Die Ursache des Unfalls ist wahrscheinlich ungenügende Speisung der Lokomotive mit Wasser.

Brüder begnadigt. Aus Paris wird uns gemeldet: Das gegen den Landwirt Brüder in Caracas, den Räder seiner fünf Kinder, vom Schwurgericht in Chartres verhängte Todesstrafe ist in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt worden. — Der Prozeß hatte seiner Zeit großes Aufsehen, weil über die Grenzen Frankreichs hinaus, heroverrufen. Das Todesurteil verblüffte fast allgemein. Man brachte zwar dem gefälligen Angeklagten keinerlei Sympathien entgegen, hielt ihn wohl auch der That für fähig, andererseits schloß es aber an jedem strikten Beweis für die Schuld Brüders. Die Aufhebung des Urteils durch einen Gnadenakt des Präsidenten Douber, die vier sofort nach Beendigung des Prozesses für sehr wahrscheinlich bezeichnet hatten, ist nunmehr am Sonntag erfolgt.

Sturmnachricht. Telegramme aus verschiedenen Hafenorten der Atlantischen Küste und des Mittelmeeres melden, daß dort fortwährend starkes Unwetter herrsche.

Aus New York wird vom Montag gemeldet: Wegen Parlen Sturm, der in dem Gebiet zwischen dem großen Seen und dem Atlantischen Ocean wüthete, ist der Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephonverkehr gestört. Im westlichen Teil des Staates New York sind die Eisenbahnen und Straßenbahnen im Schnee fest. Im Geschäftsviertel der Stadt Waterbury in Connecticut brach gestern abend Feuer aus, das sich bei dem herrschenden Sturm bald über ein Duzend Häuserblöcke ausgedehnt hatte. Um 10 1/2 Uhr abends war das Feuer zum großen Teil gelöscht, es brach aber heute früh von neuem aus. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Dollars.

Ein fürchterliches Bergwerks-Unglück hat sich, wie der Draht aus Eagle Pass (Texas) meldet, in einem 85 englische Meilen südlich von dort gelegenen Bergwerk bei Coahuila in Mexiko ereignet. Es entstand infolge bisher noch nicht aufgeklärter Ursachen eine Luftstau-Explosion, während 185 Arbeiter unter Tage waren, 75 Leichen wurden bereits geborgen.